



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die Entstehung von Demokratie?

Die post-sozialistische Entwicklung der Ukraine seit der Orangen Revolution

Verfasserin

Lisa-Maria Altenberger

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Zulassungsbescheid:

Internationale Entwicklung

Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Wolfram Schaffar

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	4
1. Einleitung	5
1.1 Forschungsfrage	7
1.2. Theoretische Einbettung und Methodik	9
1.3. Arbeitshypothesen	10
1.4. Relevanz für das Projekt Internationale Entwicklung	11
1.5. Forschungsstand	12
2. Das Transformationsparadigma	14
2.1. Die drei Wellen der Demokratisierung	15
2.1.1. <i>Grundlegende Annahmen</i>	16
2.1.2. <i>Die Grauzonen des Transformationsparadigmas</i>	17
2.2. Die Subtypen von Demokratie	19
2.2.1. <i>Definition Demokratie – Totalitarismus – hybride Regime</i>	20
2.2.2. <i>Kritik am Theorem der „defekten Demokratie“</i>	24
2.3. Transformationstheorien	25
2.3.1. <i>Akteurstheorien</i>	26
2.3.2. <i>Die Regime-Cycle-Theorie</i>	28
2.3.3. <i>Die Modernisierungstheorie nach Seymour Lipset</i>	29
2.3.4. <i>Kritik an der Modernisierungstheorie</i>	31
3. Strukturelle und historische Ausgangsbedingungen des Systemwechsels	34
3.1. Nationale Identität	34
3.2. Der ukrainische Nationalismus	36
4. Die Transformation der Ukraine	40
4.1. Das Dilemma der Gleichzeitigkeit	40
4.1.1. <i>Die Bildung des ukrainischen Nationalstaates</i>	42
4.1.2. <i>Die kollektive Identität des Staatsvolkes</i>	42
4.2. Die politische Elite	45
4.2.1. <i>Die Verfassung der Ukraine</i>	47
4.3. Die wirtschaftliche Transformation	48
4.3.1. <i>Die soziale Ausdifferenzierung und die Rolle der Oligarchen</i>	49
4.3.2. <i>Die Kosten der Transformation</i>	51
4.4. Kučmas zweite Amtszeit 1999 - 2004	54

4.4.1. <i>Der fortschreitende Privatisierungsprozess</i>	55
4.5. Die Spaltung der Elite	56
4.5.1. <i>Die separate Realität der herrschenden Elite</i>	57
5. Die Präsidentschaftswahlen 2004.....	60
5.1. Die politischen Lager der Ukraine im Herbst 2004	61
5.2. Die Orange Revolution.....	69
5.2.1 <i>Die Interessenslagen der Eliten</i>	71
5.3. Kapitalfraktionen und der Block der Macht.....	73
5.3.1. <i>Die Bevölkerung</i>	76
5.3.2 <i>Der sozioökonomische Kontext der Präsidentschaftswahlen 2004</i>	77
5.3.3. <i>Die Stimmung in der Bevölkerung zu Beginn der Amtszeit Juščenko</i>	81
5.4. Die politischen Entwicklungen nach 2004.....	83
5.5. Die Orange Revolution als Elitenstrategie?	85
5.5.1. <i>Die Oligarchie nach 2004</i>	87
5.5.2. <i>Die Stimmung der Bevölkerung am Ende der Amtsperiode Juščenkos</i>	89
6. Das Ende der „orangen“ Herrschaft	95
6.1. Die Präsidentschaftswahlen 2010.....	96
7. Schlussfolgerung	100
8. Literaturangaben.....	108
Abstract – Deutsch	120
Abstract - English.....	121
Lebenslauf	122

Abkürzungen

BEST	Bureau of Economic and Social Technologies
CEECs/NIS	Central and Eastern European Countries and New Independent States of the Former Soviet Union
ENP	European Neighbourhood Policy
EU	Europäische Union
GUS	Geimenschaft Unabhängiger Staaten
ISD	Industrial Union of Donbas - Industrialnij Sojuz Donbassa
IWF	Internationaler Währungsfond
KMU	Klein- und Mittelunternehmen
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
SCM	System Capital Management
YES	Yalta European Strategy

1. Einleitung

Am 25. Februar 2010 wurde Viktor Janukovič offiziell als vierter Präsident der Ukraine vereidigt. Die ukrainische Bevölkerung hatte damit den Mann gewählt, dem kaum fünf Jahre zuvor der Zutritt zum selben Amt mittels einer Revolution versagt worden war. Dieses Datum markiert das Ende der Herrschaft der „orangen“ Kräfte unter Präsident Viktor Juščenko, der seit der Orangen Revolution 2004/05 die politische Führung inne hatte. Das, was in Westeuropa als Schritt in Richtung Demokratie und Good Practice gesehen wurde, war nun offiziell zum Erliegen gekommen.

Der ukrainische Staat ist zwar stabil, doch sind seit Mitte 2010 Re-Autokratisierungstendenzen zu bemerken. Nach dem ersten Jahr seiner Präsidentschaft hat Viktor Janukovič zahlreiche Reformen der „orangen“ Regierungsperiode – darunter auch die der Verfassung – rückgängig machen lassen. Die politische Opposition wird seit Juni 2010 mit Korruptionsverfahren konfrontiert, vor allem die Veruntreuung von Regierungsgeldern wird ihr vorgeworfen. Ehemalige Regierungsbeamte wurden inhaftiert oder mussten im Ausland um politisches Asyl ansuchen. Maßnahmen gegen Korruption sind zwar wünschenswert und im Fall der Ukraine auch von Nöten, doch scheint sich dieses Vorgehen vor allem gegen Mitglieder des politischen Lagers Julia Tymošenkos zu richten. Damit entsteht der Verdacht, dass es sich dabei um eine Abrechnung mit den politischen Gegnern und um eine Revanche für die durch die Orange Revolution erlittene Niederlage handelt. Die Pressefreiheit existiert eher formal und muss von Journalisten und der Gesellschaft verteidigt werden. Durch die Reform der staatlichen Verwaltung und die Wiedereinsetzung der Verfassung von 1996 konnte sich Viktor Janukovič als Staatspräsident, ähnlich wie schon vor ihm Leonid Kučma, eine auffallend starke Machtposition sichern. (vgl. Dörrenbächer, Oliinyk 2011: 2f)

Das „orange“ Projekt, das 2004 in der Orangen Revolution seinen Anfang genommen hatte und als beginnende Konsolidierung einer liberalen Demokratie in der Ukraine interpretiert worden war, ist gescheitert. Im *Freedom House Index* von 2010 wurde die Ukraine als „free“ eingestuft, 2011 gilt das Land nur mehr noch als „partly free“. (vgl. Freedom House Index 2010, 2011) Was immer man auch von diesen Kategorisierungen halten mag, sie sind ein Indikator dafür, dass das Land immer mehr einer „imitierten Demokratie“ gleicht, ähnlich wie jener, die in Russland zu finden ist. Doch wie konnte das geschehen?

Die Orange Revolution startete im Herbst 2004 als Reaktion auf die Manipulation der Präsidentschaftswahl durch das semi-autoritäre Kučma-Regime, welches sicherstellen wollte, dass der pro-russische Präsidentschaftskandidat und ideologische Nachfolger Kučmas – Viktor Janukovyč – tatsächlich ins Amt kam. So wollte man das Fortleben des bestehenden Herrschaftssystems gewährleisten, welches sich seit 1994 in der Ukraine etabliert hatte. Im Zuge der Revolution, welche sich unter der Führung der oppositionellen Partei *Naša Ukraïna* („Unsere Ukraine“ – Präsidentschaftskandidat Viktor Juščenko) und dem Block *Julii Tymošenko* (kurz: BJUT) formierte, wurde eine Wiederholung der Stichwahlen erwirkt. Viktor Juščenko wurde daraufhin als Präsident der Ukraine bestätigt. Die zivilgesellschaftliche Protestbewegung und die Vereidigung eines „frei und fair“ gewählten Präsidenten wurden von den Ländern Westeuropas als großer Schritt der Ukraine hin zu einem demokratischen System interpretiert. (vgl. Simon 2009: 13f)

Die Orange Revolution war eine der Farbrevolutionen, die sich seit dem Jahr 2000 in ehemaligen staatssozialistischen Ländern Osteuropas und Zentralasiens formierten. Diese zivilgesellschaftlichen Aufstände, die meist in semi-autoritären Regimen auf scheinbar sehr spontane Weise und als Reaktion auf die Verletzung grundlegender demokratischer Rechte oder Wahlfälschungen entstehen, zeichnen sich durch ihre gewaltfreie Aktionsform aus. Es wird suggeriert, dass es sich bei diesen Volksaufständen um Bewegungen handelt, die vor allem das Ziel der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft verfolgen. (vgl. Weidner 2007: 1088f) Damit gelten Farbrevolutionen als postmoderne Proteste, in denen sozioökonomische Motivationen den politischen Forderungen nach Demokratie gewichen sind. Die Transformationsforschung, die den Systemwandel in Ländern wie der Ukraine untersucht, kann das Phänomen der Farbrevolutionen zwar nicht ausreichend erklären, interpretiert sie aber als verspäteten Sieg der Demokratie nach einer notwendigen Übergangphase. (vgl. Hale 2005: 134f)

Von den „orangen“ Kräften wurden aber nicht nur die demokratische Konsolidierung des politischen Systems und die Bekämpfung der Korruption erwartet. Man erhoffte sich außerdem wirtschaftlichen Aufschwung, umfassende Maßnahmen zur Umverteilung des generierten Vermögens und die Annäherung des Landes an die Europäische Union. Allerdings vollzog sich weder die politische noch die ökonomische Entwicklung des Landes wie erwünscht. Am Ende der ersten Amtsperiode Juščenkos hatten sich die einstigen Verbündeten der Revolution aufgrund tiefgreifender Differenzen gespalten, und die Hoffnungen der Bevölkerung auf Wohlstand und demokratische Konsolidierung wurden

enttäuscht. Korruption und Stagnation prägten weiter das politische und ökonomische Leben in der Ukraine. (vgl. Bos 2010: 77ff)

Es stellt sich nun die Frage, ob die Orange Revolution tatsächlich der spontane Aufstand einer in ihren demokratischen Rechten beschnittenen Zivilgesellschaft war. Welche anderen Akteure spielten in der Formierung der Protestbewegung eine Rolle? Warum konnte die Orange Revolution, beziehungsweise die Regierungsperiode der „orangen“ Kräfte, keine nachhaltigen Veränderungen bewirken?

Zu Beginn der Revolution war die Ukraine als „oligarchisches Regime“ zu bezeichnen, in dem die ökonomische Macht in der Hand einer bestimmten elitären Gruppe lag. Diese setzte sich aus Großunternehmern zusammen, die im Laufe der 1990er Jahre großes finanzielles Kapital akkumulieren konnten und von Präsident Kučma bedingt durch ihre ökonomische Machtposition in politische Ämter gehoben wurden. (vgl. Pleines 2008: 2ff) Auf diese Weise wurde eine tiefe Kluft zwischen den Eliten und der restlichen Bevölkerung geschaffen, die profunde Auswirkungen auf die politische Entwicklung des Landes hatte. Als die zweite Regierungsperiode Präsident Kučmas zu Ende ging und er als einigendes Element wegfiel, wurde aber klar, dass die Eliten des Landes unterschiedliche Ziele verfolgten, und nun divergierende politische Kurse unterstützten. Die Formierung der zivilgesellschaftlichen Bewegung in der Ukraine, die den Sturz des Regimes Kučma herbeiführte, wurde zu einem großen Teil erst von der vorangegangenen Spaltung der politischen und somit auch wirtschaftlichen Elite des Landes ermöglicht, da diese die notwendigen Grundstrukturen für eine zivile Protestbewegung schuf. (vgl. Kuzio 2006: 46f) Die Kombination aus charismatischen politischen Führungspersonlichkeiten, der finanziellen Unterstützung von bestimmten Teilen der Wirtschaftselite und der zivilgesellschaftlichen Bewegung wurde es für die „orangen“ Kräfte möglich, die Präsidentschaftswahl 2004 schlussendlich zu gewinnen.

1.1 Forschungsfrage

Die vorliegende Diplomarbeit untersucht die politische Entwicklung der Ukraine seit 1991, legt dabei aber einen zeitlichen Fokus auf die Orangen Revolution im Herbst 2004 und die darauf folgende Präsidentschaft Viktor Juščenkos. Dabei soll der zentralen Frage nachgegangen werden, wie sich die individuellen Interessenslagen der wirtschaftlichen und politischen Eliten auf die zivilgesellschaftliche Organisation und die politische

Neuorientierung der Ukraine auswirkten, und warum keine nachhaltigen demokratischen Strukturen geschaffen werden konnten.

Fokussiert werden dabei weder die zivilgesellschaftliche Selbstorganisation der Bevölkerung, noch die äußeren Einflüsse auf die Bewegung.

Die Verfasserin versucht durch dieses Forschungsvorhaben die Hypothese zu beweisen, dass die Farbrevolution in der Ukraine nicht nur ein spontaner Aufstand der Zivilgesellschaft war, sondern von bestimmten Fraktionen der Elite mobilisiert und von deren individuellen Interessenslagen beeinflusst wurde. Es wird außerdem die Hypothese aufgestellt, dass Demokratie mehr bedarf als nur freier und fairer Wahlen allein. Gewisse politische und soziale Komponenten, die einen gesellschaftlichen Ausgleich schaffen, sind von Nöten, um die Macht der Elite einzuschränken und die Entstehung von Oligarchien zu vermeiden. Dabei wird davon ausgegangen, dass diese Komponenten in der Ukraine noch nicht etabliert wurden, was zu wachsender sozialer Ungleichheit, Rezession, Unzufriedenheit und im Endeffekt auch zum Scheitern der „orangen“ Kräfte geführt hat.

Eliten werden in dieser Diplomarbeit als kleine, aber sehr einflussreiche Gruppen herausgehobener Akteure verstanden, die sich aus autonomen politischen, sozialen und ökonomischen Individuen und Kollektiven zusammensetzen. Sie spielen in der Konsolidierung politischer Regime ausschlaggebende Rollen und sind für die Analyse von sozialen Bewegungen, Revolutionen, und Systemwechseln unabdingbar. Die Individuen innerhalb elitärer Gruppen haben vor allem Interesse an der Sicherung und Erweiterung ihrer eigenen Machposition, und befinden sich aus diesem Grund in konstantem Wettkampf miteinander. (vgl. Higley, Pakulski 2000: 230ff) Des Weiteren zeichnen sie sich durch ein gemeinsames System von Werten und Vorstellungen aus. Sie handeln innerhalb spezifischer Kontexte und Normen, und schaffen sich Netzwerke und inklusive Kanäle, die ihren Zugang zu politischer und ökonomischer Macht regeln. Nach außen hin treten Eliten meist als mehr oder weniger homogene Einheit auf. Gleichzeitig sind sie aber sozial und interessenspolitisch heterogen und auf spezifische Sektoren und Politikbereiche aufgeteilt. Obwohl Eliten über einen gewissen Rahmen von Autonomie verfügen, treffen sie ihre Entscheidungen nicht in einem sozialen Vakuum – sie sind wie andere Akteure der Gesellschaft in breitere sozioökonomische und politische Kontexte eingebettet. (vgl. Higley, Lengyel 2000: 2ff)

Demokratie bedarf einer Verpflichtung der Eliten zu grundsätzlichen demokratischen Strukturen. Die Frage, ob sich dieses Ethos in der Ukraine implementiert hat oder nicht, ist Teil dieser Diplomarbeit. Dazu sollen individuelle und kollektive Akteure in Form von

einzelnen PolitikerInnen und oligarchischen Gruppen untersucht werden, und wie sie während und nach der Orangen Revolution interagierten.

Des Weiteren soll im Rahmen der hier verfolgten Forschungsfrage herausgefunden werden, ob das Instrumentarium der Transformationsforschung, mit dem die post-sozialistischen Metamorphosen der Ukraine hauptsächlich analysiert werden, tatsächlich auf das Land angewendet werden können. Das Transformationsparadigma geht davon aus, dass ein jeder Staat, der sich im Systemwandel befindet, einer linearen Bewegung folgt, die ab einem bestimmten Punkt zur Konsolidierung einer liberalen Demokratien führen wird. Die Re-Autokratisierungstendenzen, die zu bestimmten Phasen in der Entwicklung der Ukraine zu verzeichnen sind, können damit aber nicht erklärt werden.

1.2. Theoretische Einbettung und Methodik

Die vorliegende Diplomarbeit basiert auf dem Konzept des akteurszentrierten Institutionalismus nach Scharpf (1997), wie er bei Pleines (2008a) angewendet wird. Dieser neo-institutionelle Ansatz geht davon aus, dass individuelle und kollektive Akteure im Bereich der Politik strategisch und mehr oder weniger rational interagieren, also in ihren Handlungen aufeinander reagieren. So lassen sich bestimmte Verhaltensannahmen für bestimmte Akteursgruppen treffen. (vgl. Pleines 2008a: 26ff) Wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse können so analysiert werden. In dieser Diplomarbeit werden gewisse Gruppen der herrschenden Elite – PolitikerInnen und oligarchische Gruppen, die in der Orangen Revolution und der Periode danach eine zentrale Rolle gespielt haben – untersucht, um ihren Einfluss auf den politischen Umbruch im Herbst 2004 und die darauffolgende Entwicklung darzustellen.

Um die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse und die divergierenden Interessenslagen der einzelnen Elitengruppen analysieren zu können, die eine ausschlaggebende Rolle in der Orangen Revolution spielten, wird des Weiteren die Theorie zu den Kapitalfraktionen des Blocks der Macht von Nicos Poulantzas herangezogen. Poulantzas geht davon aus, dass innerhalb eines Blocks der Macht mehrere herrschende Fraktionen mit unterschiedlichen Interessen existieren können, von denen sich eine als hegemonial herauskristallisiert. Diese Einteilung lässt sich nicht nur auf politische Klassen anwenden, sondern auch auf Wirtschaftsakteure, die Poulantzas in der kapitalistischen Entwicklung als Monopolkapital und nicht-monopolistisches Kapital klassifiziert. (vgl. Sablowski 2010: 191f) Mit Hilfe dieser Theorie werden in dieser Diplomarbeit Divergenzen

in den Interessen und daraus resultierenden Entscheidungen bestimmter politischer und wirtschaftlicher Akteure erklärt.

Das hier verwendete Forschungsmaterial setzt sich aus Monographien, Sammelbänden und wissenschaftlichen Artikeln zur post-sozialistischen Entwicklung der Ukraine zusammen. Ferner werden Daten wie das Bruttonationaleinkommen per capita und das Bruttoinlandsprodukt, ebenso wie die Statistiken des Pew Global Attitudes Project (2009) oder des Institutes für Soziologie der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften (2005) herangezogen, um die sozioökonomische Entwicklung darzustellen und die daraus resultierende Stimmung der Bevölkerung zu erklären und ihr Mobilisierungspotenzial damit zu analysieren.

1.3. Arbeitshypothesen

Im Rahmen dieser Arbeit werden mehrere Hypothesen verfolgt, die hier zum besseren Verständnis aufgelistet werden:

Die Elitenfraktionen der Ukraine verfolgten unterschiedliche wirtschaftliche Ziele, und unterstützten daher unterschiedliche politische Kurse. Die Formierung der zivilgesellschaftlichen Bewegung in der Ukraine, die den Sturz des Regimes Kučma herbeiführte, wurde zu einem großen Teil erst von der vorangegangenen Spaltung der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes ermöglicht, da diese die notwendigen Grundstrukturen für die Orange Revolution schuf. Die Kombination aus charismatischen politischen Führungspersönlichkeiten, der finanziellen Unterstützung von einigen Wirtschaftsoligarchen und der zivilgesellschaftlichen Bewegung ermöglichte es den „orangen“ Kräften, die Präsidentschaftswahl 2004 schlussendlich zu gewinnen. Aus Eigeninteresse hatte die oligarchische Wirtschaftselite des Landes die demokratische Bewegung angetrieben, doch verhinderte sie bei der Konsolidierung des neuen politischen Regimes, dass demokratische Reformen und Strukturen etabliert wurden.

Farbrevolutionen sind nicht in jedem Fall als rein politisch motivierte, spontane Aufstände der Zivilgesellschaft zu verstehen, sondern sind sowohl von sozioökonomischen Hintergründen als auch von den individuellen Interessen einzelner Elitenfraktionen beeinflusst.

Demokratisierung bedeutet mehr als nur die Durchführung freier und fairer Wahlen, sie ist kein rein politischer Prozess der ausschließlich von politischen Faktoren und Akteuren abhängt. Die ukrainische Bevölkerung hat sich von einer politischen Hinwendung zur Europäischen Union und von der Entscheidung für die Demokratie mehr erwartet als nur ihre

Volksvertreter frei wählen zu dürfen. Wohlstand, ein funktionierender Sozialstaat und korruptionsfreie Entwicklung der Ökonomie stellten die Hauptansprüche der des ukrainischen Volkes dar. In der Ukraine konnten zwar freie und faire Wahlen etabliert werden, doch fielen weitere Demokratisierungsprozesse unvollständig aus. Die Bekämpfung der Korruption und der Oligarchie blieb rudimentär, da sie nach wie vor eng mit der Politik verwebt ist, und teilweise den politischen Kurswechsel im Land mit initiiert hat. Der Sozialstaat erodierte fortwährend und die kapitalistischen Strukturen führten zu einer Vertiefung der Kluft zwischen politischer Elite und Bevölkerung.

Die Theorien des Transformationsparadigmas sind auf die post-sozialistische Entwicklung der Ukraine nur bedingt anzuwenden, da Re-Autokratisierungstendenzen nicht erklärt werden können. Ein alternatives theoretisches Modell ist für die Analyse notwendig.

1.4. Relevanz für das Projekt Internationale Entwicklung

Die Ukraine ist als eines der „Central and Eastern European Countries and New Independent States of the former Soviet Union (CEECs/NIS)“¹ Teil der der österreichischen und europäischen Ostzusammenarbeit. Weiters ist das Land Mitglied der European Neighbourhood Policy (ENP) der Europäischen Union. Die politische Entwicklung der Ukraine ist nicht nur für die österreichische, sondern auch für die gesamteuropäische Entwicklungszusammenarbeit und die Außen- und Sicherheitspolitik der EU von Interesse. Demokratie-, Transformations- und Elitentheorien spielen in der Entwicklungsforschung eine wichtige Rolle, besonders da seit dem Ende der Systemkonfrontation das liberale Demokratiemodell als alternativlos gilt. Der Siegeszug der westlichen, liberalen Demokratie bleibt allerdings zweifelhaft, da sie sich nicht in allen Länder vollständig durchzusetzen weiß. Oligarchische Strukturen und verwandte Phänomene behindern oftmals die Konsolidierung eines demokratischen Systems. Es stellt sich die Frage, ob die „hybriden“ politischen Regime, die nicht nur im post-sozialistischen Raum sondern auch in Afrika und Lateinamerika entstanden sind, als Entwicklungsstufen auf dem Weg zu einer konsolidierten Demokratie oder als alternative Entwicklungen verstanden werden müssen.

Die Frage, wie und ob tatsächlich ein demokratisches System in einem Land erreicht werden kann, wird die Entwicklungsforschung und die damit verbundenen Paradigmen auch weiterhin beschäftigen. Diese Tatsache beeinflusst früher oder später auch die

¹ OEFSE (2003): DAC List of Recipients. <http://www.oefse.at/Downloads/DAClist.pdf>

Entwicklungspolitik, die andere Staaten diesen Ländern gegenüber einnehmen, ebenso wie Projekte der Entwicklungszusammenarbeit, die Demokratieförderung zum Ziel haben.

1.5. Forschungsstand

Zahlreiche politikwissenschaftliche Untersuchungen haben sich mit der Orangen Revolution und der post-revolutionären Entwicklung der Ukraine beschäftigt. Die bekannteste darunter ist wohl „*Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough.*“ (2006), herausgegeben vom Carnegie Endowment for International Peace. Diese relativ umfassende Darstellung der Ereignisse zeichnet sich durch eine sehr optimistische Grundhaltung der Farbrevolution gegenüber aus. Der Sammelband „*Ukraine on its Way to Europe. Interim Results of the Orange Revolution.*“ (herausgegeben 2009 von Juliane Besters-Dilger) wirft ein etwas kritischeres Licht auf die Orange Revolution und ihre Auswirkungen. Ein weiteres für diese Diplomarbeit essentielles Werk ist der Sammelband „*Schichtwechsel. Politische Metamorphosen in der Ukraine.*“ (2010), ein Heft der Zeitschrift „Osteuropa“, in dem die „orange“ Regierung analysiert wird.

Ingmar Bredies hat zu den Hintergründen der Orangen Revolution in seinem Sammelband „*Zur Anatomie der Orangen Revolution in der Ukraine. Wechsel des Elitenregimes oder Triumph des Parlamentarismus*“ (2005) einige Hypothesen zur Rolle der wirtschaftlichen und politischen Elite im Transformationsprozess aufgestellt, die profunden Einfluss auf die hier verfolgte Fragestellung hatten. Bredies Ausführungen nehmen in der vorliegenden Diplomarbeit eine zentrale Rolle ein.

Für die theoretische Untermauerung wurden vor allem Wolfgang Merkel (2003, 2010) und seine Ausführungen zu Transformationstheorien herangezogen. Die Verfasserin möchte hier allerdings darauf hinweisen, dass hier nur bestimmte theoretische Grundlagen Merckels verwendet werden. Da diese Arbeit eine Kritik an der Linearität des Transformationsparadigmas darstellt, wurde vor allem nach alternativen Theorien gesucht, die die Re-Autokratisierungstendenzen in Transformationsländern besser erklären. Es besteht auf diesem Gebiet eindeutig noch Forschungsbedarf. Die Ausführungen von Henry E. Hale (2005) zur „Regime-Cycle-Theory“ liefern aber eine brauchbare Grundlage, um auf die Rolle der Eliten und spezifischer politischer Institutionen bei der Formierung zivilgesellschaftlicher Protestbewegungen einzugehen.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion existierte die Ukraine zum ersten Mal seit 1921 wieder als eigenständiger Nationalstaat. 90% der Bevölkerung – also nicht nur die ethnischen UkrainerInnen, die lediglich 73% der Gesamtbevölkerung ausmachten – hatten sich in einer Abstimmung am 1. Dezember 1991 für den Unabhängigkeitskurs des Landes ausgesprochen. Nur wenige Tage später, am 26. Dezember 1991, erfolgte schließlich die offizielle Auflösung der UdSSR.

Der Staat setzte sich das Ziel, eine neue Ordnung nach westlichem Vorbild zu errichten. Anstelle von Einparteienherrschaft sollten nun eine parlamentarische Demokratie und ein Rechtsstaat treten, die Planwirtschaft wurde durch marktwirtschaftliche Strukturen abgelöst. (vgl. Kappeler 2009: 255f) Es stellte sich aber die Frage, wie die Ukraine und die anderen Länder des postsowjetischen Raumes mit der Schwierigkeit umgehen würde, gleichzeitig Staat, Ökonomie und Gesellschaft zu transformieren und Demokratien zu errichten. Zwar wurden diesbezüglich einige recht düstere Prognosen gestellt, weil diese Transformationslast kaum zu bewältigen schien (vgl. Offe 1991, 1994), doch fassten vor allem US-amerikanische PolitikwissenschaftlerInnen die Neuorientierung der ehemaligen staatssozialistischen Länder als Siegeszug der Demokratie auf und ordnete sie den großen Demokratisierungsprozessen des 20. Jahrhunderts zu. (vgl. Huntington 1992)

Der post-sowjetische Raum hat die Transformationsforschung vor große Herausforderungen gestellt. Die Annahmen, dass es sich dabei entweder um eine „transition to democracy“ oder um eine „transition from authoritarian rule“ handle, erklären nicht, warum einige Länder größere Erfolge im Systemwandel zu verbuchen haben als andere. Auch die Tatsache, dass sich gewisse Staaten in einer „Grauzone“ zwischen Autokratie und liberaler Demokratie wiederfinden, kann nicht begründet werden. (vgl. Hale 2005: 133f)

Meine Analyse des Systemwechsels und der post-sozialistischen Entwicklung der Ukraine möchte ich mit einer Darstellung des theoretischen Konzeptes der Transformationsforschung beginnen, bevor ich untersuche, wie der Prozess in der Praxis ablief.

2. Das Transformationsparadigma

Das Transformationsparadigma hat in den späten 1970ern und 1980ern stark an Bedeutung für politikwissenschaftliche Debatten gewonnen, Theorien zum Wandel politischer Systeme existieren jedoch schon seit den 1950er und 1960er Jahren. Talcott Parsons (1952), Seymour Lipset (1959) und Samuel P. Huntington (1968) sind die bekanntesten Vertreter dieser frühen Periode.

Es gibt bis heute keine allgemein gültige Definition von Transformation. Problematisch ist, dass einige Begriffe des Forschungsfeldes, die unterschiedliche Arten oder Phasen der Transformation bezeichnen, oftmals synonym verwendet werden. Aus diesem Grund werde ich im Folgenden versuchen, die wichtigsten Termini des Paradigmas zu umreißen und somit aufzeigen, welche theoretische Konzeption in dieser Diplomarbeit unter Transformation verstanden wird.

Unter Systemtransformation wird der Übergang von einer politischen Ordnung zu einer grundsätzlich anderen verstanden. Dies bezieht sich aber nicht nur auf politische Strukturen, sondern auch auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Systeme, die, bedingt durch die hohe Interdependenz innerhalb des Nationalstaates oder Aktionsraumes, ebenfalls von Regimewechseln betroffen sind. Die Transformationsforschung beschreibt den Übergang von Diktatur zu Demokratie, von Planwirtschaft zu liberaler Marktwirtschaft und von geschlossenen zu offenen Gesellschaftsformen. Re-Autokratisierungstendenzen, die in vielen Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu beobachten sind, werden nicht erfasst. (vgl. Merkel 2010: 66f) Transformationsprozesse stellen ein sehr weitläufiges Analysefeld dar, und verlangen daher Präzisierung. Klargestellt werden muss, *was* transformiert wird: die Regierung eines Landes, ein politisches System, der Staatskörper selbst oder das gesamte soziopolitische und ökonomische System. Des Weiteren müssen zwei grundlegende Begriffe unterschieden werden: „Transformation“ kann im deutschen Sprachraum als eine zusammenfassende Bezeichnung für alle Formen des Systemwandels und –wechsels verwendet werden. Der Begriff bezeichnet aber das aktive Moment einer systemischen Umgestaltung. Seit den 1990er Jahren wird die Verwendung des Terminus allerdings eher abgelehnt, da er zu inklusiv und etwas generalisierend scheint. „Transition“ wiederum ist ein vor allem im englischen Sprachraum angewendeter politikwissenschaftlicher Begriff, der in den 1980er Jahren durch ein internationales Forschungsprojekt über „*Transition to Democracy*“ geprägt wurde. (vgl. Merkel 2010: 62ff) Im Rahmen dieses Projektes wurde ein theoretisches und vergleichendes Konzept entwickelt, welches der Analyse bestimmter

politischer und sozioökonomischer Entwicklungen dienen sollte. Transition beschreibt eher eine passive Form des Systemüberganges, die keine besonderen aktiven Tätigkeiten seitens der politischen Führung bedarf. Die Begriffe Systemwandel, Transition, Transformation und Systemwechsel bezeichnen verschiedene Formen von staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Metamorphosen, die sich in ihrer konzeptuellen Intensität und Radikalität unterscheiden. (vgl. Schneider 2005: 15ff)

In dieser Untersuchung verwende ich, trotz der diskursiven Kritik, vor allem die Begriffe Transformation und Systemwechsel, da sie das Ausmaß der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Übergänge in der Ukraine einfangen, und verdeutlichen, dass der Systemwechsel durchaus eine von den Eliten initiierte Veränderung war. Den Begriff Transition, der den Wandel oder Wechsel eines Systems als eher passiven Prozess betrachtet, halte ich in diesem Zusammenhang für ungeeignet.

2.1. Die drei Wellen der Demokratisierung

Die Transformationsforschung ist Teil der Demokratisierungstheorien und versucht, bestimmte politische, soziale und ökonomische Phänomene des letzten Jahrhunderts zu erklären. Samuel P. Huntington (1992) identifizierte rückblickend auf das 19. und 20. Jahrhundert drei große Wellen der Demokratisierung. Die erste Welle fand Huntington zufolge ihren Ursprung in den französischen und amerikanischen Revolutionen, zog sich durch das gesamte 19. Jahrhundert und mündete im Ersten Weltkrieg. Der Krieg zerstörte die bestehenden Gesellschaftsordnungen und Nationalökonomien, was eine autoritäre Gegenwelle hervorrief. In Europa und Lateinamerika entstanden faschistische, populistische, autoritär-korporatistische oder militärisch-diktatorische Regime. Aufgrund der Niederlage der faschistischen und nationalsozialistischen Regime in Europa durch die Alliierten im Zweiten Weltkrieg wurde die zweite Welle der Demokratisierung initiiert. So entstanden die sogenannten „Nachkriegsdemokratien“ in Westdeutschland, Österreich, Italien und Japan.

Die dritte Welle der Demokratisierung startete 1974 in Portugal, erfasste daraufhin die autoritären Regime in Griechenland und Spanien, sowie die Einparteiensysteme in Ost- und Südostasien. Auch einige Staaten Afrikas und des Nahen Ostens werden zur dritten Demokratisierungswelle gezählt. Ihren Höhepunkt fand die dritte Welle allerdings im Zeitraum von 1989 bis 1991, als die staatssozialistischen Regierungen in Osteuropa zusammenbrachen und die Sowjetunion ihre Selbstauflösung beschloss. (vgl. Offe 1994: 59f)

2.1.1. Grundlegende Annahmen

Die Ursachen, genaueren Umstände und Ausprägungen der drei genannten Demokratisierungswellen unterscheiden sich stark voneinander, doch teilen diese politischen Entwicklungen auf den ersten Blick gewisse Charakteristika. Alle genannten Länder schienen sich ausgehend von einer autoritären Grundhaltung hin zur Demokratie zu bewegen. Diesem politischen Phänomen wurde mit dem *transition to democracy*-Paradigma ein theoretischer Rahmen gegeben. Vor allem im US-amerikanischen Raum wurden die Theorien zur Systemtransformation enthusiastisch aufgenommen.

Thomas Carothers (2002) identifiziert fünf grundlegende Hypothesen, die das Transformationsparadigma definieren. Die erste Annahme des Theorems besagt, dass ein jedes Land, welches sich von einer totalitären Herrschaftsform abwendet, automatisch in Richtung Demokratie steuert. Von dieser Mutmaßung ausgehend wird die gesamte politische Entwicklung eines Transformationsstaates analysiert.

Zweitens vertritt das Transformationsparadigma die Ansicht, dass die Demokratisierung nach einer bestimmten Stufenentwicklung abläuft: zuerst findet (hervorgerufen von national spezifischen Entwicklungen) eine Phase der politischen Öffnung und Liberalisierung statt, die das Regime in seinen Grundfesten erschüttert und die Elite in Hardliner und Softliner spaltet. Daraufhin folgt der sogenannte Durchbruch, der den Zerfall des Regimes und die Etablierung einer neuen, demokratischen Regierung ermöglicht. Diese schafft daraufhin Institutionen, die die Konsolidierung der Demokratie ermöglichen.

Die dritte Annahme des Transformationsparadigmas beruht auf der determinierenden Rolle von Wahlen. Zwar gehen die Anhänger der Transformationstheorie nicht davon aus, dass freie und faire Wahlen gleichbedeutend mit Demokratie sind, doch werden ihnen eine auffällig hohe Bedeutung bei der Konsolidierung der selbigen beigemessen.

Die vierte Annahme basiert auf einem Charakteristikum, welches spezifisch für die dritte Welle ist und von mehreren Staaten geteilt wird: Demokratische Bewegungen schienen sich in Ländern zu formieren, in denen man mit einer solchen Entwicklung kaum gerechnet hatte. Die Mongolei, Mauretanien und Albanien sind hier als Beispiel zu nennen. Zuvor war man davon ausgegangen, dass Demokratie bestimmter Voraussetzungen bedürfe, doch schien diese Annahme nicht mehr ganz korrekt. Eine „optimistischere“ Sicht der Situation etablierte sich, deren Anhänger die Position vertraten, dass Demokratie ein erreichbares Ziel für ein jedes Land darstelle. Die fünfte Hypothese beruht hingegen auf der Beobachtung, dass die dritte Welle der Demokratisierung in Ländern stattfand, die zumindest einen funktionierenden Nationalstaat aufwiesen. Zwar schien die Konsolidierung von Demokratie überall möglich zu

sein, sofern bestimmte Maßnahmen und Initiativen zu deren Förderung getroffen würden. Doch scheint in jedem Fall zumindest ein funktionierender Staatskörper notwendig, der diese durchführt und der Demokratisierung einen Rahmen gibt. (vgl. Carothers 2002: 6ff)

2.1.2. Die Grauzonen des Transformationsparadigmas

In den letzten Jahren wurde immer offensichtlicher, dass das Transformationsparadigma auf die meisten Staaten der dritten Demokratisierungswelle nur bedingt anzuwenden ist. Die Problematiken der Länder des post-sozialistischen Raumes unterscheiden sich grundlegend von jenen der vorangegangenen Demokratisierungswellen. Auch viele Transformationsländer in Afrika und Asien weichen von den zentralen Hypothesen des Paradigmas ab. Demokratie ist keine Herrschaftsform, die in kurzer Zeit etabliert werden kann, und es ist in vielen Fällen noch zu früh, um ein Urteil über den Erfolg der demokratischen Konsolidierung abzugeben. Doch fällt auf, dass von den circa hundert Transformationsländer der dritten Welle nur etwa zwanzig als Demokratien zu bezeichnen sind. Die meisten davon befinden sich in Mitteleuropa, dem Baltikum und Lateinamerika. In einigen Ländern kann der Demokratisierungsprozess als gescheitert bezeichnet werden, wie etwa in Belarus, Usbekistan, Turkmenistan und Togo. In diesen Staaten haben sich erneut autoritäre Regime installiert, die so gut wie keine funktionierenden Institutionen der Demokratie aufweisen. (vgl. Merkel 2010: 324f)

Die dritte Demokratisierungswelle hat aber eine Vielzahl von unterschiedlichsten politischen Regimen hervorgebracht, deren genaue Klassifizierung kein leichtes Unterfangen ist. So wird versucht, immer mehr zwischen unterschiedlichen Typen von Demokratien und autoritären Herrschaftsformen zu differenzieren.

„[C]reating ‚diminished‘ subtypes of democracy, ‚precising‘ the definition of democracy by adding defining attributes, and by shifting the overarching concept with which democracy is associated (for example, from democratic regime to democratic state).“ (Collier, Levitsky 1997: 2, Hervorhebungen im Original)

Jedoch bringt diese Herangehensweise gleichzeitig eine Ausweitung des Konzeptes mit sich, was wiederum in ungenauen Analysen resultieren kann. Aus diesem Grunde haben sich einige PolitikwissenschaftlerInnen anderen Strategien zugewandt. Wie immer man die entstandenen Regime auch analytisch kategorisieren möchte, eines steht fest: sie verorten sich in einem politischen Raum zwischen Autoritarismus und liberaler Demokratie. Thomas Carothers (2002: 9f) zufolge befinden sich die meisten Länder der dritten Demokratisierungswelle in

einer so genannte politischen „Grauzone“. Die Staaten, die sich in dieser Zone befinden, verfügen durchaus über gewisse demokratische Merkmale. So werden etwa regelmäßig Wahlen durchgeführt, es existiert – wenn meist auch nur eingeschränkt – ein Raum für Oppositionsparteien und eine Zivilgesellschaft, sowie eine demokratische Verfassung. Dennoch weisen diese Institutionen Defizite auf, die die Funktionsfähigkeit des politischen Systems und die bürgerlichen Freiheiten einschränken. Die Partizipation der Bevölkerung konzentriert sich meist nur auf die Teilnahme an Wahlen, bleibt ansonsten oberflächlich. Beteiligung am politischen Prozess wird von der Bevölkerung als fruchtlos angesehen, da Korruption und Amtsmissbrauch in den Ländern in der „Grauzone“ keine seltenen Vorkommnisse sind und das öffentliche Vertrauen in die Institutionen der Demokratie gering bleibt.

Carothers bezeichnet dieses Phänomen als „feckless pluralism“. (vgl. Carothers 2002: 10f) Zwar existieren demokratische Institutionen, doch bleibt die Demokratie selbst nur ein oberflächliches Konstrukt, welches nicht wie vorgesehen funktioniert. Eine korrupte Elite dominiert und steuert den politischen Prozess und die Transformation, ist dabei aber von der restlichen Bevölkerung abgeschnitten und verändert sich laufend.

„[T]he alternation of power occurs between constantly shifting political groupings, short-lived parties led by charismatic individuals or temporary alliances in search of a political identity [...].“ (Carothers 2002: 11)

Ein weiteres Merkmal, das manche Staaten der „Grauzone“ an den Tag legen, ist jenes der „dominant-power politics“. Hier hält eine einzelne, charismatische Führungsperson oder eine bestimmte politische Gruppierung die Herrschaftsposition über lange Zeit auf eine Weise inne, die einen Machtwechsel unwahrscheinlich macht. Diese Gruppierung wird als „Partei der Macht“ bezeichnet. Die Grenze zwischen Staat und der führenden Partei ist in diesem Fall fließend, da alle Ressourcen des Staates von der Partei so gut wie uneingeschränkt genutzt werden können. Zwar existieren auch hier rudimentäre demokratische Institutionen, doch sind diese schwächer ausgeprägt als in jenen Staaten, die „feckless pluralism“ aufweisen. (vgl. McFaul 2002: 215f) Ein Land, welches Anzeichen von „dominant-power politics“ aufweist, ist Russland während den Regierungsperioden von Vladimir Putin und Dmitri Medwedew.

Die Ukraine wurde von Carothers in den 1990ern zu den Ländern mit „dominant-power politics“ gezählt, weist ihm zu Folge heute aber Merkmale von „feckless pluralism“ auf. (vgl. Carothers 2002: 11f und Merkel 2010: 324f)

2.2. Die Subtypen von Demokratie

Zu Beginn der 1990er wurde die Selbstauflösung der Sowjetunion noch euphorisch als Siegeszug der Demokratie gefeiert. Doch stellte sich bald heraus, dass der Systemwechsel nicht ganz von dem Erfolg gekrönt war, den man sich erhofft hatte. Die neuen, postsozialistischen Systeme – wie auch viele Staaten in Lateinamerika, Afrika und Asien – kämpften damit, funktionierende demokratische Institutionen zu etablieren. Die Diskussionen darüber, ob die dritte Welle der Demokratisierung am Ende des Jahrhunderts nun tatsächlich erfolgreich gewesen oder ob ein erheblicher Teil der Staaten in einem relativ unbestimmten „Dazwischen“ gestrandet war, signalisierte einen neuen Pessimismus in der Transformationsforschung. Die Transformationsforschung sah sich plötzlich mit den unterschiedlichsten Typen von post-autoritären Regimen konfrontiert, die neuer Klassifizierung bedurften. Trotz mehrerer Jahrhunderte der Reflektion und Forschung wächst das Wissen über Demokratie immer weiter, was manchmal sogar darin resultiert, dass als Fakten angesehene Ideen erneut überdacht werden müssen. (vgl. Carothers 1997: 12f)

Die demokratischen Systeme einzelner Länder können durchaus verschiedene Charakteristika aufweisen. So unterscheiden sich etwa die politischen Systeme in Costa Rica, Großbritannien, Österreich und den Vereinigten Staaten durch bestimmte strukturelle Merkmale. Doch sind alle diese Länder als Demokratien zu bezeichnen, da ihnen dasselbe liberaldemokratische Modell unterliegt. Die politischen Metamorphosen der letzten Jahrzehnte haben aber eine recht ungewisse Situation erzeugt. Obwohl die neuen Ordnungen in Lateinamerika, Afrika, Asien und im post-sozialistischen Raum wichtige demokratische Attribute aufweisen, unterscheiden sich viele von den Demokratien in Industrieländern, und einige können nicht als vollkommen demokratisch bezeichnet werden. (vgl. Collier, Levitsky 1997: 1f) Diese „unvollständigen“ Demokratien befinden sich irgendwo zwischen Autokratie und Demokratie. Die Diskussion darüber hat verschiedene begriffliche Ausprägungen erfahren. „Illiberale Demokratie“, „defekte Demokratie“, „Pseudodemokratie“, „Semi-Demokratie“ oder „elektoralistische Demokratie“ sind einige der diskursiven Bezeichnungen, die unter Colliers und Levitskys Überbegriff „democracy with adjectives“ zusammengefasst werden können. (vgl. Rüb 2002: 93ff)

2.2.1. Definition Demokratie – Totalitarismus – hybride Regime

Um die Charakteristika des politischen Regimes der Ukraine zu analysieren, bedarf es einer Definition des Demokratiebegriffes.

Demokratien sind rechtsstaatlich gesicherte Herrschaftsformen, in der die Staatsgewalt vom Volk ausgeht und Herrschaft direkt sowie indirekt ausgeübt wird. Joseph A. Schumpeter (vgl. Rüb 2002: 101f) beschreibt das Wesen der Demokratie als Elitenkonkurrenz und durch das Volk bestätigte Elitenherrschaft. Die freie Bildung von politischen Präferenzen beruht auf dem uneingeschränkten und gesicherten Gebrauch von individuellen und kollektiven Rechten. Allen Staatsbürgern werden die gleichen Rechte und der Schutz vor Übergriffen durch einen gewalttätigen Staat garantiert. Die Herrschenden werden durch regelmäßig stattfindende, freie Wahlen und durch die verfassungsrechtlich gesicherte Gewaltenteilung der demokratischen Verantwortung unterworfen. Das pluralistische Element, welches in liberalen Demokratien so gut wie unbegrenzt ist, ist die herausragendste Charakteristik dieser Herrschaftsform. Pluralismus zeichnet sich durch die Existenz politischer Gruppen aus, die nicht vom Staat geschaffen wurden. (vgl. Linz 2005: 7f)

Im Gegensatz dazu steht der Totalitarismus, der dem liberaldemokratischen System diametral entgegengesetzt ist, und meist dazu verwendet wird, die Herrschaftsformen des Faschismus, Nationalsozialismus oder Kommunismus zu beschreiben. (vgl. Petersen 1978: 122f)

Carl Joachim Friedrich (1957: 19f) definiert sechs Strukturmerkmale, die totalitäre Regime ausmachen:

- Die Vorherrschaft einer Ideologie, die den radikalen Endzustand einer Gesellschaft verkündet
- Einparteienherrschaft
- Eine terroristische Geheimpolizei
- Das Nachrichtenmonopol des Staates
- Das Waffenmonopol des Staates
- Eine zentral gelenkte Wirtschaft

Im Bezug auf die Sowjetunion hat die politische Charakterisierung verschiedene Konjunkturen durchgemacht. Die Periode der stalinistischen Herrschaft kann ohne weiteres als totalitäre Diktatur bezeichnet werden, doch für spätere Phasen scheint diese

Kategorisierung nicht mehr ganz passend. Schließlich kam es in den 1960ern zu Ausdifferenzierungen, die mit den gängigen Totalitarismustheorien nicht analysiert werden können. Auch der friedliche Niedergang des Regimes kann mit diesem Konzept nicht erklärt werden. (vgl. Segert 2009: 98f)

Die Transformationsforschung ermangelt einer gründlichen Beschäftigung mit Demokratietheorien. Sie definiert kein Minimum, das ein Staat erreichen muss, um als demokratisches System zu gelten. Die Durchführung freier und fairer Wahlen wird in vielen theoretischen Ansätzen als minimale aber ausreichende Grundausstattung für Demokratie betrachtet. Wahlen sind zwar eine notwendige, jedoch keine hinreichende Voraussetzung. Um als Demokratie zu gelten, muss ein politisches System unterschiedliche Teilbereiche aufweisen, die voll funktionsfähig sind. Wolfgang Merkel hat diese Bereiche als „Teilregime der Demokratie“ bezeichnet. Diese sind interdependent und leisten unverzichtbare „Zulieferdienste“ aneinander. Die Teilregime sind also intern ineinander eingebettet. (vgl. Merkel 2003: 55ff) Jede Demokratie ist als Gesamtregime aber auch in eine Umwelt integriert, die sich aus den Räumen der Zivilgesellschaft und dem ökonomischen Kontext zusammensetzt. Merkel sieht diese externen Einflüsse als essentiell für die Konsolidierung von Demokratie an. (vgl. Merkel 2003: 57ff)

Moderne Demokratien sind komplexe Gefüge von Institutionen, die bestimmte Funktionen erfüllen müssen, für die sie bestimmte Strukturen herausbilden. Um aufzuzeigen, welche Teilbereiche liberale Demokratien abdecken müssen, um als funktionsfähig eingestuft zu werden, beziehe ich mich an dieser Stelle auf die fünf „internen“ Teilregime von Demokratie, die Wolfgang Merkel isoliert. Zwar ist dies eine sehr statische und normative Einteilung, doch erfasst sie dennoch die meiner Ansicht nach für Demokratien wichtigsten zentralen Institutionen und Strukturen. Dies soll illustrieren, welche Attribute eine „liberale Demokratie“ aufweisen sollte.

1) Das Wahlregime

Wählen ist nicht gleichbedeutend mit „eine Wahl haben“. Auch wenn Wahlen als *frei und fair* bezeichnet werden, so sind sie deswegen noch nicht automatisch *bedeutungsvoll*. Demokratischen Wahlen geht ein Wahlprozess voraus, der letztendlich über die Natur des Wahlaktes selbst bestimmt. Wahre politische Konkurrenz kann nur bestehen, wenn die

teilnehmenden Parteien keine vom Staat geschaffenen Institutionen sind und gleichen Zugang zu politischen Ressourcen und Medien haben. Wahlen haben natürlich auch einen Nachlauf. Die BürgerInnen eines Staates können die Regierung und Versammlung während der gesamten Dauer der Legislaturperiode politisch verantwortlich machen, da Demokratien repräsentative Herrschaftsformen sind. Dies funktioniert aber nur, wenn politische Rechte und bürgerliche Freiheiten durch einen Rechtsstaat gesichert sind und die Regierung das hält, was sie während des Wahlkampfes versprochen hat. (vgl. Rüb 2002: 97f)

2) Die politischen Rechte

Die Durchführung freier und fairer Wahlen setzt ein Mindestmaß an politischen Rechten und individuellen Freiheiten voraus. Die politischen Partizipationsrechte konstruieren die Arena der Öffentlichkeit als eigenständige politische Handlungssphäre, in der der kollektive Meinungs- und Willensbildungsprozess von statten geht. Das uneingeschränkte Recht auf Meinungs- und Redefreiheit, sowie das Assoziations-, Demonstrations- und Petitionsrecht sind zentrale Kategorien, die uneingeschränkt gelten müssen, um die vertikale Demokratiedimension zu komplettieren. (vgl. Merkel 2003: 49f)

3) Bürgerliche Freiheitsrechte

Bürgerliche Freiheitsrechte sind individuelle Schutzrechte gegenüber freiheitsgefährdenden Übergriffen eines gewalttätigen Gesetzgebers. Diese liberalen Rechte setzen die Existenz eines effektiven Staates voraus. Die Einschränkung individueller Freiheitsrechte kann (muss aber nicht) mit der Nichtbereitstellung von staatlichen Ressourcen zusammenhängen. Friedbert Rüb weist darauf hin, dass „arme“ Staaten in Folge dessen oftmals ineffektiv sind, was die Situation liberaler Rechte prekär macht. In Lateinamerika, Afrika und in Osteuropa liegt die Staatsbildung Rüb zufolge hinter dem für die Demokratie notwendigen Institutionalierungsgrad zurück. (vgl. Rüb 2002: 99f)

4) Gewaltenteilung und horizontale Verantwortlichkeit

Als viertes Teilregime isoliert Merkel die Gewaltenteilung und die durch sie institutionalisierte „horizontale Verantwortlichkeit“. Die gleichzeitige Autonomie und Interdependenz von Legislative, Exekutive und Judikative schließt zentrale Kontrolllücken,

die die übrigen Teilregime im demokratischen Grundgerüst offen gelassen haben. Die Gewährleistung politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten schützt das Individuum zwar vor staatlichen Übergriffen, doch treffen sie darüber hinaus keine Vorkehrungen gegen die Verselbstständigung oder den Missbrauch von Macht. Um die Ausübung der exekutiven Herrschaft über die Legislative sinnvoll zu beschränken, bedarf es einer funktionierenden, unabhängigen Judikative. (vgl. Merkel 2003: 52ff)

5) Effektive Regierungsgewalt

Im fünften Teilregime wird festgelegt, dass es die tatsächlich gewählten Repräsentanten sind, die die Herrschaft ausüben, und nicht andere AkteurInnen, die nicht der demokratischen Verantwortung unterworfen sind, Verfügungsgewalt über bestimmte Politikbereiche ausüben. Dies ist in einigen der jungen Demokratien Lateinamerikas, Ost-, Südost- und Südasiens der Fall, in denen das Militär als Akteur außerhalb der demokratischen Mehrheitsentscheidungen autonome Politikdomänen in der Außen- und Sicherheitspolitik besitzt. Akteure wie die Zentralbank oder Verfassungsgerichte, die ebenfalls aus dem demokratischen Prozess herausgenommen worden sind, dürfen aber nicht zu dieser Kategorie gezählt werden, da sie den Bestand der Demokratie selbst sichern oder bestimmte Organe mit einer höheren Handlungsautonomie ausstatten. (vgl. Merkel 2003: 54f)

Wird eines dieser Teilregime in irgendeiner Form gestört, so beeinträchtigt dies Wolfgang Merkel zufolge die gesamte Funktionsfähigkeit der Demokratie. Zwar bleibt das demokratische Grundgerüst an und für sich erhalten, doch ist das politische System nicht mehr als vollkommen demokratisch zu bezeichnen. (vgl. Merkel 2003: 63f) So bilden sich laut Merkels Konzept der „embedded democracy“ sogenannte Subtypen von Demokratie heraus, die sich zwischen Autokratie und liberaler Demokratie situieren. Die Ukraine unter Präsident Kučma ordnet Merkel als illiberale Demokratie ein. Dieser Typ zeichnet sich dadurch aus, dass der Verfassungs- und Rechtsstaat beschädigt ist und die Kontrolle von Exekutive und Legislative durch die dritte Kraft nicht ausreichend vorhanden ist. Bürgerliche Freiheits- und Schutzrechte sind partiell suspendiert oder noch nicht etabliert. Damit wird der Kern des liberalen Selbstverständnisses von Demokratien geschwächt – die gleiche Freiheit aller Individuen. (vgl. Merkel 2003: 64ff) Hier sei aber angemerkt, dass sich diese Einstufung nach der Orangen Revolution 2004 wohl geändert hat und der Ukraine dank des größeren

Pluralismus und der steigenden Medienfreiheit ein höherer Demokratisierungsgrad adjustiert wird.

2.2.2. Kritik am Theorem der „defekten Demokratie“

Die Einteilung von Demokratien in Teilregime ist eine normative und statische Konzeptualisierung. Auffällig ist, dass sobald eines der Teilregime nicht mehr so funktioniert wie vorgesehen, das politische System nicht mehr als vollkommen demokratisch, aber immer noch als eine – wenn auch geschwächte – Form von Demokratie gesehen wird. Solche Abstufungen sind für die Konzeptualisierung des Herrschaftssystems eines Staates durchaus von Nutzen, da es analytisch nicht genügt, sich mit dem Begriff „electoral democracy“ zufrieden zu geben. Demokratien bedürfen mehr als nur demokratischer Wahlen.

Dennoch ist das Konzept der defekten Demokratie nicht unumstritten. Problematisch sind vor allem die Ausdehnung des Demokratiebegriffes und die Ableitung von Subtypen. Im Kern ist Demokratie ein normatives Konzept. Giovanni Sartori, der das Kernkonzept von Demokratie definiert hat, merkt folgendes an:

„What democracy is cannot be separated from what democracy should be. A democracy exists only insofar as its ideals and values bring it into being.“ (Sartori 1987:7, zitiert nach Perlin 2008: 2, Hervorhebungen im Original)

Wie bereits erwähnt können sich die Strukturen einzelner demokratischer Typen durchaus unterscheiden, beruhen aber alle auf denselben Werten und demselben Grundgerüst. KritikerInnen bemängeln, dass von diesem von Sartori definierten demokratischen Kern keine Subtypen abgeleitet werden können, deren Ausprägungen demokratischen Grundwerten widersprechen. (vgl. Knobloch 2002: 19f) Die Einteilung einzelner Länder in Untergruppen von Demokratie ist also widersinnig. Die Ausdehnung des Demokratiebegriffes auf Subtypen scheint die Tatsache kompensieren zu wollen, dass in den vergangenen Jahrzehnten zwar eine Vielzahl von Staaten die Systemtransformation begonnen haben, das Modell eines funktionierenden, marktwirtschaftlich orientierten demokratischen Rechtsstaat aber noch nicht zum globalen Standard geworden ist. Die Einteilung der Transformationsstaaten in Subtypen der Demokratie lenkt von der Tatsache ab, dass der eigentliche Kern des politischen Regimes undemokratisch ist. (vgl. Helmerich 2003: 219ff)

Juan J. Linz definiert politische Systeme, die sich in einer Sphäre zwischen Demokratie und Totalitarismus befinden als autoritär. Diese Systeme weisen nur begrenzten Pluralismus und

politische Verantwortlichkeit auf. Die Herrschaftsausübung läuft willkürlich ab. (vgl. Linz 2005: 5ff) Wolfgang Merkel und Friedbert Rüb verorten zwischen autoritären Systemen und Demokratien aber noch einen weiteren Typ: jenen des hybriden Regimes. (vgl. Rüb 2002: 105ff) Hybride Systeme berufen sich fast immer auf ihre demokratische Legitimität, die auf der Durchführung mehr oder minder freier und fairer Wahlen beruht. Doch geht diesen Wahlakten selten eine umfassende öffentliche Debatte und Meinungsbildung voraus, was darin resultiert, dass die Ergebnisse der Wahlen nicht als bedeutungsvoll bezeichnet werden können. Die Ausübung der Herrschaft erfolgt zwar nicht willkürlich, sie richtet sich nach dem Recht, doch dominiert nicht das von der Verfassung verabschiedete allgemeine Gesetz die Herrschaftsausübung. Vielmehr spielen präsidientielle Dekrete mit Gesetzeskraft eine tragende Rolle. Typisch für hybride Regime ist eine auffallend starke Positionierung der Exekutive gegenüber allen anderen Institutionen des politischen Systems. So zeichnet sich die Herrschaftsstruktur vor allem durch die nur rudimentär ausgeprägte horizontale Kontrolle aus, da die Macht hauptsächlich von der herrschenden Gruppe ausgeübt wird. (vgl. Rüb 2002: 107ff)

In dieser Analyse wird das Konzept der „hybriden Regime“ herangezogen, da diese als eigene Regimetypen gesehen werden, nicht als demokratische Subtypen oder Zwischenschritte auf dem Weg zu einer liberalen Demokratie. Dieser Terminus beschreibt die Entwicklungen des politischen Systems der Ukraine meiner Ansicht nach auf adäquate Weise, da das Land keine liberale Demokratie darstellt, aber auch nicht als autoritäres Regime zu bezeichnen wäre.

2.3. Transformationstheorien

Im Rahmen der Transformationsforschung werden mehrere theoretische Ansätze verfolgt, die sich im Laufe des Bestehens des Diskurses gewandelt haben. Im Laufe der 1990er kristallisierte sich heraus, dass eine umfassende Analyse des Systemwandels einer Berücksichtigung funktionalistischer, strukturalistischer, kulturalistischer und handlungstheoretischer Ansätze bedarf. So lassen sich heute vier große theoretische Stränge erkennen: System-, Struktur-, Kultur- und Akteurstheorien. (vgl. Merkel 2010: 67f) Um eine möglichst umfassende Analyse zu erstellen, werden diese Theorien meist ergänzend angewendet, um alle relevanten Aspekte des Systemwandels zu erfassen.

Jedoch haben es auch Synthesen aller Theorien nicht geschafft, die Dynamiken der post-sowjetischen Transformation vollends zu erklären. Die Frage, warum sich manche Staaten

heute in einer politischen „Grauzone“ zwischen Autokratie und konsolidierter Demokratie befinden, und als „hybride Regime“ bezeichnet werden, kann von der Transformationsforschung nicht vollständig beantwortet werden. Eine der Lücken, die das Paradigma offen lässt, und die in dieser Diplomarbeit fokussiert wird, ist die Interaktion von Eliten.

2.3.1. Akteurstheorien

Zwar existieren, wie oben angemerkt, Theorien die auf der Mikro- und Mesoebene handelnder AkteurInnen ansetzen und deren Rolle im Transformationsprozess untersuchen, doch erfassen diese ein wichtiges Element des post-sowjetischen Systemwandels nicht: Jenes der personellen und mentalen Kontinuität der politischen Eliten. Die post-sozialistischen Eliten waren bereits zu Sowjetzeiten Teil der Führung der Unionsrepublik und führten wichtige Funktionen im System aus. Nach 1991 kamen also Personen an die Macht, die bereits vor dem Systemwandel hohe politische Ämter bekleidet hatten. Des Weiteren waren die Eliten – ebenso wie die Bevölkerung – von der Ideologie des alten Regimes geprägt. Diese Erfahrungen konnten nicht so einfach abgeschüttelt werden und leben teilweise bis heute in den mentalen Einstellungen der Menschen fort.

Deskriptiv-empirische Akteurstheorien untersuchen den Wechsel von AkteurInnen im Prozess des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umbaus, da dieser in so gut wie allen Fällen vielschichtige Veränderungen innerhalb des Herrschaftsblocks mit sich bringt. (vgl. hierzu Dahl 1971 und O’Donnell 1986) Dies mag auf einige Länder zutreffen, doch scheint der Ansatz für die Analyse der ukrainischen Transformation als ungeeignet. Zwar haben sich auch in der Ukraine bestimmte personelle Wechsel vollzogen, doch entstammten die neu entstandenen Eliten dem alten System. Bestimmte Grundeinstellungen des vorangegangenen Regimes lebten in ihnen und in ihren Handlungsweisen weiter.

Des Weiteren existieren innerhalb der akteurszentrierten Theorien so genannte *Rational-Choice-Ansätze*, die die Liberalisierung autokratischer Systeme als Abfolge wechselnder strategischer Akteurshandlungen sehen, die spieltheoretisch erklärt werden können. (vgl. hierzu Przeworski 1986) Dieser Ansatz geht davon aus, dass jede Situation Ergebnis der Konfiguration bestimmter politischer Kräfte ist, die ihren unterschiedlichen Interessen folgend unter Bedingungen handeln, die wiederum Resultate vorangegangener Handlungen und exogenen Drucks sind. Veränderungen von einer Situation zur nächsten werden also als

Resultat von Akteurshandlungen interpretiert. Am Ende dieser Handlungsstränge kann Demokratie als kontingentes Ergebnis politischer Konflikte stehen. (vgl. Merkel 2010: 85ff)

Ich habe mich im Rahmen dieser Diplomarbeit schlussendlich für die Anwendung des Rational-Choice-Ansatzes entschieden. Jedoch geschieht dies im Rahmen der Theorie des *akteurszentrierten Institutionalismus*, der zwei wesentliche Einschränkungen vornimmt:

Das Rational-Choice-Modell unterstellt den Menschen im Rahmen dieses neo-institutionalistischen Ansatzes, dass ihr persönlicher Nutzen die Hauptmotivation ihres Denkens und Handelns ist. Jeder Mensch versucht, seinen persönlichen Nutzen entsprechend seiner individuellen Präferenzen zu maximieren. Des Weiteren geht der Rational-Choice-Ansatz davon aus, dass Menschen opportunistisch handeln, und dazu bereit sind, das Wohl anderer oder das Gemeinwohl zugunsten persönlicher Vorteile zu verringern. Wenn es der Maximierung seines persönlichen Nutzens dient und keine Sanktionen drohen, wird ein Mensch versuchen, andere zu benachteiligen. Jedoch muss darauf hingewiesen werden, dass die menschliche Rationalität begrenzt ist (bounded rationality). Aufgrund von Unsicherheit bezüglich zukünftiger Entwicklungen und des Verhaltens anderer AkteurInnen, sowie aufgrund begrenzter Fähigkeiten sowohl bei der Informationssammlung und –verarbeitung, als auch bei der Kontrolle der eigenen Emotionen können menschliche Wesen gar nicht vollkommen rational handeln. Außerdem ist Rationalität in jedem Fall kontextabhängig. Individuen handeln nicht nur nach ihren persönlichen Präferenzen, sondern müssen sich auch an bestimmte Regeln halten, die vom Kontext bestimmt werden. Des Weiteren wird die spieltheoretische Matrizeneinteilung der AkteurInnen, die vor allem im klassischen Rational-Choice-Ansatz verwendet wird, hier abgelehnt, da auf diese Weise nur einige wenige AkteurInnen erfasst werden können. (vgl. Pleines 2008a: 26ff)

Ein weiteres Analysekriterium soll noch hinzufügen werden, das in Bezug auf die Untersuchung der ukrainischen Eliten relevant erscheinen. Zwar hat sich im Fall der Ukraine bestätigt, dass die Kette von Akteurshandlungen schlussendlich zu Demokratisierung führen kann (wie die Orange Revolution und die darauf folgende Pluralisierung der politischen Gesellschaft beweisen), doch werden in diesem Ansatz Re-Autokratisierungstendenzen nicht ausreichend erfasst. Der Regimewandel wird auch hier als lineare Entwicklung interpretiert.

2.3.2. Die Regime-Cycle-Theorie

Die Theorien der Transformationsforschung vernachlässigen spezifische Institutionen und Schlüsselkriterien hybrider Regime, die in vielen Fällen Ergebnis des Transformationsprozesses waren. Die „Regime-Cycle-Theory“ erfasst diese Aspekte aber und erklärt bestimmte Phasen der Liberalisierung und Re-Autokratisierung als Teile einer zyklischen Entwicklung. Was als klare Abwendung von einem autoritären System und Neuausrichtung hin zur Demokratie erscheinen mag, muss nicht zwangsweise Teil einer Transformation oder „linearen Bewegung“ sein, sondern kann nur eine gewisse Phase innerhalb eines zyklischen Prozesses darstellen.

Die Analyse bestimmter Institutionen – hauptsächlich die Rolle des Präsidenten – im Transformationsprozess zeigt, dass diese oftmals zyklische Phasen des Wettbewerbs (contestation) und der Konsolidierung (consolidation) von Eliten generieren. Diese Phasen werden von den Erwartungen der Eliten an die Zukunft bestimmt. Scheidet der Präsident beispielsweise aus dem Amt oder verliert aus irgendeinem Grund seine Legitimationsgrundlage, so kann dies das Überlaufen bestimmter Teile der Elite zur Opposition auslösen, da diese vor allem an der Sicherung ihrer Machtposition interessiert sind. Eliten – und dies trifft auf politische sowie wirtschaftliche Eliten zu – sind oftmals intern stark fragmentiert. Die einzelnen Untergruppen verfolgen ihre eigenen Interessen, die häufig voneinander divergieren. Alle haben die Steigerung und Sicherung ihrer Machtposition zum Ziel, und nutzen Phasen des Wandels (wie etwa zum Zeitpunkt von Wahlen), um ihre Ziele zu erreichen. Sobald ein neuer Präsident gewählt wird, re-konsolidiert sich auch die Elite innerhalb des neu entstehenden „Blocks der Macht“, und neue Stabilität entsteht. Diese Sichtweise wirft ein anderes Licht auf den Systemwechsel, und erklärt auch Re-Autokratisierungstendenzen innerhalb von Transformationsländern besser. (vgl. Hale 2005: 135ff)

Um die Phasen von Instabilität innerhalb eines Regimes und die davon beeinflussten Interessensgrundlagen der einzelnen Eliten und der Bevölkerung untersuchen zu können, soll des Weiteren die Modernisierungstheorie nach Seymour Lipset herangezogen werden. Diese hebt die Bedeutung der ökonomischen Entwicklung eines Nationalstaates im Zusammenhang mit der Konsolidierung von Demokratie hervor. Veränderungen der Wirtschaftslage beeinflussen dieser Theorie zu Folge die Legitimation von Herrschaft innerhalb eines Nationalstaates, und somit auch die Interessenslagen von Eliten. (vgl. Kolland 2007: 84ff) Mit

der Modernisierungstheorie wird nicht nur der Untergang des Staatsozialismus erklärt, sondern auch die Instabilität der post-sozialistischen Ordnung.

2.3.3. Die Modernisierungstheorie nach Seymour Lipset

Seymour Lipset baut seine modernisierungstheoretisch orientierte Demokratieforschung auf den Überlegungen Talcott Parsons auf, der den Weg in die Moderne als unausweichliches Ziel jeder menschlichen Gesellschaft ansieht. (vgl. Deckers 2004: 26ff) In dieser Theorie begünstigt wirtschaftliches Wachstum, das als Grundlage von Modernisierung gesehen wird, die Entstehung von demokratischen Systemen. (vgl. Kornai 2006: 227f)

Mit wachsender ökonomischer Entwicklung wird es Parsons zufolge für ein nicht-demokratisches System immer schwieriger der Bevölkerung gewisse repressive Normen aufzunötigen. Demokratisierung wird hier also vor allem von wirtschaftlichem Wachstum getrieben. Auf dieser Annahme aufbauend hat Seymour Lipset folgenden Leitsatz formuliert: *„The more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy.“* (Lipset 1981: 31)

Lipset geht davon aus, dass ökonomisches Wachstum zwar nicht unbedingt Demokratisierungsprozesse generieren muss, sehr wohl aber zur Stabilisierung einer bereits etablierten demokratischen Ordnung beitragen kann. Die Überwindung von Armut sieht Lipset dabei als wichtigste Prämisse an, da wachsende sozioökonomische Entwicklung die Steigung des allgemeinen Bildungsniveaus zur Folge hat. Dies ermöglicht der Bevölkerung, sich ihrer demokratischen Rechte bewusst zu werden, sie wahrzunehmen und sich am politischen Prozess zu beteiligen. Wirtschaftswachstum spielt in die Fähigkeit eines Staates mit ein, Ressourcen für die Bevölkerung bereitzustellen. Je „ärmer“ die Bevölkerung und – häufig als Folge – je ineffektiver staatliche Strukturen sind, desto prekärer ist die Situation der liberalen Bürgerrechte. (vgl. Rüb 2002: 97ff)

Ökonomische Entwicklung bringt Lipset zu Folge nicht nur ein höheres Bildungsniveau mit sich, sondern dadurch noch weitere demokratiefördernde Sachverhalte. So entstehen durch ein steigendes Bildungsniveau gesellschaftliche Aufstiegschancen, und damit eine durchlässigere Klassenstruktur. Eine Mittelschicht kann sich herausbilden, die nicht von existenzieller Unsicherheit bedroht ist, und ein System egalitärer Werte entsteht. In diesem Zusammenhang geht Lipset auch davon aus, dass Wirtschaftswachstum extreme ökonomische Ungleichheiten ausgleicht, somit den Klassenkonflikt mindert und es breiteren Bevölkerungsschichten ermöglicht, ihre demokratischen Rechte zu nutzen. (vgl. Merkel 2010: 70ff)

Tatsächlich weisen zahlreiche Studien den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung (gemessen am BIP/capita) und dem Grad der Demokratisierung nach. Aus diesen Untersuchungen kann Folgendes abgeleitet werden: Je höher entwickelt ein Nationalstaat wirtschaftlich ist, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass er ein demokratisches System aufweist, das auch Bestand hat. Wirtschaftswachstum allein generiert keine Demokratie, kann aber zu ihrer Stabilisierung beitragen. (vgl. Przeworski et al. 2000: 27f)

Wirtschaftswachstum als Legitimation der Herrschaft

Die Wirtschaftsentwicklung hat Lipset zufolge eine profunde Auswirkung auf das politische System eines Landes. Für Demokratien wirkt positive ökonomische Entwicklung in so gut wie jedem Fall legitimierend, sofern die Umverteilungsmechanismen im Staat funktionieren. In autokratischen Regimen hingegen führt Wirtschaftswachstum fast unausweichlich zu einer politischen Krise, obwohl es auch hier Ausnahmen gibt. In vielen Fällen verliert das System bei einer schlechten Wirtschaftsentwicklung die Basis seiner Herrschaftsgrundlage, ökonomisches Wachstum hingegen weckt gesellschaftliche AkteurInnen und Forderungen nach politischer Partizipation und Mitspracherechten. Ein Einbruch der Wirtschaftsleistung kann aber auch einem demokratischen System die Legitimationsgrundlage entziehen. (vgl. Merkel 2010: 75f) Demokratie ist ebenso wenig immun gegen Legitimationsverlust wie autoritäre Regime.

Der Staatssozialismus in Ostmittel- und Osteuropa ging nicht nur deshalb unter, weil er die steigenden Bedürfnisse nach politischer Freiheit nicht befriedigen konnte und den Konsumbedürfnissen der Bevölkerung nicht mehr entsprach. Die Ineffizienz des realen Staatssozialismus und der Planwirtschaft hatten Unzufriedenheit generiert. Der Abstand zum kapitalistischen System des Westens, den technischen Innovationen und dem intensiven Wachstumstyp schien immer größer zu werden.

„Die Unfähigkeit der staatssozialistischen Führungsschicht, einen intensiven Wachstumstyp in Gang zu setzen, die technische Innovationen der Informationsrevolution zu realisieren und die für den eigenen Typ von Wohlfahrtsstaat erforderlichen wirtschaftlichen Ressourcen zu erschließen, die in der zunehmenden Verschuldung bei westlichen Gläubigern sichtbare ökonomische Unterlegenheit waren wichtige Ursachen der Niederlage des Staatssozialismus [im] Systemwettbewerb.“ (Segert 2009: 116)

2.3.4. Kritik an der Modernisierungstheorie

Die Modernisierungstheorie impliziert, dass Wirtschaftswachstum die Stabilität von Demokratie erhöhe, indem der Klassenunterschied gemildert und die gesamtgesellschaftliche Anpassungsfähigkeit gesteigert würde. Des Weiteren legitimiert ökonomisches Wachstum Herrschaft, da es zur Aushandlung eines gesellschaftlichen Konsenses beiträgt. Doch die Annahme von Demokratie, Wohlstand und Wachstum als inhärente Ziele von Modernisierung sind in den Verdacht des Ethnozentrismus geraten. Westliche Standards werden als Maßstab zur Beurteilung von Entwicklungen nicht-westlicher Gesellschaften angewendet. (vgl. Kolland 2007: 87f) Materielle Existenzbedingungen, ökologische Kosten und nicht-westliche Modernisierungspfade tauchen kaum in den klassischen Überlegungen der Modernisierungstheorie auf.

Ausreichende Erklärungen zu förderlichen oder hinderlichen Funktionen kultureller, ethnischer oder religiöser Kontexte bietet die Modernisierungstheorie ebenfalls nicht, und vermag auch die Einleitung von Demokratisierungsprozessen in sogenannten unterentwickelten Gesellschaften nicht zu erklären. Auch jener Moment, ab dem der Übergang zur Demokratie mit hoher Wahrscheinlichkeit beginnt, beziehungsweise wo die Grenze zur einsetzenden Systemstabilität liegt, kann nicht festgelegt werden, da dieser in so gut wie allen Fällen variiert. (vgl. Degele, Dries 2005: 20f) So wies das BIP/Capita zu Beginn der dritten Welle der Demokratisierung in Osteuropa in den einzelnen Staaten eine hohe Spannweite auf. (vgl. Deckers 2004: 27f)

Die Problematik der Umverteilung

Noch ein weiteres Problem stellt sich im Rahmen der Modernisierungstheorie. Wirtschaftswachstum allein ist nicht gleichbedeutend mit der Aufhebung sozialer Ungleichheiten.

Eine positive Wirtschaftsentwicklung kann durchaus zur Verbesserung sozialer Strukturen innerhalb eines staatlichen Aktionsraumes führen, in dem Gelder in Bildung, den Gesundheitsbereich und in sozialstaatliche Leistungen investiert werden können. Ich bestreite des Weiteren auch nicht, dass eine Steigerung der Wirtschaftsleistung zur Bildung einer Mittelklasse beitragen kann und Demokratie stabilisiert. Doch übersieht die klassische Modernisierungstheorie nach Seymour Lipset einen wichtigen Aspekt: jenen der Vermögensumverteilung. Die Verteilung von Einkommen und anderer Ressourcen innerhalb einer Gesellschaft ist ausschlaggebend für die Ausdifferenzierung des Klassegegensatzes.

Entstehen zu große Vermögensunterschiede zwischen der Elite und der breiten Bevölkerung, so werden ungleiche Bedingungen generiert. Politische Freiheiten – auch wenn sie offiziell vom Staat garantiert sind – können bedingt durch die unterschiedlichen Ausgangslagen der einzelnen gesellschaftlichen Schichten nicht mehr von allen auf gleichberechtigte Weise genutzt werden. Dies schränkt die Funktionsfähigkeit von Demokratie ein.

Die Umstellung der Wirtschafts- und Sozialordnung in den post-sozialistischen Ländern führte zu einem Phänomen, das zuvor kaum existiert hatte: Die Einführung der kapitalistischen Wettbewerbsgesellschaft löste eine deutliche Beschleunigung der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung aus, wobei allerdings Unterschiede zwischen einzelnen geographischen Subregionen auszumachen sind. Nur eine dünne Schicht von Unternehmern konnte die Privatisierungsprozesse der 1990er Jahre nutzen. So entstand der Unternehmertyp der „Oligarchen“, der bedingt durch seine finanziellen Ressourcen hohen politischen Einfluss genießt. Dieser Typ findet sich vorwiegend in Russland und der Ukraine. In allen Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie auch in den ehemaligen sozialistischen Satellitenstaaten stiegen die GINI Koeffizienten – die statische Maßeinheit zur Darstellung von Ungleichverteilungen – während der 1990er Jahre auffallend an. In der Ukraine und in Russland hat die soziale Ungleichheit mittlerweile ein ähnlich hohes Niveau wie in den USA erreicht. (vgl. Segert 2009: 120f)

Die Menschen des post-sozialistischen Raumes hatten sich von der Übernahme kapitalistischer Produktionsweisen steigenden Wohlstand und ein höheres Warenangebot erwartet. Demokratie assoziierten sie vor allem mit größerer sozialer Gerechtigkeit. Im Endeffekt sahen sie sich aber konfrontiert mit Phänomenen wie Arbeitslosigkeit, der Erosion von sozialstaatlichen Leistungen und sinkendem Lebensstandards, die in späteren Kapiteln noch ausführlicher diskutiert werden. Die Umstellung der wirtschaftlichen Produktionsweise und Sozialpolitik führte zu einem „sozialen Schock“ in der Bevölkerung, der das Misstrauen gegenüber den neuen demokratischen Institutionen weckte und politische Apathie bewirkte. (vgl. Berend 2007: 269ff)

Allerdings weisen Vertreter der Modernisierungstheorie darauf hin, dass der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum kausal, aber nicht monokausal ist. Zwar kann ökonomische Modernisierung den Demokratisierungsprozess fördern oder stützen, doch gibt es auch einige wenige Beispiele von demokratischen Ländern, die nur niedrige ökonomische Leistung aufweisen. Diesen Ländern gelingt es, Entwicklungen zu generieren, die sozioökonomische

Ungleichheiten reduzieren. Auf diese Weise wird die Existenz einer demokratischen Kultur ermöglicht.

Zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion stellt sich die Frage, ob die nach wie vor andauernde Verortung der Nachfolgestaaten in einer politischen Grauzone eine Zwischenstation auf dem Weg zu einem funktionierenden liberaldemokratischen System ist, oder als alternative politische Entwicklung verstanden werden muss. Klar ist allerdings, dass sich die Transformation in den ehemaligen sozialistischen Ländern Ostmittel- und Osteuropas kategorial von den vorangegangenen Wellen der Demokratisierung unterscheidet.

Um das politische System der Ukraine analysieren zu können, soll ein Blick auf die historisch-kulturellen Hintergründe des Landes geworfen werden, da diese die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des politischen Systems und der nationalen Eliten liefern.

3. Strukturelle und historische Ausgangsbedingungen des Systemwechsels

3.1. Nationale Identität

Aus historisch-kultureller Sicht soll eine Einschätzung der bisherigen Erfahrung der Ukraine mit Konzepten von Staatlichkeit und Parlamentarismus folgen, da diese in Anknüpfung an den Ansatz der Pfadabhängigkeit Auswirkungen auf die Entwicklung des gegenwärtigen Regierungssystems haben.

Die Ukraine erklärte am 24. August 1991 ihre Unabhängigkeit. Aus der ehemaligen sowjetischen Teilrepublik war – nach Russland – der zweitgrößte europäische Staat geworden, dessen Einwohnerzahl mit über 45 Millionen Menschen etwa mit der Spaniens zu vergleichen ist. (vgl. CIA Factbook Ukraine 2011)

Das Jahr 1991 stellte keinesfalls eine „Stunde Null“ für den neu entstandenen ukrainischen Staat dar, weder in politischer noch historischer Hinsicht. Für den Westen kam das Auftreten des Landes als eigenständiger Nationalstaat auf der internationalen Bühne allerdings etwas überraschend. Die UkrainerInnen wurden aus westlicher Sicht bis zu ihrer Unabhängigkeit nicht als autonomes Volk wahrgenommen, sondern als Bestandteil der russischen oder polnischen Nation gesehen. In ihrer Selbstwahrnehmung betrachteten sich die UkrainerInnen allerdings sehr wohl als eine eigenständige Ethnie, die, bedingt durch ihre Geschichte, Anrecht auf ihr eigenes Staatsgebiet habe. In diesem Sinne beruft sich die Ukraine in ihrer Unabhängigkeitserklärung von 1991 auf ihre „tausendjährige staatliche Tradition“ (vgl. Prizel 2000: 15f) und legitimiert damit ihre Loslösung von der Sowjetunion und ihre politische Eigenständigkeit. Angespielt wird auf die unterschiedlichen Herrschaftsgebilde, die seit dem 10. Jahrhundert auf dem Territorium der Ukraine existierten. Ausgehend von dieser Annahme der historischen Kontinuität sehen ukrainische PolitikwissenschaftlerInnen den ukrainischen Staat als Produkt eines evolutionär verlaufenden Prozesses.

Allerdings betrachten manche HistorikerInnen die „tausendjährige staatliche Tradition“ der Ukraine als nationalen Mythos. Während langer Perioden ihrer Geschichte unterstand die Ukraine der Fremdherrschaft anderer Staatsvölker. Seit dem 17. Jahrhundert war das Territorium auf mehrere Herrschaftsräume aufgeteilt. Dies verursachte eine heterogene Entwicklung der einzelnen Regionen, da sie unterschiedlichen kulturellen und politischen Impulsen ausgesetzt wurden.

So wurde es beinahe unmöglich für die UkrainerInnen, eine gemeinsame Identität als Nation herauszubilden. Eine Sozialstruktur, eine Literatursprache oder eine nationale Kultur konnten ebenso nicht vollständig etabliert werden. Dies resultierte in einer Differenzierung des

gesellschaftlichen Bewusstseins, die bis heute fortwirkt und eine Krise der sozialen, nationalen und historischen Identität hervorgerufen hat. Diese Last der Geschichte trägt das Land nach wie vor mit sich. Die Bildung einer modernen ukrainischen Nation gilt auch im frühen 21. Jahrhundert noch nicht als abgeschlossen. (vgl. Zaškil'njak 2008: 198f)

In vielen Demokratietheorien werden eine gemeinsame Geschichte und staatliche Kontinuität als förderlich für die Herausbildung der gemeinsamen Identität eines Volkes betrachtet. Diese liefert wiederum die Grundlage für das Entstehen eines Nationalstaates im modernen Sinn und stellt einen wichtigen Ausgangspunkt für die Konsolidierung von Demokratie dar. (vgl. Linz, Stepan 1996: 28f) Aus diesem Grund soll im Folgenden die staatliche Geschichte der Ukraine beleuchtet werden, da sie die gegenwärtigen politischen Entwicklungen des Landes maßgeblich beeinflusst. Erfahrungen wie staatliche Unabhängigkeit, Fremdherrschaft oder das Erbe des realen Staatssozialismus haben profunde Auswirkungen auf die politische Entwicklung und die Bildung einer ukrainischen Elite genommen.

Als erstes vormodernes Herrschaftsgebilde entstand im 9. Jahrhundert um die Stadt Kiew herum die Kiewer Rus' aus dem Zusammenschluss mehrerer ostslawischer Stammesverbände, der sich durch eine relativ schwache Organisationsstruktur und losen Zusammenhalt auszeichnete. In der deutschen und russischen Geschichtsschreibung wird das Kiewer Reich als erste russische Staatsform betrachtet. Die Ukraine sieht die Rus' allerdings als ihre ureigene historische Wiege an, aus der das ukrainische Volk hervorgegangen ist. (vgl. Kappeler 2009: 34ff)

Um 1700 erfolgte schließlich eine Aufsplitterung der Region, die heute das ukrainische Staatsgebiet ausmacht. Drei verschiedene europäische Mächte – das russische Zarenreich, das Königreich Polen und das Habsburger Reich – teilten die Regionen der Ukraine unter sich auf. Diese europäischen Großreiche zeichneten sich durch auffallend unterschiedliche Strukturen der Herrschaft aus, und brachten verschiedene politische, kulturelle und soziale Impulse ins Land, was die äußerst heterogene Entwicklung der einzelnen ukrainischen Teilregionen zur Folge hatte. Die Menschen in der Karpaten-Ukraine und der nördliche Bukowina im Fürstentum Moldau waren nun Teil des Habsburger Reiches und genossen nach der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 durchaus politische und bürgerliche Grundrechte. Sie nahmen fortan an Wahlen teil, waren im neuen Parlament durch Parteien repräsentiert und verfügten über eine eigene Presse und zivile Organisationen. Auch im polnischen Teil Galiziens verfügte die Bevölkerung über gewisse politische Rechte und Freiheiten, sowie sprachlich-kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten. Dort bildete sich auch eine

ukrainische Elite heraus, die ausschlaggebend für die Etablierung eines nationalen Bewusstseins war. (vgl. Kappeler 2009: 136ff)

So implementierte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Idee eines modernen, staatstragenden Nationalismus in den westlichen Regionen der Ukraine. Im Gegensatz dazu fanden sich die Menschen östlich des Dneprs mit politischer wie kultureller Unterdrückung seitens des Russischen Reiches konfrontiert. Hier förderte die Regierung vor allem den Ausbau der Stahl- und Kohleindustrie in der südlichen Ukraine, da seit der militärischen Niederlage des Zarenreiches im Krimkrieg (1853 – 1856) industrielle Modernisierung stark an Bedeutung gewonnen hat. Auch in den anderen Teilregionen des Landes spielte die Modernisierung eine wichtige Rolle, doch hinkte vor allem das österreichische Galizien hinter der Industrialisierung, Urbanisierung, und Arbeitsteilung der UkrainerInnen im Zarenreich her. Hier sei allerdings anzumerken, dass vor allem immigrierte Russen das neu entstehende Industrieproletariat darstellten, und auch den Handel in ihrer Hand hatten. Das ukrainische Volk war nach wie vor im Agrarsektor tätig. Die elitäre Schicht setzte sich hier also vor allem aus immigrierten Russen zusammen. (vgl. Kappeler 2009: 128ff)

Diese unterschiedlichen Entwicklungen in der ukrainischen Geschichte bestimmen heute noch sozioökonomische Strukturen und beeinflussen die heterogene nationale Identität der ukrainischen Bevölkerung. Sie schlägt sich auch in der politischen Orientierung der gegenwärtigen Parteien nieder.

3.2. Der ukrainische Nationalismus

Ausgehend von der Aufklärung und der französischen Revolution begann die Vorstellung von Volkssouveränität in ganz Europa an Bedeutung zu gewinnen. Auch in den einzelnen Regionen Osteuropas wurde im 19. Jahrhundert das Nationalbewusstsein der Völker geweckt. Diese Entwicklung trat im Vergleich zu Westeuropa aber erst relativ spät ein. Den Regionen Osteuropas kamen im 19. Jahrhundert nur periphere Rollen in der Agrar- und Industrieproduktion oder als Absatzmärkte zu – sie wurden von westlichen Staaten wirtschaftlich ausgebeutet. So zielten die einzelnen ethnischen Gruppen zwar darauf ab, sich durch die Erweckung nationaler Bewegungen von Fremdherrschaft zu befreien, gleichzeitig wollte man aber auch eine Verbesserung der eigenen Position im ökonomischen Wettbewerb mit anderen Nationen erwirken. Dieter Segert bezeichnet die nationalen Bewegungen in Osteuropa zu diesem Zeitpunkt als Form der nachholenden Modernisierung. Kulturelle und

politische Eliten wandten sich der Begünstigung nationaler Elemente zu, und begannen, ihre eigenen Sprachen, die nationale Literatur und Hochkultur zu fördern. (vgl. Segert 2002: 29f) Auf diese Weise sind zahlreiche europäische Völker, die bis dato über keinen eigenen Staat verfügten und auch anderer nationaler Kriterien ermangelten, zu Nationen geworden. Einige Gruppen vollzogen diesen Prozess relativ schnell und problemlos, andere hatten dabei mit Rückschlägen zu kämpfen. Die UkrainerInnen gehören zur zweiten Gruppe. *„So kommt es, dass sie als Nation bis heute nicht fest integriert sind und von außen oft nicht als eigenständige Nation betrachtet werden.“* (Kappeler 2009: 23)

Dennoch arbeiteten die ukrainischen kulturellen Eliten weiter an jenen Faktoren, die als Bausteine von Nationen gesehen werden. Neben kulturellen Aspekten spielte im 19. Jahrhundert auch die Bauernbefreiung eine wichtige Rolle für die Nationalbewegungen, da sie die Grundvoraussetzung für die Mobilisierung der Mehrheit der Bevölkerung lieferte. Jedoch hinderten die fortbestehenden sozioökonomischen Probleme der bäuerlichen Schicht die Menschen daran, tatsächlich für die nationale Sache zu agieren. Erschwerend kam hinzu, dass die Ukraine selbst für osteuropäische Verhältnisse ethnisch sehr stark durchgemischt war. Die Grenzen zwischen den einzelnen Gruppen waren fließend. Außerdem hemmte die Politik der wirtschaftlichen Modernisierung die nationalen Bewegungen, da sie hauptsächlich von äußeren AkteurInnen ausging – hier ist vor allem das Zarenreich gemeint. (vgl. Boeckh 2007: 43f)

Die Ukrainische Volksrepublik

Eine entscheidende Zäsur in der ukrainischen Geschichte stellten der Zusammenbruch der russischen Autokratie im Februar 1917 und dar. Der Zerfall des Zarenreiches brachte eine allgemeine Liberalisierung mit sich, stellte gleichzeitig aber auch eine „abgebrochene Ethnogenese“ dar. (vgl. Bredies 2005: 130f) Alle Völker Russlands erhielten national-kulturelle Rechte zugesprochen, und viele Nationalitäten des zaristischen Vielvölkerreiches erkannten nun ihre Chance auf Unabhängigkeit. Die Ukraine bildete hier keine Ausnahme. Im März 1917 wurde der Ukrainische Zentralrat (*Ukrains'ka Central'na Rada*) gegründet, der als erster Schritt in Richtung Autonomie interpretiert werden kann. Die Provisorische Regierung in Petrograd sah sich gezwungen, einen Kompromiss mit dem Zentralrat und ihrem Generalsekretariat einzugehen, und diese als Vertretung der ukrainischen Nation anerkennen. (vgl. Völkl 2007: 52ff) Am 30. Dezember 1922 wurde die Union der Sozialistischen

Sowjetrepubliken ausgerufen, in deren Rahmen die Ukraine die Rolle einer Unionsrepublik einnahm (Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik). (vgl. Kappeler 2009: 173f)

Während der kurzen, turbulenten Periode von 1917/18 bis 1921 war es der Ukraine zwar gelungen, einen unabhängigen Nationalstaat zu formieren, doch konnten sie kaum eine funktionierende Regierung aufrechterhalten. Von Wahlen, Parlamentarismus oder einer demokratischen Kultur kann man zu dieser Zeit nicht wirklich sprechen. Während andere ostmittel- und osteuropäische Staaten es in der Zwischenkriegszeit schafften, Nationalstaaten zu formieren und eine kollektive Identität herauszubilden, scheiterte dieser Versuch in der Ukraine. Dennoch darf die kurze Periode der Unabhängigkeit im frühen 20. Jahrhundert nicht unterschätzt werden, denn sie hinterließ eine bleibende Erinnerung und eine gewisse Form von „Mythos“, an die sich das ukrainische Volk in den späten 1980er Jahren orientieren konnte und die eine Bewusstseinsbildung ermöglichte. Vor allem symbolischer Wert für den ukrainischen Parlamentarismus wurde in dieser Epoche generiert. So hat der kurzlebige ukrainische Nationalstaat ein prägendes Erbe hinterlassen. (vgl. Wilson 2009: 124f)

Die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik

Der Beitritt der Ukraine zur UdSSR war ein erzwungener. Dennoch fanden sich genug Befürworter der Bolschewiki in der Ukraine, da diese für ihre liberale Nationalitätenpolitik bekannt waren. Die Hoffnung auf eine Form von Autonomie innerhalb der Sowjetunion war noch nicht verschwunden. Zwar existierte das Sezessionsrecht der Unionsrepubliken auf dem Papier, doch stellte die Verfassung von 1923/24 klar, dass es sich bei der UdSSR um einen föderativen Bundesstaat handelte, nicht um einen Bund souveräner Staaten. (vgl. Kappeler 2009: 190f)

Vor allem die stalinistische Periode hinterließ bleibende Spuren in der Ukraine. Auf die radikale Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion folgte im Winter 1932/33 eine Hungerkatastrophe, die unter der Bezeichnung „Holodomor“ in die Geschichte einging und zwischen vier und fünf Millionen Tote forderte. Dieses Ereignis hat sich aber tief in das Gedächtnis der Bevölkerung eingebrannt, und wird heute zumindest in der Ukraine auch als Genozid am ukrainischen Volk angesehen. (vgl. Viola 2005: 7ff) Einen weiteren Einschnitt in der Geschichte haben die „Großen Säuberungen“ Stalins hinterlassen, die 1937/38 ihren Höhepunkt erreichten. Die gesamte Staats- und Parteiführung der Ukraine wurde in dieser Zeit ausgetauscht, und die nationale Elite des Landes, die sich erst seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu formieren begonnen hatte, wurde zerstört. Dies geschah, um

„antisowjetische“ Elemente zu eliminieren. Auf diese Art und Weise verlor die Ukrainische SSR nicht nur Fachkräfte, sondern auch jene Menschen, die viel zum kulturellen Bewusstsein des ukrainischen Volkes beigetragen haben. Dies sollte auch Auswirkungen auf die zukünftige politische Entwicklung des Landes und des Nationalbewusstseins haben. (vgl. Martin 1998: 48f)

Die sowjetische Phase war prägend für das moderne ukrainische Nationalbewusstsein, doch ermangelte es immer noch gewisse Eigenschaften wie Einheitlichkeit. Nationale Bewegungen entstanden erst wieder im Rahmen der von Michail Gorbačëv initiierten Perestroika, die eine Liberalisierung der sowjetischen Strukturen bewirken sollte. Auffällig ist, dass die Öffnung des Systems in der Ukraine später als in anderen Teilrepubliken anlief. Erst nach der Katastrophe im Kernkraftwerk Černobyl' 1986 begannen sich etwa zivilgesellschaftliche Organisationen und daraufhin nationale Bewegungen zu formieren. Fest steht aber, dass die Sowjetära prägend für die Ukraine und auch ihr Nationalbewusstsein war.

„Clearly, Ukrainian national identity was stronger in 1991 than it had been in 1917. However, this new national identity was not uniform and had been profoundly transformed, in many ways created, during the Soviet era.“ (Wilson 2009: 151, Hervorhebung im Original)

Eine Analyse der post-sozialistischen Periode der Ukraine kann nicht vollständig sein, wird nicht die Geschichte des Landes mit einbezogen. Die mangelnde Erfahrung der Ukraine als unabhängiger Nationalstaat, das fehlende Bewusstsein einer nationalen Elite und die Erfahrungen mit Fremdherrschaft beeinflussen die heutige soziopolitische Situation des Landes. So wurde etwa in den Ergebnissen der Präsidentschaftswahlen von 2004 deutlich, dass der pro-russische Kandidat Viktor Janukovič in den Regionen des Ostens und Südens, die sich historisch immer näher am russischen Zentrum befunden hatten, entschieden mehr Stimmen bekommen hatte. Der Westen des Landes, der sich eher zu Zentraleuropa zugehörig betrachtete, unterstützte vor allem seinen Gegenkandidat Viktor Juščenko. (vgl. Kuzio 2006: 52ff) Das sowjetische Erbe wirkt sich auf den Systemwandel aus, ebenso wie auf die Konsolidierung der Demokratie, die nationale Identität und auf die Transformation der Wirtschaft. Der Weg der Ukraine aus dem realen Staatssozialismus ist ein langer. Die Distanz, die es immer noch zu bewältigen gilt, findet sich vor allem in der Mentalität der Bevölkerung. Die historische Anhängigkeit vom ehemaligen sowjetischen Zentrum, die Grenzposition zwischen Europa und Russland und die daraus resultierende Frage der Selbstpositionierung des Landes spielen nach wie vor eine Rolle im Prozess des Systemwechsels. (vgl. Boeckh, Völkl 2007: 195ff)

4. Die Transformation der Ukraine

4.1. Das Dilemma der Gleichzeitigkeit

Wie überall im postsozialistischen Raum sah man sich auch in der Ukraine nach dem Zusammenbruch der UdSSR mit einer Sachlage konfrontiert, die in den bisherigen Theorien zu Systemübergängen noch nicht erfasst worden war. Die Ausgangssituation unterschied sich kategorial von denen der vorangegangenen Wellen der Demokratisierung. Für einen Systemwandel, wie er der Ukraine und dem restlichen postsozialistischen Raum bevorstand, gab es keinerlei historische Beispiele, an denen man sich hätte orientieren können. Es gab keine siegreiche Besatzungsmacht oder tatkräftige Unterstützung von außen, die den Systemwechsel erleichtert hätten. Der Versuch, die ehemaligen staatssozialistischen Länder Osteuropas mit dem Instrumentarium der Transformationsforschung zu behandeln, erwies sich als nicht ganz zielführend.

Bald stellte sich nämlich heraus, dass die Transformation im postsozialistischen Raum mehr Ebenen umfasste, als es in den Systemwechseln der bisherigen Demokratisierungswellen der Fall gewesen war. Die Länder Ostmittel- und Osteuropas sind aber auch von den anderen geographischen Regionen, die ebenfalls zur dritten Welle gezählt werden (Südeuropa, Lateinamerika, Ost- und Südostasien), abzuheben. In den vorangegangenen Systemwechseln wurde meist nur das politische System transformiert, Wirtschaft und Staatsform blieben grundsätzlich unverändert. Die post-sozialistischen Staaten hingegen hatten mit drei Prozessen gleichzeitig zu kämpfen: der politischen Transformation (der Übergang vom Einparteiensystem zur Demokratie), der wirtschaftlichen Transformation (die Umstellung der Ökonomie von Plan- auf Marktwirtschaft), und der staatlichen Transformation (die Entstehung unabhängiger Nationalstaaten nach dem Zerfall der Sowjetunion). Diese Problematik bezeichnet Claus Offe als „Dilemma der Gleichzeitigkeit“. (vgl. Offe 1994: 59ff) Jede der drei genannten Sphären der post-sozialistischen Transformation folgt ihrer eigenen Entwicklungslogik, doch sind sie gleichzeitig hochgradig interdependent.

Die Transformation in der Ukraine lief nur sehr langsam an. Wie auch schon der Liberalisierungsversuch der Perestroika unter Gorbačëv wurde der Systemwechsel nach dem Zusammenbruch der UdSSR vor allem von der Elite angetrieben und gesteuert, doch ergab sich in der Ukraine die Besonderheit, dass die sowjetische Nomenklatur nur sehr zögerlich oder gar nicht ausgewechselt wurde. In den späten 1980ern saßen bis auf wenige Ausnahmen dieselben Personen im Obersten Sowjet der Ukraine, die schon unter Brežnev gedient hatten.

Ein Austausch der Elite fand auch nach 1991 nicht wirklich statt. Die personelle Kontinuität des alten Regimes ließ den Transformationsprozess stocken. (vgl. Bos 2002: 471f) Seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre hatten sich nach dem Vorbild anderer post-sozialistischer Staaten zivilgesellschaftliche Organisationen in der Ukraine gebildet, die die Perestroika vorantrieben. Die Reaktorkatastrophe in Černobyl war ein Auslöser, der die nationale Bewegung und Parteibildung in Bewegung setzte. Die Führung in Moskau hatte den Unfall, der sich am 26. April 1986 im Atomkraftwerk ereignet hatte, zwei Tage lang geleugnet und verschleppte Evakuierungsmaßnahmen. Dieses Verhalten schockierte die Bevölkerung. Daraufhin entstanden nicht nur national orientierte Gruppierungen, sondern auch Organisationen, die sich den Umweltschutz zum Ziel gesetzt hatten. Aus diesen ökologischen Bewegungen sollte 1989 schließlich die Grüne Partei der Ukraine entstehen. (vgl. Kappeler 2009: 248f) Im selben Jahr schlossen sich alle zivilgesellschaftlichen Organisationen zur „Volksbewegung der Ukraine für Umgestaltung“ (ukrainisch: Ruch) zusammen, und trieben den Prozess der Nationalisierung voran indem sie im März 1990 zur Schaffung eines Mehrparteiensystems aufriefen. Aus der Ruch selbst gingen außerdem zahlreiche nationaldemokratische Parteien hervor, die aber nicht sonderlich erfolgreich waren. Die nationale Bewegung in der Ukraine erlangte nie dieselbe Bedeutung wie etwa jene des Baltikums, die treibende Kräfte des Systemwechsels gewesen waren. (vgl. Wilson 2009: 156ff) Dies kann mit der regionalen Heterogenität des Landes in Verbindung gebracht werden, welche auch während der Sowjetära nicht verschwunden war. Die Ruch-Bewegung konnte die Menschen aufgrund ihrer unterschiedlichen politischen Einstellungen nicht maßgeblich mobilisieren. Aus diesem Grund war die nationale Bewegung auch nicht in der Lage, die herrschende Elite abzulösen. Die Elite selbst griff aber Tendenzen und Stimmungen in der Bevölkerung auf. Als die Menschen auf die Liberalisierungsmaßnahmen Gorbačëvs zu reagieren begannen, zog auch die Regierung mit.

Als sich die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung für eine unabhängige Ukraine aussprach, da die sozio-ökonomische Situation innerhalb der UdSSR aussichtslos geworden war, unterstützte die führende Elite dies. Innerhalb der Sowjetunion nahm die Ukraine eine relativ starke wirtschaftliche Position ein, was sie ihren Rohstoffvorkommen und Schwarzerdeböden zu verdanken hatte. Die Teilrepublik produzierte mehr landwirtschaftliche Produkte, als sie selbst verbrauchte. Diese Tatsache ließ die Menschen glauben, dass die Unabhängigkeit Reichtum und Wohlstand bringen würde, während die sowjetische Planwirtschaft zum Untergang verdammt war. (vgl. Popov, Milstein 2006: 93f)

Die erste Aufgabe, die es nach der Auflösung der UdSSR zu erfüllen galt, war die Formierung eines unabhängigen Nationalstaates, der das ukrainische Volk beheimatete. Bald wurde jedoch klar, dass diese Herausforderung schwieriger sein würde, als Anfangs gedacht.

4.1.1. Die Bildung des ukrainischen Nationalstaates

Politische Systeme basieren auf drei aufeinander aufbauenden Festlegungen: auf unterster Ebene befindet sich die kollektive Identität der Bürger eines Nationalstaates, also die politische Gemeinschaft. Auf deren Basis entsteht die politische Ordnung, die durch die normativen Vorgaben der Verfassung konstituiert ist und reguliert wird. Verfassungen definieren somit die Regeln, nach denen die politischen AkteureInnen– die dritte Ebene des politischen Systems – zu handeln haben. Im Fall der „westlichen“ Demokratien haben sich diese drei Ebenen in konsekutiven Schritten entwickelt und waren Teil langfristiger evolutionärer Prozesse. Claus Offe weist darauf hin, dass im „Westen“ zwischen diesen Ebenen ein „Schleier der Ignoranz“ lag, der verhinderte, dass die ersten beiden Ebenen durch das Kalkül strategisch handelnder politischer AkteurInnen beeinflusst werden. Im post-sozialistischen „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ ist es allerdings die Elite des alten Regimes, also die dritte Ebene in Form von amtierenden Parlamenten und PolitikerInnen, aber auch neu entstandene Parteien – die über Staatsgrenzen, Bürgerschaftsstatus, Verfassung und kollektive Identität entscheiden. Der Schutz dieser grundlegenden Ebenen vor den Interessen agierender AkteurInnen war nicht gegeben. (vgl. Offe 1994: 62ff)

4.1.2. Die kollektive Identität des Staatsvolkes

Über die Ukraine und ihre Bewohner gibt es einige Stereotypen, die sich eigentlich gegenseitig ausschließen. Einerseits wird bestritten, dass es sich bei der Ukraine um eine eigenständige Nation handelt, da ihr die historische Staatlichkeit fehlt, ebenso wie ein geschlossener ethnischer Siedlungskern. Andererseits wird den UkrainerInnen Nationalismus und Chauvinismus vorgeworfen. Beide Vorwürfe gehen auf die sowjetische Propaganda zurück, die bis heute innerhalb Russlands fortlebt. (vgl. Simon 2010: 66ff) Doch welche Rolle spielt das nationale Identitätsbewusstsein für die Konsolidierung von Demokratie? Volkssouveränität und die rechtliche Gleichheit aller sind eng verbunden mit einem Zugehörigkeitsgefühl zur Nation und einem Bewusstsein für Zusammengehörigkeit. Es gibt allerdings kaum Fälle von Nationalstaaten, die ethnisch oder religiös homogen sind. Daher

wohnt ihnen von Natur aus ein Konfliktpotenzial inne. Dennoch verfügen Nationalstaaten auch über liberale Strukturen, und sind bis heute die einzig legitime Form von Staatlichkeit, zu der es bislang keine wirklichen Alternativen gibt. In Westeuropa und Nordamerika sind Demokratien auf dem Boden von Nationalstaaten gewachsen. Nationen tragen dazu bei, Menschen, die eine gemeinsame Sprache, Erinnerungskultur und dasselbe Territorium teilen, zusammenzubinden. Regionale, ethnische und manchmal auch religiöse Differenzen können durch die Schaffung einer gemeinsamen, nationalen Identität überbrückt werden und soziale Solidarität – ein zentraler Baustein von Demokratie – wird generiert. Die gemeinsame Zugehörigkeit zu einer Nation ist eine Ressource für die Organisation des herrschaftlichen Konsenses innerhalb einer Gesellschaft. (vgl. Calhoun 2007: 155ff)

Das Territorium der heutigen Ukraine entspricht bis auf wenige Ausnahmen dem der ukrainischen Sowjetrepublik, doch hatte der Zerfall der UdSSR dennoch weitgreifende Auswirkungen auf die territoriale Integrität des Landes. Die Netzwerke und Organisationsformen des Aktionsraumes, in dem die Ukraine als Teilrepublik existiert hatte, waren nicht mehr vorhanden. Nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Strukturen waren mit der Sowjetunion weggebrochen. Zwar war die Ukraine nicht ganz denselben Territorialproblemen ausgesetzt wie andere mittel- und osteuropäische Staaten, doch entstanden auch hier Konflikte und Problematiken, die mit der Formierung eines ukrainischen Nationalstaates verknüpft waren. Die Sowjetunion war ein multiethnischer Herrschaftsraum, nach dessen Zusammenbruch sich einzelne Gruppen als Diaspora in neuen Nationalstaaten wiederfanden. So wurde Massenmigration zu einem Phänomen dieser Zeit. Aus der Ukraine wanderten bis 2002 etwa drei Millionen ethnische Russen ab, um in die Russländische Föderation zu emigrieren. Die russische Minderheit in der Ukraine schrumpfte dadurch um circa 27%. (vgl. Segert 2009: 121f)

Diese Abwanderung eines großen Teils der russischen Bevölkerung milderte ein damit verbundenes Problem aber nicht. Die Ukraine war nach wie vor ein Land zweier Sprachen und Kulturen, von denen eine stets bis zu einem gewissen Grad unterdrückt worden war. Während die ethnisch ukrainische Bevölkerung bis 1991 in der Ausübung bestimmter kultureller Rechte beschnitten worden war, fürchtete jetzt der russischsprachige Teil um seine Rechte und politische Repräsentation. Die Ukraine war nie eine homogene Gesellschaft gewesen, doch fiel nun das einigende – wenngleich auch repressive – sowjetische Element weg. Die kommunistische Ideologie und Kultur aber waren nicht überall in der Ukraine gleich fest verankert gewesen. So war die Identifikation mit der UdSSR oder mit der ukrainischen Nationalbewegung in den einzelnen Regionen des Landes unterschiedlich stark ausgeprägt,

was zusätzlich zur Heterogenität der Bevölkerung im post-sozialistischen Zeitalter beitrug und Auswirkungen auf die Demokratisierung des Staates hatte. Die politische Elite hatte Schwierigkeiten, das ukrainische Volk zu definieren. Für die Legitimierung eines unabhängigen ukrainischen Nationalstaats schien es Anfang der 1990er Jahre wichtig, sich vom ehemaligen sowjetischen Zentrum abzugrenzen. Doch ist die russische Ethnie ebenso wie die russische Sprache auf eine Weise in der Ukraine verwurzelt, dass man sie nicht als das „Andere“ sehen und vom „Eigenen“, Ukrainischen, abgrenzen kann. Es gibt keinen Konsens darüber, wer oder was das „Andere“ ist. (vgl. Simon 2010: 68f)

Ein kollektives Zusammengehörigkeitsgefühl unterliegt jeder politischen Gemeinschaft, die wiederum die Grundlage für die Schaffung eines Nationalstaates und der politischen Ordnung liefert. Nicht nur Gesellschaften, die relative ethnische und religiöse Homogenität aufweisen, sind zur Konsolidierung einer funktionierenden Demokratie fähig, doch erfordern multiethnische Gesellschaften eine hohe Kompromissbereitschaft und politische Gestaltungskraft der Eliten. (vgl. Merkel 2010: 328f)

Die politische Elite der Ukraine war seit dem Beginn der Perestroika die treibende Kraft des Wandels im Land. Zwar engagierte sich das Volk in nationalen Bewegungen sowie in ökologischen, kulturellen und politischen Organisationen, doch geschah dies relativ spät und wäre nicht möglich gewesen, wenn die von oben initiierte Liberalisierung des Systems nicht stattgefunden hätte. Das neu entstandene Bewusstsein der Bevölkerung für die politische und wirtschaftliche Situation in der Sowjetunion wurde von der Elite aufgegriffen. Die Beteiligung der Führung an der Perestroika war ausschlaggebend für die Initiierung des Umbruchs. Eine starke politische Gestaltungskraft der Elite war also durchaus gegeben. Dies sollte sich auch in den Jahren der Unabhängigkeit nicht ändern. Die politische Führung der Ukraine war aber keinesfalls eine homogene Gruppe, was sich auf ihre Kompromissbereitschaft auswirkte, die essentiell für die Herausbildung einer kollektiven Identität und die Konsolidierung eines demokratischen Systems innerhalb eines ukrainischen Nationalstaates gewesen wäre. Ebenso wie die Bevölkerung saß die Elite des Landes zwischen zwei Stühlen. Fragen zum politischen Aufbau des neuen Nationalstaates, zur außenpolitischen Orientierung des Landes (hin zum ehemaligen sowjetischen Zentrum oder in Richtung Westeuropa) und zum Umbau der Wirtschaft spalteten die Regierung. Die Kompromissbereitschaft der Elite war demnach schwach ausgeprägt, wie im Folgenden aufgezeigt wird.

4.2. Die politische Elite

Am 1. Dezember 1991 war neben der Abstimmung über die ukrainische Unabhängigkeit noch eine weitere angesetzt: jene um die Wahl des Staatspräsidenten. Dessen Amt war am 5. Juli 1991 durch ein Gesetz in der Sowjetrepublik eingeführt worden. Leonid Kravčuk, ein „geläuterter Kommunist“, konnte sich in der Wahl, die in erster Linie eine Personenwahl war, gegen fünf weitere Kandidaten durchsetzen. Darunter befand sich auch Vjačeslav Čornovil, der der Volksbewegung Ruch angehörte. Dessen Reformprogramm war aber von der Bevölkerung als zu radikal angesehen worden. Kravčuk hingegen wurde als „das kleinere Übel“ empfunden. Er hatte es geschafft, sich im rechten Moment von der kommunistischen Partei zu distanzieren, und nannte die Offenlegung der stalinistischen Verbrechen als Grund dafür. Er wusste die Massenmedien für sich zu nutzen, und wurde bald zur zentralen Figur des ukrainischen Transformationsprozesses. Ihm wurde später auch die Stagnation eben dieses Prozesses angekreidet. Innerhalb der ersten Monate seiner Amtszeit konnte sich Präsident Kravčuk zwar eine strategisch starke Machtposition sichern, doch konnten keine klaren Machtverhältnisse im Staat etabliert werden. Als Staatspräsident war er nicht nur repräsentatives Oberhaupt der Nation, sondern auch Oberbefehlshaber der Armee und formeller Chef der Exekutive. Eine klare Abgrenzung der Verantwortungen und Vollmachten zwischen Präsident und Ministerpräsident wurde aber nicht ausgehandelt, was die politische Konsolidierung behinderte. (vgl. Schneider 2005: 25ff)

Wie bereits erwähnt war problematisch, dass in der Ukraine – wie auch in kaum einem anderen Staat des ehemaligen sowjetischen Raumes – kein Austausch der Eliten stattfand. Die Hauptmotivation der herrschenden Gruppe war der Wunsch nach „career security“ – also die Sicherung ihrer Machtposition. (vgl. Hale 2005: 137f) *„[T]he analysis of the behaviour of Ukraine’s ruling elite gives us ground to conclude: in the period of the break-up of the totalitarian communist regime and its transformation the majority of all the strata of the nomenclature bureaucracy were able to alter their mentality, to go the way of social and political compromise in their desire to preserve their power and privileges by any and every means.“* (Polokhalo, Sljusarenko 1993: 12, zit. nach Kopylov 1997: 187)

Die Unabhängigkeit war der Ukraine ohne gewalttätige Aufstände und Revolutionen zugefallen. Der Prozess verlangte keinen sofortigen Austausch der Eliten, Neuwahlen zum Parlament wurden verzögert. Ob nun ein revolutionärer Umbruch von Nöten gewesen wäre, um die Transformationsdynamik in der Ukraine anzutreiben, sei dahingestellt. Einige sehen jedoch die Kontinuität der Herrschaft der sowjetischen Nomenklatura in personeller und mentaler Form als Grundproblem des Systemwandels. Die fundamentalen Strukturen der

innerreligiösen Organisation konnten sich trotz der Umstellungen des Systems lange halten, und beeinflussten auch die PolitikerInnen der post-sozialistischen Periode. Die politische Führung verwendete ihre ganze Energie darauf, sich in den neuen Strukturen zu Recht zu finden und ihre Machtposition zu sichern, was in einer schwachen Problemlösungskompetenz resultierte. (vgl. Kopylov 1997: 190f)

Die pluralistische Instabilität des Regimes spiegelte sich vor allem in der Parteienlandschaft nieder. Aus der KPdSU hatte sich eine Nachfolgepartei, die Sozialistische Partei der Ukraine (SPU) heraus entwickelt, ebenso wie die Progressive Sozialistische Partei der Ukraine (PSPU) und die Bauernpartei der Ukraine (SelPU). Aus der Volksbewegung der Ukraine (Ruch) waren mehrere national ausgerichtete Parteien hervorgegangen, wie beispielsweise die Demokratische Partei der Ukraine (DPU). Auffällig ist die Vielzahl von Klein- und Kleinstparteien, die sich formiert haben. Sie wiesen meist fast deckungsgleiche Inhalte auf, ermangelten aber tradierter Weltansichten. Ein pluralistisches und festes „Parteiensystem“ existierte nicht – das konnte es nach siebenzig Jahren der Einparteienherrschaft auch nicht, hat sich aber auch bis heute nicht richtig etabliert. Getragen werden Parteien in der Ukraine meist von charismatischen Führungspersonlichkeiten. Die starke Zersplitterung der Parteienlandschaft, die durch ständig wechselnde Koalitionsbündnisse, Neugründungen und Verschmelzungen immer weiter fragmentiert wird, hat in der Bevölkerung zu Verwirrung und daraus resultierender politischer Apathie beigetragen. (vgl. Ecker 2006: 11f)

Obwohl die Ausbildung einer kollektiven, nationalen Identität der ukrainischen Bevölkerung und eine neue Verfassung essentiell für die weitere politische Konsolidierung des Landes gewesen wäre, mussten diese Aspekte vor allem in den ersten Jahren der Unabhängigkeit zurückstecken. Die Präsidentschaft Kravčuks war vor allem von seinen außenpolitischen Ambitionen gekennzeichnet. Von großer Bedeutung war in dieser Zeit das Verhältnis zu Russland, ebenso wie die internationale Anerkennung der ukrainischen Staatlichkeit. Man fürchtete, dass das ehemalige sowjetische Zentrum die Ukraine, die nach Russland die bevölkerungsreichste Teilrepublik war und über ökonomische Ressourcen verfügte, nicht so einfach in die Unabhängigkeit entlassen würde. Tatsächlich wurde der Ukraine antirussisches Verhalten vorgeworfen, und Präsident El'cin kündigte sogar eine mögliche Revision der Grenzziehungen zugunsten Russlands an. Die Konflikte um die Schwarzmeerflotte und um die Stadt Sevastopol', die die Ukraine an Russland abtreten musste, trugen nicht dazu bei, dass sich die Ukraine als unabhängiger Staat akzeptiert fühlte. (vgl. Kappeler 2009: 275f)

Zwar erkannte Präsident El'cin die politische Existenz des ukrainischen Staates 1991 an, und die meisten anderen Staaten folgten im Frühjahr 1992, dennoch blieb die allgemeine Skepsis in Russland und im Westen bestehen: Konnte sich die Ukraine mit ihren fehlenden nationalstaatlichen und demokratischen Traditionen als selbstständiger Staat behaupten? (vgl. Boeck, Völkl 2007: 206f)

4.2.1. Die Verfassung der Ukraine

Auffällig ist, dass die Ukraine erst 1996 – also zwei Jahre nach Beginn der Amtszeit des zweiten Präsidenten Leonid Kučmas – als letzter postsowjetischer Staat eine Verfassung verabschieden konnte. Obwohl man bereits im Jahr 1990 damit begonnen hatte, eine neue Grundlage für die Verfassung auszuarbeiten, verzögerte die Unfähigkeit der Elite sich zu einigen den Prozess um über fünf Jahre. Die zentralen Streitpunkte der Verfassungsdiskussion war die Form und Funktion des Parlaments, die Rolle des Präsidenten und die Definition des Volkes der Ukraine. Um den Diskurs zu steuern, wurde 1990 eine Verfassungskommission eingerichtet, deren Vorsitz von Präsident Leonid Kravčuk übernommen wurde. Die ukrainische Verfassung wurde zum Objekt der politischen AkteurInnen, und damit der dritten Ebene der Politik, die sie nach ihren „Interessen“ und „Leidenschaften“ anlegten, nicht zwangsweise nach Kriterien der „Vernunft“. Der „Schleier der Ignoranz“ zwischen den politischen Ebenen existierte im Fall der Ukraine nicht. (vgl. Bos 2002: 472ff)

Leonid Kučma, der von 1992 – 1993 Premierminister gewesen war, hatte die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen von 1994 im zweiten Wahlgang klar gewonnen, da er im Gegensatz zu Präsident Kravčuk vor allem für die innenpolitische Reformierung des Landes eintrat. Er war für die Bevölkerung zu einer Hoffungsfigur geworden, da er in der Lage schien, das Chaos der Kravčuk-Jahre in geordnete Bahnen zu leiten und sich um die internen Probleme des Landes zu kümmern.

Im verfassungsgebenden Prozess konnte Kučma die dominante Stellung des Präsidenten weiter auszubauen. So kann von der Ukraine ab 1996 offiziell als ein präsidentiell-parlamentarisches Regierungssystem gesprochen werden. Die Machtposition des Staatsoberhauptes war wesentlich ausgeprägter als in westeuropäischen Regierungssystemen, aber dennoch weit weniger stark als beispielsweise in Russland oder Belarus. Die exekutive Macht wird in diesem System zwischen Präsident und Regierungschef aufgeteilt. Der Präsident hat außerdem das Recht, das Parlament aufzulösen und verfügt über eigene legislative Kompetenzen. (vgl. Bos 2010: 78f)

Friedbert Rüb hat darauf hingewiesen, dass ein Merkmal hybrider Regime die Fassadenfunktion der staatlichen Verfassung ist. Dieses Phänomen ist ab der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre in der Ukraine vorzufinden. (vgl. Rüb 2002: 100ff) Tatsächlich verstieß Präsident Kučma bereits im ersten Jahr nach der Verabschiedung der Verfassung rund 200mal gegen die selbst auferlegten Spielregeln. Das politische System des Landes kopierte zwar die Form von westlichen Demokratien, gleichzeitig aber untergruben politische AkteurInnen ebenso wie demokratisch nicht legitimierte Kräfte auf direkten und indirekten Wegen die parlamentarischen Strukturen. Gremien und Räte wurden vom Präsidenten mit loyalen Funktionären besetzt, die seine Stellung absicherten und es dem System ermöglichten, die Herausbildung einer Opposition zu unterdrücken. (vgl. Åslund 2006: 12f) Aus diesen Gründen begann die Bevölkerung, Leonid Kučma, der sich zu Beginn seiner Amtszeit relativer Beliebtheit erfreut hatte, mit Korruption und Kriminalität in Verbindung zu bringen, obwohl die genauen Ausmaße seiner Tätigkeiten in diesen Bereichen nicht genau bekannt waren. Bei den Präsidentschaftswahlen 1999, als Kučma zum zweiten Mal als Präsidentschaftskandidat antrat, wurden von zahlreichen internationalen Wahlbeobachtungsorganisationen Unregelmäßigkeiten aufgezeigt. Vor allem die Pressefreiheit war während des Wahlkampfes massiv eingeschränkt worden. Auch die parteilich-personalistischen Einschwürungen der (eigentlich unabhängigen) staatlichen Administration auf den wiedergewählten Amtsinhaber Kučma im Nachlauf der Wahlen wurden als problematisch gesehen, da die Macht der Exekutive so immer weiter ausgeweitet wurde. Bereits nach dem ersten Wahlgang hatte Kučma begonnen, die Gouverneure jener Gebiete zu entlassen, in denen die Bevölkerung mehrheitlich für andere Kandidaten gestimmt hatte. In weiteren Schritten wurde 2001 Beamten aller Ebenen verboten, Kontakte zur politischen Opposition zu unterhalten. Kamen sie diesem Befehl nicht nach, wurden sie zum Rücktritt gezwungen. (vgl. EECR Spring/Summer 2001) Insgesamt lässt sich in den Legislaturperioden Kučmas eine allgemeine Verschlechterung der politischen Teilhabe- und bürgerlichen Freiheitsrechte erkennen.

4.3. Die wirtschaftliche Transformation

Vor allem die Umstellung der Wirtschaft brachte tiefgreifende Veränderungen mit sich, die nicht nur die Produktionsweisen und die Eigentumsverhältnisse betrafen, sondern auch Auswirkungen auf die gesamtgesellschaftlichen Strukturen hatten. Ein vollkommen neues Wertesystem wurde etabliert, in dem individuelle Leistungen anders honoriert wurden als zur

Zeit des realen Staatssozialismus. Unternehmergeist und Risikobereitschaft wurden zu gefragten Eigenschaften. (vgl. Berend 2007: 270ff) Dies lag auch jenem post-sozialistischen Phänomen zu Grunde, dass bei den Menschen die negativste Assoziation mit kapitalistischen Produktionsweisen hervorrief: Die wachsende soziale Ungleichheit zwischen einzelnen gesellschaftlichen Gruppen.

4.3.1. Die soziale Ausdifferenzierung und die Rolle der Oligarchen

Neben der Freigabe der Preise, dem Aufbau eines Arbeitsmarktes, der Kompensierung des inländischen Kapitalmangels und der damit verbundenen Anreizung des Auslandskapitalflusses waren noch grundlegendere Umstrukturierungen von Nöten. Eine Klasse von Unternehmern musste geschaffen werden, die im Besitz von Produktionsmitteln war. Privatisierungsmaßnahmen wurden hierfür als integraler Schlüssel gesehen, um eine solche Eigentümerklasse zu schaffen und marktwirtschaftliche Reformen einzuführen. Auf diese Weise wurde die gesamte Eigentumsordnung umgestellt. Eine schmale Schicht von Unternehmern konnte vom Umbau der Wirtschaft stark profitieren. So bildete sich ab Mitte der 1990er in der Ukraine wie auch in Russland der Unternehmertyp des „Oligarchen“ heraus. Im traditionellen Sinn bezeichnet Oligarchie die Herrschaft einer limitierten Gruppe von Individuen, im Zusammenhang mit der Systemtransformation hat der Begriff eine etwas andere Bedeutung erhalten.

„The popular meaning of oligarch is a politically well-connected tycoon, a dollar billionaire, or near billionaire, who is the main owner of a conglomerate and has intimate ties with the president.” (Åslund 2006: 10)

Durch die Wirtschaftstransformation konnte sich bereits vor 1995 eine Wirtschaftselite etablieren, die über große finanzielle Ressourcen verfügte. Die Mitglieder dieser neu entstandenen Klasse von Unternehmern hatten in den meisten Fällen bereits zur Zeit des realen Staatssozialismus hohe Positionen in Industriebetrieben bekleidet. Sie hatten an den technischen Universitäten in Dnipropetrowsk, Donezk und Kiew studiert, und wiesen daher ähnliche soziale und akademische Hintergründe auf. Auffällig ist, dass sie vor allem im Maschinenbau und der Metallurgie tätig waren und es oftmals heute noch sind. Die meisten ukrainischen Oligarchen haben ihr Vermögen im post-sozialistischen Zeitalter in rohstoffverarbeitenden Industrien und durch den Handel mit Erdgas oder anderen Energieträgern gemacht. Wie auch in Russland schafften es auch die ukrainischen Oligarchen durch den Erwerb von staatlichen Betrieben immer mehr finanzielle Ressourcen anzuhäufen

und dadurch Einfluss auf das politische Geschehen im Land zu erlangen. (vgl. Pleines 2006: 2f) Die Oligarchen konnten sich durch ihre engen Beziehungen zu Personen in hohen politischen Ämtern individuelle Vorteile sichern und rent-seeking betreiben, indem sie sich durch die Hilfe der staatlichen AkteurInnen Einnahmen (rents) sicherten, die die auf dem freien Markt möglichen Gewinne überstiegen. (vgl. Pleines 2008a: 28f)

Leonid Kučma fehlte eine starke Machtbasis in Form einer Regierungspartei, daher konzentrierte er sein politisches Kalkül nicht auf die instabilen politischen Lager, die im Parlament vertreten waren, sondern fokussierte seit seinem Amtsantritt die regionalen politischen und ökonomischen Eliten. (vgl. Pleines 2008a: 55f) Präsident Kučma ließ regionale PolitikerInnen in nationale Ämter nach Kiew berufen, und schuf sich so einen Kreis aus Personen, die ihm Loyalität entgegenbrachten. Diese regionalen PolitikerInnen förderten wiederum regionale Unternehmer, mit denen sie durch Seilschaften verbunden waren. Die Unternehmer erhielten politische Vorzugsbehandlungen, und beteiligten im Gegenzug dafür die PolitikerInnen am Gewinn, der so erwirtschaftet wurde. Des Weiteren unterstützten die Unternehmer den Präsidenten im Wahlkampf. Somit fundierte Kučma seine politische Position und sicherte sich gleichzeitig die Loyalität der Oligarchen. Jene Unternehmer, die als „gefährlich“ für das Herrschaftssystem erachtet wurden, weil sie eine andere politische Orientierung an den Tag legten, wurden verfolgt oder zur Emigration gezwungen. (vgl. Åslund 2006: 12f)

Die Wirtschaftselite der Ukraine war bereits vor dem eigentlichen Beginn der Privatisierung auffallend mächtig, dennoch konnten sie ihren Einflussbereich durch einen geschickten Schachzug ausweiten: Mitte der 1990er Jahre hatten einige Unternehmer nämlich begonnen, auch im Bereich der Massenmedien Anlagen zu tätigen. Das Fernsehen ist in der Ukraine das zentrale Informationsmedium, für Printmedien wird im Vergleich dazu kaum Geld ausgegeben. Aus diesem Grund kauften Oligarchen die Sender mit politischer Berichterstattung auf. Somit konnten sie direkt die Nachrichten und damit auch die öffentliche Meinungsbildung bestimmen. (vgl. Pleines 2008: 3f)

Wie auch in Russland waren starke politische Maschinerien in den einzelnen Regionen und oligarchische Gruppierungen kein Erbe des realen Staatssozialismus, sondern Phänomene, die in der post-sozialistischen Periode entstanden. (vgl. Hale 2005: 149f) Da es sich dabei in vielen Fällen um einen bewussten Missbrauch öffentlicher Macht und/oder öffentlicher Ressourcen zum persönlichen Vorteil handelt, können die Seilschaften zwischen PolitikerInnen und Großunternehmern in der Ukraine als Netzwerke der Korruption bezeichnet werden. (vgl. Pleines 2008a: 34f) Mit dem Vorwurf, Teil eines schmutzigen

Geschäftes zu sein, müssen sich auch BerufspolitikerInnen in Ländern auseinandersetzen, die als „liberale Demokratien“ eingestuft werden. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages beispielsweise wurden schon des Öfteren wegen Nebeneinkünften kritisiert. Dennoch muss hier angemerkt werden, dass diese internen Phänomene die legalen Maßnahmen des klassischen Lobbyismus (in den meisten Fällen) nicht in selbem Ausmaß wie in der Ukraine überschreiten und innerhalb von intakten Kontrollmechanismen ablaufen. Solche mediatisierenden Ressourcen existieren in der Ukraine nicht. (vgl. Bredies 2005: 120f)

Die Stabilität des Einflusses der Oligarchen und ihrer Vorzugsbehandlung war abhängig von der Person des Präsidenten, daher hatten die regionalen Seilschaften großes Interesse daran, die Wiederwahl Kučmas zu garantieren. Der Präsident konnte ihnen zwar erhebliche Vorteile verschaffen, doch wurde sein Einfluss von der Opposition im Parlament eingeschränkt. Die Bildung von „Unternehmerparteien“ lag also nahe, da sich durch Sitze im Parlament ein weiterer Kanal öffnen würde, über den politische Entscheidungsprozesse direkt beeinflusst werden könnten. Als Beispiel hierfür ist die *Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine* (VSDPU) zu nennen, die praktisch von Oligarchen aufgekauft wurde. Der Führer der Partei ist Viktor Medvečuk, ein Kiewer Großunternehmer, der später noch erwähnt werden soll. (vgl. Schneider 2005: 117f) Kučma war aber darauf bedacht, hohe Ämter wie etwa jenes des Ministerpräsidenten oftmals auszuwechseln. So wollte er die Herausbildung eines politischen Konkurrenten verhindern. Aus diesem Grund amtierten während Kučmas zehn Jahren der Präsidentschaft sieben Ministerpräsidenten. (vgl. Pleines 2006: 3ff) Die ukrainischen Eliten – hier sind PolitikerInnen wie Oligarchen gemeint – stellen keineswegs eine homogene Gruppe dar. Zwar verfügen sie über gemeinsame Charakteristika und verfolgen ähnliche Ziele, wie private oder korporative Interessen. Doch schließen sich diese Zielsetzungen, beziehungsweise die Wege, wie diese Zielsetzungen erreicht werden sollen, oftmals gegenseitig aus. Bis zu Beginn des neuen Jahrtausends war es für die ukrainischen Großunternehmer oftmals die sicherste Wahl, den Präsidenten zu unterstützen und in den politökonomischen Seilschaften mitzuwirken. Jene, die sich auf die Seite oppositioneller AkteurInnen stellten, hatten meist mit Repressionen zu rechnen.

4.3.2. Die Kosten der Transformation

Während eine dünne Schicht der Gesellschaft es schaffte, großen Reichtum zu akkumulieren, bekam die Mehrheit der Bevölkerung die Kosten der Transformation zu spüren. Im gesamten

post-sozialistischen Raum brachte die Umstellung der Plan- auf die freie Marktwirtschaft eine tiefgehende Rezession mit sich. Nicht nur änderten sich die Organisation der Arbeitsteilung und die Produktionsweise, auch die sowjetische Arbeitspolitik und die staatliche Preisregulation fielen nun weg. In der Regel ging das Bruttoinlandsprodukt um ein Viertel bis zu einem Drittel, in Extremfällen bis zur Hälfte des Umfangs von 1989 zurück. Im Durchschnitt dauerte es ein Jahrzehnt, bis das Ausgangsniveau wieder erreicht wurde. Die Rezession in der Ukraine begann 1990 und zog sich etwa bis ins Jahr 1999 hin. Innerhalb dieser ersten fünf Jahre nach dem Zusammenbruch der Planwirtschaft schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine insgesamt um fast 48%. (vgl. UNECE 2004: 80f) Den tiefsten Einbruch erlebte das Land 1994, als das Bruttoinlandsprodukt um 22,9% zurückging. Nur Lettland (im Jahr 1992 mit 34,9%) und Serbien (im Jahr 1993 mit 30,8%) hatten höhere Verluste zu verzeichnen. (vgl. Segert 2009: 118f) Zur Verdeutlichung dieser Entwicklung stellt die folgende Tabelle das negative Wirtschaftswachstum der Ukraine und Russlands von den Jahren 1991 bis 1997 gegenüber.

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum Ukraine und Russland 1991 – 1997

Jahr	Ukraine	Russland
1991	-11,9%	-5,0%
1993	-17,0%	-14,5%
1994	-22,9%	-12,6%
1995	-12,2%	-4,0%
1996	-10,0%	-2,8%
1997	-3,2%	0,4%

(Quelle: Havrylyshyn, Izvorski und Rooden 1999, zit. nach Osipian 2008: 80f)

Hier sei aber angemerkt, dass das Entstehen einer „Untergrundwirtschaft“ diese Rezession etwas abfederte. In den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch der UdSSR existierten die Mechanismen der Planwirtschaft nicht mehr, nur hatte sich auch noch keine liberale Marktwirtschaft etabliert, und so konnte sich eine Schattenwirtschaft herausbilden, die beträchtliche Ausmaße annahm. (vgl. Åslund 2009: 48f)

Der Hauptgrund für diesen Rückgang der Produktion lag vor allem in der Hyperinflation, die im gesamten postsowjetischen Raum durch die Aufhebung der staatlichen Preisregulierung um sich zu greifen begann. Diese Hyperinflation hatte in der Ukraine nicht nur einen

Höhepunkt, sondern gleich mehrere. 1993 erreichte die Geldentwertung ihren Höhepunkt, der 12-Monatsdurchschnitt der Inflation betrug 10155%. (vgl. Reinhart, Savastano 2003: 2f)

Große Teile des Geldvermögens der Bevölkerung wurden in diesen Jahren vernichtet. Die Nationalbank der Ukraine (NBU) hatte sich gerade erst etabliert und unterstand dem Parlament, welches sich mehrmals dazu entschloss, hohe Kredite ausstellen zu lassen. Die Nationalbank ermangelte vor allem in den ersten Jahren essentieller Grundstrukturen.

„The NBU pursued no interest rate policy, issuing most credits at a subsidized rate of 20 percent per annum, a huge negative real interest, rendering any loan from the NBU a state subsidy.“ (Åslund 2009: 49)

Eine weitere Konsequenz des Wirtschaftsumbaus war die plötzlich auftretende Arbeitslosigkeit, die in der Zeit des Staatssozialismus in dieser Form nicht existiert hatte. Die Erwerbstätigenquote war in der Planwirtschaft sehr hoch, da ein strukturelles Defizit an Arbeitskraft herrschte. Aus diesem Grund befanden sich die Arbeitnehmer in einer relativ guten Position und verfügten über Sicherheit am Arbeitsplatz. (vgl. Kornai 2006: 228f)

Mit dem Zusammenbruch der UdSSR hatte diese Sicherheit jedoch ein Ende. Ein Arbeitsmarkt im kapitalistischen Sinn musste geschaffen werden. Gleichzeitig ließen der Produktionsrückgang und die Schließung vieler staatlicher Betriebe die Arbeitslosenzahlen in die Höhe schnellen. Vor allem ältere Arbeitnehmer, Frauen, Angestellte im Industriesektor oder in staatlichen Landwirtschaftsbetrieben waren davon betroffen. Die Ukraine verfügte als ehemaliger realsozialistischer Staat nicht über dieselbe Arbeitsmarktpolitik und staatlichen Sicherungssysteme wie die bereits etablierten liberalen Marktwirtschaften Westeuropas. Der Bezug von Arbeitslosengeld war beispielsweise viel kürzer. (vgl. Segert 2009: 118f)

Der Rückgang des Bruttoinlandsproduktes, die Hyperinflation und der Anstieg der Arbeitslosigkeit erschienen für die breite Bevölkerung besonders schmerzhaft in Anbetracht der Tatsache, dass es einige wenige zu Wohlstand und politischer Macht gebracht hatten, während sie selbst mit sinkendem Lebensstandard und ökonomischen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Soziale Sicherungssysteme des Staates erodierten bedingt durch die Wirtschaftsumstellung und die daraus resultierenden ökonomischen Engpässe. Die Menschen waren sich zu Beginn der Transformation bewusst gewesen, dass wirtschaftliche Schwierigkeiten unausweichlich sein würden. Doch hatte man gehofft, dass es sich dabei um ein kurzes „Tal der Tränen“ handeln würde, dass man schnell durchwandern würde. Man erwartete sich von der Übernahme kapitalistischer Produktionsweisen einen Anstieg des allgemeinen Wohlstands und mehr soziale Gerechtigkeit durch die Implementierung demokratischer Strukturen. (vgl. Offe 1994: 76ff)

Diese Erwartungen waren aber zu hoch angesetzt, und es stellte sich bald heraus, dass das „Tal der Tränen“ wesentlich länger andauern würde als erhofft. Die Sozialordnung der Ukraine hatte sich durch die Transformation grundlegend verändert, vor allem was das Niveau der sozialen Ungleichheit anging. Der reale Staatssozialismus war eine Ordnung, die zwar kein hohes Niveau an Wohlstand generierte, doch für einen gewissen sozialen Ausgleich sorgte. Es existierten keine auffällig hohen Einkommensunterschiede zwischen den einzelnen Klassen. Doch nun differenzierte sich die Gesellschaft immer weiter aus und ein nicht unwesentlicher Teil fand sich nun unterhalb der relativen Armutsgrenze wieder. (vgl. Berend 2007: 274f)

Die Menschen hatten hohe Erwartungen an den Systemwechsel, waren aber enttäuscht worden. Die negativen Mechanismen des Kapitalismus wurden zu Beginn der Transformation unterschätzt, ebenso wie die Ausmaße, die diese annehmen würden. Die fortschreitende soziale Differenzierung war ein Schock für die Bevölkerung. Erschwerend kam hinzu, dass das neue politische Regime nur eine demokratische Fassade aufwies. Die Korruption der Eliten, die über politische wie ökonomische Machtpositionen verfügte, war offensichtlich. Als Präsident Kučma in seiner zweiten Amtsperiode begann, die exekutive Macht immer weiter zu vergrößern, schien sich die Ukraine nun vollkommen von der Konsolidierung einer funktionierenden Demokratie abzuwenden und immer mehr autoritäre Tendenzen aufzuzeigen. (vgl. Hale 2005: 150f)

4.4. Kučmas zweite Amtszeit 1999 - 2004

Während der Regierungsperioden Leonid Kučmas zeichnete sich das politische System des Landes vor allem dadurch aus, dass die Position des Präsidenten weitgreifende exekutive und legislative Funktionen in sich vereinte, und von formellen und informellen Kräften gestützt wurde. In den Präsidentschaftswahlen von 1999 konnte sich der Amtsinhaber aus diesen Gründen klar gegen seine Konkurrenten durchsetzen. Kučma wurde nicht nur im national orientierten Westen des Landes zum Sieger erklärt, sondern auch in einigen Gebieten der Ost- und Südostukraine, die bis dato als Hochburg der Kommunisten gegolten hatten. Ausschlaggebend für seinen Sieg war der massive Einsatz der gesamten Staatsmaschinerie und der tatkräftigen Unterstützung der Oligarchen während des Wahlkampfes, die die finanzielle und organisatorische Grundlage für den Wahlkampf geliefert hatten.

Außerdem begann die Regierung, die Lohn- und Rentenschulden der letzten drei Jahre zu begleichen und erhöhte die Stipendien für Studenten. Regionale Behörden wie Polizei und

Steuerbehörden, aber auch Massenmedien wurden dazu eingesetzt, um Gegenkandidaten die Ressourcen im Wahlkampf zu entziehen, und somit die Wiederwahl Kučmas zu sichern. Jene Teile der Elite oder der Bürokratie, die eventuell zu oppositionellen Kandidaten hätten tendieren können, wurde oftmals zum Opfer von Erpressung durch die Regierung. Durch die Unterstützung der formellen Kräfte der staatlichen Funktionäre und die informellen Kräfte der Oligarchen erhielt Kučma im zweiten Wahldurchgang am 14. November 1999 56,3% der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 73,8%. (vgl. Bos 2002: 479ff)

Am 1. Dezember 1999 wurde der Amtsinhaber offiziell in seine zweite Amtszeit eingeführt. Zu dieser Zeit erfreute er sich noch relativ hoher Beliebtheit, und nicht nur, weil er die Regierung dazu veranlasste, ausstehende Renten- und Lohnzahlungen nachzuholen. Hinzu kam auch, dass sich die Wirtschaft langsam zu erholen begann. Diese Entwicklung wurde vor allem Viktor Juščenko, dem Präsidenten der Ukrainischen Nationalbank und neuem Premierminister zugeschrieben. (vgl. Kuzio 2006: 50f)

Tabelle 2: Wachstum des BIP der Ukraine 2000-2004

<i>Jahr</i>	2000	2001	2002	2003	2004
<i>BIP Wachstum</i>	5,9	9,2	5,2	9,4	12,1

(Quelle: International Centre for Policy Studies. Economic Statistics June 2005, Angaben in Prozent)

4.4.1. Der fortschreitende Privatisierungsprozess

Mit der Schaffung einer pro-präsidentiellen Mehrheit im Parlament im Frühjahr 2000 wurde es möglich, ein Gesetz über das staatliche Privatisierungsprogramm zu verabschieden. Die neuen, unternehmerdominierten Parteien hatten geschafft, was das Parlament in den 1990er Jahren versucht hatte zu verhindern. Die Privatisierungen von Staatseigentum, die dem Staatshaushalt Geld einbringen sollte, wurden per Auktionen vorangetrieben. Das Programm lief im Endeffekt von 2000 bis 2004. Ein Nachfolgeprogramm, das für 2002 vorgesehen gewesen wäre, kam nicht zustande. Drei Aspekte des Privatisierungsprogramms sind ausschlaggebend für den Verlauf der Aktionen. Erstens wurden ausländische BieterInnen diskriminiert, da strategische Investoren aus der Ukraine ausdrücklich Vorrang bei der Privatisierung von Großbetrieben gegeben wurde. Zweitens ließ die gesetzliche Lage

erheblichen Raum für Manipulationen, da keine allgemeine Regelung von Interessenskonflikten existierte. Die Mitglieder des Fonds für Staatsvermögen, jene Kommission, die die Privatisierungsauktionen durchführte, waren den BieterInnen keinerlei Rechenschaftspflicht schuldig. Die Frist, in der ein Angebot abgegeben werden konnte, betrug oftmals nur wenige Wochen – was für ausländische Investoren eindeutig zu kurz war, um sich ein Bild von dem zu versteigernden Betrieb zu machen. Ukrainische UnternehmerInnen hatten meist einen Informationsvorsprung. Drittens wurde das Mindestgebot für zur Versteigerung freigegebene Unternehmensanteile oftmals relativ niedrig angesetzt. Ein Regierungsdekret aus dem Jahr 2002 erlaubte es dem Fond für Staatsvermögen bei unzureichender Teilnahme an einer Auktion das Angebot um bis zu 30% zu senken. Aufgrund dieser Manipulationsmöglichkeiten kam es nur in den seltensten Fällen zu ehrlichem Wettbewerb. (vgl. Pleines 2006: 4f)

Manipulierte Privatisierungsauktionen wurden zu einem wesentlichen Kritikpunkt an der Präsidentschaft Kučmas. Die Bevölkerung begann die Auktionen als Ausverkauf staatlichen Eigentums an die Oligarchen zu sehen. Die politökonomischen Seilschaften traten immer deutlicher hervor, was wachsenden Unmut in der Bevölkerung hervorrief.

4.5. Die Spaltung der Elite

Im November 2000 fand ein Ereignis statt, das die gesamte politische Landschaft der Ukraine verändern sollte und Kučmas Popularität erheblichen Abbruch tat. Der regierungskritische Journalist Heorhiy Gongadze war entführt und ermordet aufgefunden worden. Die Ermordung eines Journalisten war im gesamten GUS-Raum kein seltenes Vorkommnis. Bald darauf eröffnete aber Oleksandr Moroz, Vorsitzender der Sozialistischen Partei der Ukraine und politischer Gegner Kučmas, dass ihm Tonaufnahmen zugespielt worden waren, auf denen angeblich zu hören sei, wie der Präsident sein Einverständnis zur Ermordung Gongadzes gibt. Die Tonaufnahmen waren von Mykola Melnyčenko, einem Major der ukrainischen Staatssicherheit, aufgezeichnet worden. Die Ermordung Gongadzes und das „Tonbandskandal“, das als „Kučmagate“ bezeichnet wird, wurden bis heute nicht aufgeklärt. (vgl. Åslund 2006: 14ff)

Das Verschwinden des Journalisten stieß auf große internationale Aufmerksamkeit, und die Tonaufnahmen lösten einen Aufschrei in der ukrainischen Gesellschaft hervor. Zwar kann nicht behauptet werden, dass die Bevölkerung sofort glaubte, dass die Ermordung Gongadzes tatsächlich auf das Konto der Regierung ging, da es zahlreiche Ungereimtheiten gab, doch

sanken die Beliebtheitswerte Kučmas in Folge dessen drastisch. Einige politische AkteurInnen, die im Parlament vertreten waren, aber nicht zu Kučmas Lager gehörten, nutzten diese Chance.

Oleksandr Moroz rief gemeinsam mit der ehemaligen Energieministerin Julia Tymošenko im Jahr 2001 schließlich die Protestbewegung „Ukraine ohne Kučma“ ins Leben, die mehrere tausend Menschen mobilisieren konnte. Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeitserklärung kam es in Kiew zu nennenswerten Straßenprotesten mit über 30.000 TeilnehmerInnen. Diese wurden jedoch unter Anwendung polizeilicher Gewalt niedergeschlagen (vgl. Luckfield 2007: 4f) Die Bewegung erreichte ihr Ziel – die Absetzung Kučmas – nicht, aber die Elite spaltete sich und eine im Vergleich zu den Vorjahren stabile Opposition konnte sich formieren. Der reformistische Teil der politischen Führung, repräsentiert durch den ehemaligen Premierminister und Präsidenten der Ukrainischen Nationalbank Viktor Juščenko, konnte anfangs nicht die Unterstützung der Bevölkerung mobilisieren. Dies änderte sich aber, nachdem Julia Tymošenko zur Bildung eines gemeinsamen Wahlblockes aufrief. Der Zusammenschluss ihres Wahlblocks „*Blok Julii Tymošenko*“ (kurz BJUT), Oleksandr Moroz’ *Sozialistischen Partei* und Juščenkos Partei *Naša Ukraïna* (Unsere Ukraine) sollte es ermöglichen, Kučmas Fraktion bei den Parlamentswahlen 2002 zu schlagen. Der Wahlblock stand auf sehr wackligen Beinen, und die einzelnen Parteien betrieben getrennt voneinander Wahlkampf, doch schnitten sie auch trotz erneuter Ungereimtheiten im Wahlakt nicht schlecht ab. „Unsere Ukraine“ erhielt 33% der Sitze im Parlament, die Sozialistische Partei und der Block Tymošenko ungefähr 10%. Den Löwenanteil erhielt allerdings der Block „*Für eine geeinte Ukraine*“, in dem die herrschende Elite repräsentiert war. Als Reaktion auf die Erstarkung der Opposition hatte die Regierung begonnen, ihre Kontrolle über die Massenmedien weiter anzuziehen. Juščenko und anderen oppositionelle PolitikerInnen wurde entweder der Zugang zu den Medien verweigert, oder sie wurden zum Ziel sehr einseitiger Berichterstattung. Dies führte jedoch dazu, dass vor allem Viktor Juščenko eine radikalere Position gegenüber der führenden Elite einnahm. (vgl. Karatnycky 2006: 34f)

4.5.1. Die separate Realität der herrschenden Elite

Der Skandal um den Auftragsmord an Heorhiy Gongadze und die Korruption der Oligarchen hatte die Ukraine in eine politische Krise gesteuert, die die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der politischen sowie sozioökonomischen Situation offenlegte. Die Beliebtheit des amtierenden Präsidenten Kučma sank immer weiter, während die Unterstützung für die

Opposition immer stärker wurde. „Kučmagate“ hatte aber noch etwas anderes ans Tageslicht befördert: die Realität, in der sich die herrschende Elite bewegte, schien vollkommen abgetrennt von jener zu sein, in der sich der Rest der Bevölkerung befand.

„*Ukraine's ruling elite had been living in a world separate from society.*“ (Kuzio 2006: 45)

Eliten und Nicht-Eliten schien eine entkoppelte Existenz zu führen, deren einzige Symbiose Wahlen waren. Der Politologe Mykola Rjabčuk beschreibt dieses Phänomen als „Zone der Entfremdung“, und benutzt damit einen Begriff, der sich eigentlich auf die Sperrzone um das Kernkraftwerk Černobyl' bezieht. (vgl. Bredies 2005: 120f) Dennoch erscheint der Terminus passend.

Wie ich in vorangegangenen Kapiteln versucht habe aufzuzeigen, wurden der gesamte Transformationsprozess und der politische Raum von der herrschenden Elite kontrolliert und gesteuert. Diese war nicht immer auf demokratischem Wege an die Macht gekommen und sah sich nur sporadisch mit der Notwendigkeit konfrontiert, sich Legitimation durch die Gesellschaft einzuholen. Durch den korrupten Privatisierungsprozess, der von 2000 bis 2004 andauerte, und durch die Vetternwirtschaft Präsident Kučmas verfügte die herrschende Elite nicht nur über politische, sondern auch über finanzielle Ressourcen und somit über große Macht. Die Lebensrealität der breiten Bevölkerung war ihr weitgehend fremd. (vgl. Kuzio 2006: 53f)

In den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch der UdSSR beteiligten sich die Bewohner der Ukraine kaum an der Schaffung zivilgesellschaftlicher Organisationsformen, die sich für die Interessenvermittlung oder Protest- und Kontrollaktionen gegenüber dem Staat eingesetzt hätten. Dies lag an den geringen organisatorischen Ressourcen der Bevölkerung, der schwierigen sozioökonomischen Lage der 1990er und an der Tatsache, dass 70% der UkrainerInnen nicht der Meinung waren, durch öffentliche Proteste die Situation in Politik beeinflussen zu können. Zwar wurde die Regierung – allen voran Präsident Kučma – seit 2000 größtenteils als korrupt oder kriminell wahrgenommen, doch hemmte die politische Apathie der Bevölkerung ihrer Fähigkeit, gestaltend am politischen Leben teilzunehmen. (vgl. Luckfield 2007: 3f)

Dies änderte sich jedoch durch die „Ukraine ohne Kučma“-Bewegung und die Parlamentswahlen im Jahr 2002. Innerhalb des politischen Regimes, das fast unangreifbar und monolithisch gewirkt hatte, hatte sich eine Spaltung vollzogen. Viktor Juščenko war aus den Reihen der Elite als Oppositionskandidat hervorgegangen, dem durchaus die Chance auf den Wahlsieg zugesprochen werden konnte. Dies löste auch bei der Bevölkerung die Bildung eines neuen politischen Bewusstseins aus.

Die UkrainerInnen waren unzufrieden mit dem Systemwandel. Sie hatten sich steigenden Wohlstand und mehr soziale Gerechtigkeit von der Transformation erwartet, erhielten oftmals aber das genaue Gegenteil. Diese Spaltung der Elite, die ständig weiter fallenden Beliebtheitswerte des amtierenden Präsidenten und die neu erweckte Bereitschaft der frustrierten Bevölkerung, sich für einen Regimewandel einzusetzen, führten zu einer Phase der Liberalisierung im Regimezyklus und zu den wohl relevantesten politischen Ereignissen in der Ukraine seit der Unabhängigkeitsbewegung in den späten 1980er Jahren. (vgl. Bredies 2005: 116f)

5. Die Präsidentschaftswahlen 2004

Zahlreiche Untersuchungen haben sich mit Farbrevolutionen im post-sozialistischen Raum beschäftigt. Die Großteils friedlich ablaufenden öffentlichen Proteste gegen autoritäre Regime und Scheindemokratien werden meist als spontane Aufstände der Zivilgesellschaft interpretiert, die die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft zum Ziel haben und Farben oder Blumen als gemeinsames Erkennungsmerkmal wählen. An dieser Sicht der Dinge wurde aber bereits Kritik geäußert, die die Spontaneität der Bewegungen in Frage stellt. Externe sowie interne Faktoren spielen bei der Formierung zivilgesellschaftlicher Proteste durchaus eine Rolle. Anselm Weidner (2007) beispielsweise untersucht in seinem Artikel „Diktatorensturz und Demokratieexport – Die junge Internationale als fünfte Kolone?“ den Einfluss der USA auf die Jugendorganisationen wie „Otpor“ in Serbien und „Pora!“ in der Ukraine, die tragende Akteure der Farbrevolution gewesen waren. Die Impulse und Anleitungen zur gewaltfreien Selbstorganisation, die für Farbrevolutionen typisch werden sollte, erhielten sie von US-amerikanischen Einrichtungen der Demokratieförderung, wie dem *National Endowment for Democracy*, dem *Albert Einstein Institute* oder der *George Soros Foundation*. (vgl. Weidner 2007: 1097f)

Viele UkrainerInnen hielten die Vorkommnisse im Herbst 2004 für eine vom Ausland „initiierte“ Manipulation, die medienwirksam inszeniert worden war. Aus dieser Sicht haben kritische Bemerkungen bezüglich der zweifelhaften „revolutionären“ Natur der ukrainischen Farbrevolution durchaus ihre Berechtigung. Die Stimmung am Kiewer Unabhängigkeitsplatz während der Orangen Revolution kann nicht als Maßstab für die Befindlichkeit in allen Regionen der Ukraine genommen werden.

Im Gegensatz dazu soll im Rahmen dieser Diplomarbeit aber der Frage nachgegangen werden, welche internen Kräfte und Bedingungen Einfluss auf die Formierung der sozialen Bewegung in der Ukraine genommen haben und welche persönlichen Interessen sie am Umsturz des Kučma-Regimes hatten.

Die Herausbildung eines oppositionellen Lagers, das aus der herrschenden Elite selbst stammte, als geeinte Front auftrat und schließlich eine Gegenelite bildete, legte den Grundstein für die Selbstorganisation der Bevölkerung. Die Menschen begannen daran zu glauben, dass die „orangen“ Kräfte tatsächlich in der Lage sein könnten, das unbeliebte Regime Kučma zu zerschlagen. Die Tatsache, dass sich Gegenspieler aus dem „Block der

Macht“ selbst hervorgetan hatten, ließ die Führungsschicht des Landes nicht mehr so unangreifbar wirken. (vgl. Kuzio 2006: 46f)

Bald wurde offensichtlich, dass die Präsidentschaftswahlen 2004 durchaus eine Zäsur in der politischen Geschichte des Landes darstellen könnten. Ob dies tatsächlich der Fall war und es sich um einen faktischen Paradigmenwechsel handelte, oder ob es sich beim Kurswechsel nur um eine ausgehandelte Elitenstrategie handelte soll im Folgenden analysiert werden.

Leonid Kučma hätte bedingt durch den Entscheid des Verfassungsgerichtes für eine dritte Amtszeit als Staatspräsident der Ukraine kandidieren können, lehnte diese Möglichkeit aber aufgrund seiner sehr niedrigen Beliebtheitswerte ab. Jedoch entschied er sich dafür, einen „politischen Nachfolger“ zu bestimmen – Viktor Janukovič, seinen gegenwärtigen Ministerpräsidenten und ehemaligen Gouverneur des Donezker Oblasts (1997 – 2002). Zwar gab es noch 22 weitere Kandidaten für die Präsidentschaftswahl, doch kristallisierte sich schnell heraus, dass der Wahlkampf zwischen ihm und dem oppositionellen Viktor Juščenko ausgetragen werden würde. (vgl. Kappeler 2009: 282f) Es stellt sich nun die Frage, wo sich die Großunternehmer der Ukraine zu diesem Zeitpunkt positionierten. Wie bereits in vorangegangenen Kapiteln aufgezeigt, konnten sie durch den Transformationsprozess und durch die Übernahme kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen neoliberaler Prägung großen ökonomischen und politischen Einfluss erlangen. Sie waren durch Seilschaften eng mit AkteurInnen in der Regierung verbunden und schafften es sogar, selbst in politische Ämter gehoben zu werden. Die Spaltung der Regierung und die Formierung zivilgesellschaftlicher Bewegungen hatten unweigerlich Konsequenzen für die Oligarchen. Bevor ich näher darauf eingehe, welche Auswirkungen die politischen Entwicklungen auf die Großunternehmer des Landes hatte, sollen die wichtigsten AkteurInnen der Orangen Revolution, ihre Verbindungen zur Politik und Wirtschaft im Jahr 2004 und ihre unterschiedlichen Interessenslagen dargestellt werden, beginnend mit dem Lager Kučma-Janukovič.

5.1. Die politischen Lager der Ukraine im Herbst 2004

Leonid Kučma

Leonid Kučma, der zweite Präsident der Ukraine, hatte an der Universität in Dnipropetrowsk Raketentechnik studiert und war mehrere Jahre beruflich in diesem Bereich tätig gewesen. Er hatte in Rüstungsbetrieben hohe Managementpositionen bekleidet. Bereits vor dem

Zusammenbruch der UdSSR war er als hochgestelltes Mitglied der kommunistischen Partei zur politischen Elite des Landes zu zählen.

Auffällig ist, dass Kučma während der gesamten Dauer seiner politischen Karriere enge Beziehungen zu den Unternehmenselite des Landes unterhalten hatte, die sich seit den späten 1980er und frühen 1990er Jahren branchenübergreifend zu drei großen Clans zusammenschlossen hatten: dem Dnipropetrowsker, dem Donezker und dem Kiewer. (vgl. Pleines 2008a: 52f) Diese drei Vereinigungen sind vor allem im Energiesektor, im Bereich der Rohstoffverarbeitung, in der Metallurgie und in Medienunternehmen involviert. Diese Industriezweige sind die bedeutendsten des Landes. Kučma sicherte ihre Machtpositionen und balancierte sie gleichzeitig aus.

Der Dnipropetrowsker Clan

Der Dnipropetrowsker Clan, der hauptsächlich aus Rüstungsbetrieben besteht, setzt sich aus fünf Untergruppen zusammen und ist auffällig heterogen, da seine Repräsentanten nicht immer dieselben politischen Ziele verfolgen.²

Die **Gruppe Pinčuk**, die von Viktor Pinčuk – dem Schwiegersohn Leonid Kučmas – angeführt wird, ist darunter wohl die größte. Pinčuk war von 2000 bis 2004 offizieller Berater des Präsidenten, und verfügt über ein Vermögen von circa 1,3 Mrd. US-Dollar. Ihm gehören 65% der Aktien der Holding „Interpipe“. Dieses Engagement fasst vor allem Unternehmensbeteiligungen in der Metallindustrie zusammen, unter anderem werden Piplinerohre hergestellt. Des Weiteren gehören die Bank „Kredit-Dnipro“ und einige auf Zypern registrierte Unternehmen zum Holding. Im Medienbereich wurden ebenfalls Investitionen getätigt. Drei mittelgroße Fernsehsender – darunter auch der Kanal ICTV – und eine Tageszeitung wurden erworben. Zur Gruppe gehört weiters der Netzwerkanbieter Kyivstar GSM. Die Holding unterhält enge Beziehungen zur russischen Finanz-Industriegruppe „Alfa“. (vgl. Ukraine-Analysen 08/06: 11f)

Die **Gruppe Derkač**, die von *Leonid Derkač* – einem langjährigen Freund Kučmas – und seinem Sohn *Andrej* geleitet wird, hält vor allem Beteiligungen an Medienunternehmen. Sie leitet die Holding „Ukrainskaya press-gruppa“, und kontrolliert damit drei Tageszeitungen, eine Wochenzeitung, eine Fernsehzeitung, eine Wirtschaftszeitung und das Internetportal „Wersii“. Andrej Derkač gehört dem Beirat der Fernsehgesellschaft „Era“ an, er ist Mitglied des Führungsorgans der Partei „Werkstätige Ukraine“ und der Kučma-nahen Gruppierung „Für

² Sofern nicht anders angegeben finden sich alle hier verwendeten Daten bei Schneider 2005: 127ff.

eine einige Ukraine“. Außerdem unterhält er gute Beziehungen zum russischen Strommonopolisten „JeES Rossii“. Leonid Derkač, der im Jahr 2000 Vorsitzender des Ukrainischen Sicherheitsdienstes war, wurde im Februar 2001 in Zusammenhang mit der Ermordung des Journalisten Gongadze von Kučma entlassen.

Die **Gruppe Prywatbank**, die von *Sergej Tihipko* 1992 gegründet wurde, hatte es durch geschickte Finanzspekulationen geschafft, zu einer der größten Banken der Ukraine zu werden. Ihre Beteiligungen konzentrieren sich vor allem auf die Metall- und Erdölindustrie, sie unterhält aber auch einige Betriebe in der chemischen Industrie, im Lebensmittel- und Baubereich und hat Beteiligungen an der größten ukrainischen Ölfirma „Urknafra“. *Sergej Tihipko* war von 1999 bis 2000 von Leonid Kučma zum Wirtschaftsminister ernannt worden. Des Weiteren konnte er sich einen Platz im Parlament sichern, den er in den Wahlen von 2002 verteidigen konnte.

Die **Gruppe Kučma**, die vom Präsidenten selbst geleitet wird, setzt sich vor allem aus Rüstungsbetrieben im dem Süden und dem Osten des Landes zusammen. Enge Beziehungen zur Raumfahrtindustrie und zum militär-industriellen Komplex Russlands werden unterhalten, obwohl diese auf dem Weltmarkt Konkurrenten darstellen.

Die **Gruppe Tymošenko** hatte sich ursprünglich Mitte der 1990er Jahre um den ehemaligen Regierungschef *Pawlo Lasarenko* (seine Amtszeit dauerte von Mai 1996 bis Juli 1997) formiert, der die „Vereinigten Ukrainischen Energiesysteme“ (JeESU) gemeinsam mit *Julia Tymošenko* gegründet hatte. Das Unternehmen handelte mit Gas aus Sibirien und hatte daher enge Beziehungen zur russischen GAZPROM. Lasarenko und Tymošenko hatten ursprünglich das Ziel, den Gasmarkt zu monopolisieren. Lasarenko sah sich 1997 aber aufgrund von Vorwürfen des Betruges und der Geldwäsche gezwungen, das Land zu verlassen und reiste in die USA. Er sollte 2004 in Kalifornien von einem Gericht in 29 Anklagepunkten schuldig gesprochen werden. So führte Julia Tymošenko, die Wirtschaftswissenschaften an der Staatsuniversität in Dnipropetrowsk studiert und als Wirtschaftsingenieurin tätig gewesen war, das Unternehmen bis Ende 1997 weiter und erwirtschaftete einen Jahresumsatz von circa 10 Mrd. US-Dollar. Zu Tymošenkos Einflussbereich gehörten 35 Zeitungen, einige Radiostationen und Informationsagenturen. JeESU wurde Ende 1997 aufgelöst. Grund dafür sind wahrscheinlich die fortlaufenden Vorwürfe der Geldwäsche. Von 1999 bis 2001 wurde sie daraufhin unter Premierminister Juščenko zum für den Brennstoff- und Energiekomplex zuständigen Vizepremier ernannt. Nach der Entlassung der Regierung Juščenko gründete Julia Tymošenko daraufhin die Partei „Allukrainische Union Vaterland“. Im Rahmen der Parlamentswahlen 2002 schloss sie sich

mit der Ukrainischen Sozialdemokratischen Partei, der Ukrainischen Volkspartei „Sammlung“ und der Ukrainischen Republikanischen Partei zusammen und gründete den „*Blok Julii Tymošenko*“ (BJUT), der oppositionell zu Kučma stand. (vgl. Popov, Milstein 2006: 102ff)

Viktor Janukovič

Viktor Janukovič, der Leiter der Administration des Gebietes Donezk, wurde im November 2002 zum Regierungschef ernannt. Janukovič hatte das Polytechnische Institut Donezk als Ingenieur für Maschinenbau abgeschlossen, und arbeitete als Autoschlosser und Mechaniker. Er konnte sich hocharbeiten und nahm vor dem Beginn seiner politischen Karriere zwanzig Jahre lang in Industrieunternehmen führende Stellungen ein. Er hielt seinen Posten als Premier zwei Jahre inne – was im Vergleich zu seinen Vorgängern erstaunlich lange war – und wurde als politischer Nachfolger Kučmas ausgewählt. Janukovič ließ sich 2004 als Präsidentschaftskandidat aufstellen und wurde zu einem sehr polarisierenden Charakter der ukrainischen Politik. In einigen Teilen des Landes – vornehmlich bei der russischsprachigen Bevölkerung im Osten – erfreute sich Janukovič gewisser Beliebtheit. Jene Wähler, die sich auf die Seite der oppositionellen Kräfte stellten, sahen in ihm aber nur das Fortleben des Kučma-Regimes. Es war für die Opposition auch nicht schwierig, Janukovič bestimmte Dinge anzukreiden: Er ist vorbestraft, weil er in seiner Jugend zwei Gewaltdelikte verübt hat. Und obwohl er Doktor der Wissenschaften, Professor und ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften ist, wurden seine intellektuellen Fähigkeiten im Wahlkampf 2004 in Frage gestellt, weil er Slangausdrücke benutzte und das Wort „Professor“ auf seinem Antrag zur Präsidentschaftskandidatur falsch geschrieben hatte. (vgl. Kuzio 2006: 59f) Außerdem sprach er nur schlecht Ukrainisch, was ihm bei den Wählern im Westen des Landes keine zusätzlichen Sympathien einbrachte.

Janukovič hatte aber einige Vorteile. Die Wirtschaftselite des Oblasts Donezk stand hinter ihm, ebenso wie die administrativen Ressourcen Kučmas und dessen Verbindungen zur Elite in Dnipropetrowsk.

Der Donezker Clan

Der Donezker Clan ist homogener als jener aus Dnipropetrowsk. Er entstand bereits Ende der 1980er Jahre und setzt sich vor allem aus metallurgischen und kokschemischen Betrieben

sowie Maschinenbauindustrien zusammen. Auch mehrere Kohlebergwerke gehören zur Holding. Diese Industrien stellten – vor allem in der Phase nach der Unabhängigkeit – die wichtigsten Ökonomiebereiche der Ukraine dar.

1995 gründeten einige der regionalen Eliten in Donezk die **Industrial Union of Donbas** (Industrialnij Sojuz Donbassa - ISD), der es in den folgenden Jahren gelang, die Kontrolle über die Erdgasversorgung in der Region zu erlangen. Die daraus resultierenden Finanzströme wurden hauptsächlich in die Metallindustrie investiert. Stahlproduzenten in der gesamten Ostukraine wurden erworben. Des Weiteren wurden Anteile der Lebensmittelindustrie, in der Gastronomie und im Transportwesen angekauft. *Vitalij Hajduk* und *Serhij Taruta* konnten sich nach der Ermordung des ursprünglichen Gründers Bragin als Leiter der Holding etablieren, Hajduk wurde später zum stellvertretenden Premier mit der Zuständigkeit für den Brennstoff- und Energiekomplex (2001 – 2002). Die tatsächliche Eigentümerstruktur der ISD ist aber relativ undurchsichtig. (vgl. Ukraine-Analysen 08/06: 11f)

System Capital Management (SCM) existiert seit 2000 als Teil des Donezker Clans und fasst die Unternehmensbeteiligungen von *Rinat Achmetow* zusammen, dem reichsten Mann der Ukraine, der in enger politischer Verbindung zu Viktor Janukovič steht. SCM ist mit über 160,000 Angestellten das größte Unternehmen des Landes. Vor allem Firmen in der Metallindustrie gehören zur Holding, ebenso wie Kohle- und Eisenerzbergwerke. Obwohl Achmetow zu Beginn eine enge Zusammenarbeit mit ISD anstrebte, stehen die beiden Unternehmen mittlerweile in Konkurrenz zueinander. (vgl. Åslund 2006: 17ff)

Auf Grund seiner starken ökonomischen Basis hat der Clan einige Male versucht durch die Initiierung von Bergarbeiterstreiks Einfluss auf die Politik zu nehmen. Im Jahr 1998 hatte Kučma mit dem Donezker Clan daher eine Vereinbarung getroffen: sofern sich die dortigen Oligarchen aus der Politik heraushalten, ihn aber in seinem Wahlkampf unterstützen, würde er nicht nachfragen, woher die Gelder stammten, über die der Clan verfügte. Nicht nur 1999, sondern auch 2002 votierte daraufhin das gesamte Gebiet Donezk als einzige Region der Ukraine mehrheitlich für die Vereinigung „Für eine einzige Ukraine“, die Kučma nahe stand.

Der Kiewer Clan

Der Kiewer Clan wird nach außen hin von *Viktor Medvečuk* und *Hrihorij Surkis* angeführt, verfügt aber über kein erkennbares zentrales Unternehmen und ermangelt Transparenz. Viele der beteiligten Unternehmen werden von anderen Oligarchen oder dem Staat geleitet. Der Kiewer Clan besitzt die drei größten Fernsehstationen des Landes: Inter, 1+1, und den

öffentlichen Sender UT-1. Des Weiteren verfügt die Gruppe über Anteile an Ö raffinerien und Werten, sie kontrolliert Häfen und Freihandelszonen und steht hinter der Ukrainischen Börsen-Assoziation. Viktor Medvečuk war bis Ende 2004 Leiter der Präsidentialadministration und ist Vorsitzender der „Vereinigten Sozialdemokratischen Partei der Ukraine“. Medvečuk unterhielt sehr enge Beziehungen zu Kučma. (vgl. Kowall, Zimmer 2002: 11f)

Als Kučmas Beliebtheitswerte immer weiter abfielen, begann sich Janukovič vom noch amtierenden Präsidenten zu distanzieren. Dennoch nutzte er dessen Ressourcen und Verbindungen weiterhin für sich und seinen Wahlkampf.

Auffällig ist aber, dass von den Oligarchenclans nur SCM, Interpipe und die Kiewer Gruppe Janukovič offen unterstützten. Namentlich sind hierbei vor allem Rinat Achmetov und Viktor Medvečuk zu nennen. Andere Untergruppen, wie etwa Prywatbank, Leonid Derkač und ISD, blieben zumindest nach außen hin durchwegs neutral. Dies kann damit zusammenhängen, dass Leonid Derkač im Zuge des „Tonbandskandals“ aus der Regierung Kučma entlassen worden war, und mit dem Präsidenten seither kein so enges Verhältnis mehr pflegte. Andrej Derkač erklärte sich daraufhin seinem Vater gegenüber loyal und kehrte Kučma den Rücken. ISD befand sich seit Mitte der 1990er Jahre in Konkurrenz mit SCM, und musste am Markt häufig zurückstecken. Daher ist es wahrscheinlich, dass ISD auf Juščenko setzte, da man darauf hoffte dass dieser neue Wettbewerbsbedingungen schaffen würde. Überraschend ist, dass auch Kučmas Schwiegersohn Viktor Pinčuk Juščenko gewisse Formen von Unterstützung zukommen ließ. Die russische Finanzgruppe „Alfa“, die enge Beziehungen zur Gruppe Pinčuk hegte, schien Juščenko als Präsidentschaftskandidat ebenfalls zu favorisieren. Dieses Verhalten der Eliten kann damit zusammenhängen, dass starke interne Interessenskonflikte existierten und die Kučma-loyalen Gruppen nun befürchteten, in einer Ukraine unter Janukovič auf irgendeine Art und Weise benachteiligt zu werden, und daher versuchten, beide Präsidentschaftskandidaten zu unterstützen. Somit setzten sie auf zwei Pferde gleichzeitig, und konnten im Ernstfall umsatteln. (vgl. Åslund 2006: 18f und Hale 2005: 151f)

Viktor Juščenko

Das Kučma-Janukovič Team setzte massive administrative Ressourcen ein, dennoch konnte sich Viktor Juščenko – ehemaliger Vorsitzender der Ukrainischen Nationalbank (1993-99) und Premierminister (1999-01) – aus der politischen Elite heraus als Oppositionskandidat

herauskristallisieren. Er hatte es geschafft, eine signifikante Zahl an Sitzen im Parlament bei den Wahlen 2002 zu gewinnen und als annehmbare Alternative für jene Parteien zu gelten, die sich nicht hinter das Regime Kučma stellen wollten. (vgl. Hale 2005: 151f)

So standen sich zwei sehr polarisierende Kandidaten gegenüber. Im Gegensatz zu Janukovič wurde Juščenko als „sauberer“, charismatischer Politiker angesehen, der fließend Ukrainisch sprach und dem die wirtschaftliche Erholung des Landes seit dem Jahr 2000 angerechnet wurde. Obwohl er als Vorsitzender der Ukrainischen Nationalbank mit schwierigen Situationen kämpfen musste, hatte er einen kompetenten Eindruck hinterlassen. Außerdem hatte er in seiner Periode als Ministerpräsident versucht, die Korruption der Privatisierungsauktionen einzudämmen und den Einfluss ukrainischer Finanzinvestoren einzuschränken. Er hatte auch ausländische Bieter zu einer Teilnahme motiviert, und übte gleichzeitig Druck auf den Fond für Staatsvermögen aus, diese Strategie zu akzeptieren. In dieser Phase fanden fünf große Privatisierungsauktionen statt, die dem Staat 0,4 Mrd. US-Dollar eingebracht hatten. Im Vergleich dazu führte Viktor Janukovič in seiner Amtszeit als Premier zehn große Auktionen durch, die 1,6 Mrd. US-Dollar erwirtschaftet hatten. (vgl. Pleines 2006: 5f)

Juščenko wurde von der Bevölkerung nicht mit Korruption assoziiert, da er im Unterschied zu seinem Gegenkandidaten keinerlei offensichtliche Verbindungen zu oligarchischen Gruppen hegte. Die Oligarchie und Korruption unter Kučma waren der Bevölkerung ein Dorn im Auge, und einer der stärksten Kritikpunkte in den „Ukraine ohne Kučma“-Kampagnen. Ein Präsidentschaftskandidat, der sich außerhalb der oligarchischen Netzwerke bewegte, kam den Menschen gerade recht. Allerdings war auch Juščenko nicht vollkommen unabhängig von der Wirtschaftselite.

Bedingt durch den Druck, dem er durch die amtierende Regierung ausgesetzt war, sah sich Juščenko veranlasst, ein Bündnis mit **Julia Tymošenko** einzugehen. Diese Koalition war von ausschlaggebendem Wert für die Kandidatur Juščenkos, da er somit eine größere Gruppe von radikalen Oppositionellen und zivilgesellschaftlichen Grasroot-Organisationen ansprechen konnte. (vgl. Karatnycky 2006: 37f) Wie bereits erwähnt hatte Julia Tymošenko ein Vermögen im Gashandel gemacht und war Teil des Dnipropetrowsker Clans. Sie hatte sich als Gegenspielerin Kučmas profiliert, und war in der Regierung Juščenko an der Ausformulierung marktwirtschaftlicher Reformvorschläge beteiligt gewesen, die die oligarchischen Strukturen ernsthaft hätten schwächen können. Im Jahr 2001 hatte sie sich einige Wochen lang in Untersuchungshaft befunden, da ihr Steuerhinterziehung und ähnliche Vergehen vorgeworfen wurden. Ihre oppositionelle Haltung zu Kučma schien aber eher der

Grund dafür zu sein. Da Julia Tymošenko seit 1996 politisch tätig war und sich klar gegen Kučma aussprach, schien oftmals vergessen zu werden, dass sie ebenfalls zu den Oligarchen des Landes zählt. (vgl. Popov, Milstein 2006:118ff)

Julia Tymošenko war aber nicht das einzige Mitglied der Wirtschaftselite, das sich auf die Seite Viktor Juščenkos stellte. Bereits in den Parlamentswahlen im Jahr 2002 wechselten mehrere Oligarchen in die Opposition, darunter auch **Petro Porošenko**. Der aus dem Oblast Odessa stammende Großunternehmer, der in den 1990er Jahren verschiedene große Privatunternehmen geleitet hatte und stellvertretender Direktor der Vereinigung „Kleiner Unternehmer und Unternehmen“ gewesen war, hatte sein Vermögen in der Lebensmittelindustrie gemacht. Seine Firma „Ukrprominvest“ stellt Konditoreiwaren her. Aus diesem Grund hat er auch den Beinamen „Schokoladenkönig“. Er kontrolliert des Weiteren Betriebe im Automobilssektor, besitzt Aktien einer Schiffswerft und ist Inhaber der Mrija-Bank. Der Fernsehsender „Kanal 5“ gehört ebenfalls ihm. Damit ist er einer der reichsten Männer der Ukraine. Von Oktober 1998 bis Februar 2002 war er Mitglied des Politbüros der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei – eine jener Parteien, die von Oligarchen aufgekauft worden war. Vom März bis November 2001 war er Vorsitzender der *Partei der Regionen* – der Partei Viktor Janukovičs. Daraufhin wechselte er das politische Lager und ist seitdem Mitglied der Partei *Naša Ukraïna* (Unsere Ukraine), der Partei Viktor Juščenkos. Er finanzierte auch dessen Wahlkampf im Rennen um das Präsidenschaftsamt 2004 und die Demonstrationen am Kiewer Unabhängigkeitsplatz, dem Majdan Nesalešnosti. Außerdem ist er der Taufpate von Viktor Juščenkos Kindern. Neben Julia Tymošenko war Porošenko Anwärter auf das Amt des Premiers. (vgl. Umland 2006: 14f und Schneider 2005: 128f)

Auch **Andrej Derkač**, der dem Dnipropetrowsker Clan angehört, trug zur Orangen Revolution bei. Sein Fernseh- und Radionetzwerk „Era“ berichtete ebenfalls über die Proteste in Kiew – zwar nicht auf so provokative Weise wie Porošenkos „Kanal 5“, doch wurden relativ objektive Informationen über die politische Situation im Land und die orange Bewegung geliefert. (vgl. Hale 2005: 153f) Auch David Žvanya und Mykola Martynenko, die in Atomkraft investiert hatten, und Yevhen Červonenko, ein großer Transportunternehmer aus Kiew, stellten sich gemeinsam mit vielen Klein- und Mittelunternehmen (KMU) auf die Seite Juščenkos.

5.2. Die Orange Revolution

Zur Kontextualisierung werden nun die wichtigsten Etappen der Orangen Revolution nachgezeichnet.

Der Wahlkampf von 2004 war der wohl bis dato schmutzigste der jüngeren ukrainischen Geschichte. Während Viktor Juščenko von seinem Kontrahenten als „Nazi“, „bourgeoiser Nationalist“ oder Marionette der USA dargestellt wurde (Juščenko ist mit einer Amerikanerin verheiratet), der eine schlechte Wahl für den russischsprachigen Teil der Bevölkerung wäre, wurde Janukovič als Krimineller porträtiert, der wiederum nur eine Marionette Vladimir Putins sei. Der russische Präsident hatte Viktor Janukovič tatsächlich seine Unterstützung ausgesprochen, und sich im Laufe des Jahres fast zehn Mal mit ihm und Leonid Kučma getroffen. Dies hatte vor allem bei westlichen Beobachtern einige Skepsis hervorgerufen. (vgl. Kuzio 2006: 57f)

Das Wahlkampfteam Janukovičs griff zu allen möglichen fragwürdigen Mitteln. So gibt es beispielsweise Berichte von tätlichen Angriffen auf Menschen, die Viktor Juščenko offen unterstützten. Als Juščenko selbst im September 2004 schließlich mit einer Dioxinvergiftung ins Krankenhaus eingeliefert wurde, blieb kein Zweifel mehr daran, dass Janukovič und seine Sympathisanten zu allem bereit waren. Dies führte aber dazu, dass auch Juščenko eine radikalere Position einzunehmen begann und von der Bevölkerung fast als eine Art Märtyrer gesehen wurde.

Der erste Wahldurchgang am 31. Oktober endete damit, dass Juščenko zwar mit einer schmalen Mehrheit gewann, keiner der beiden Kandidaten aber die 50% Hürde erreichte, die für einen Sieg in der ersten Runde notwendig gewesen wäre. Kurz darauf drückte die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ihre Befürchtungen aus, dass die Wahl nicht unter ganz fairen Bedingungen abgelaufen war. Am 21. November wurde der zweite Wahldurchgang durchgeführt und Viktor Janukovič als Sieger ausgerufen. Wahlbeobachtungsorganisationen meldeten aber massive Unregelmäßigkeiten, und Viktor Juščenko erklärte sich selbst zum Gewinner. Am 22. November begannen sich die ersten Demonstranten auf Kiews zentralem Platz, dem Majdan, zu versammeln. Die Proteste, die in den nächsten Wochen folgen sollten, waren die größten seit 1991. Auch Menschen, die außerhalb Kiews lebten, strömten in die Hauptstadt, um sich an den Demonstrationen zu beteiligen. Die meisten stammten aus der Westukraine. Das oppositionelle Lager hatte bereits zuvor die Farbe Orange gewählt, um sich von den nationalen Farben der Ukraine (Gelb und Blau) abzugrenzen, nun wurde Orange auch das Erkennungsmerkmal der Demonstranten. Im

Gegensatz dazu hatte das Team Janukovič für den Wahlkampf die Farben Weiß, Rot und Blau gewählt – jene Farben, die sich auch in der russischen Flagge finden.

Per Gerichtsbeschluss war es den Ordnungshütern verboten worden, die friedlich protestierenden Personen an der Ausübung ihres demokratischen Demonstrationsrechtes zu hindern. Die zivilgesellschaftliche Bewegung war also rechtlich abgesichert und konnte sich voll entfalten. (vgl. Diuk 2006: 80ff)

Eine der ersten Elitengruppen, die sich zu Beginn der Orangen Revolution auf die Seite Juščenkos stellte war die Kiewer Stadtverwaltung, die die Demonstrationen unterstützte indem sie den Verkehr umleiten ließ. Zwischen dem Bürgermeister Kiews, Oleksandr Omelčenko, und den Oligarchen Viktor Medvečuk und Hryhory Surkis, die der Kiewer Gruppe angehörten, gab es seit Jahren Spannungen. Omelčenko konnte Juščenko zwar nicht offen unterstützen, fand aber Wege „to avoid helping Yanukovych too much.“ (Hale 2005: 154) Omelčenko tat dies, indem er die Proteste am Maidan indirekt unterstützte und beispielsweise den Verkehr umleiten ließ. Auch der Security Service, das Militär und die Polizei stellten sich auf die Seite Juščenkos.

Die Selbstorganisation der Bevölkerung unter der Leitung der Jugendorganisation „Pora!“ (Es ist Zeit!) war beachtenswert: man errichtete eine Zeltstadt am Majdan und verteilte warme Kleidung und Medikamente an die Menschen. Das Essensangebot am Platz war fast übergroß. Musikgruppen gaben Konzerte, Abgeordnete des Europäischen Parlaments hielten Reden und sprachen ihre Unterstützung für die Menschen am Majdan aus. Nach nur wenigen Tagen des Protestes wurde der Führung der Orangen Revolution vorgeworfen, von den USA finanziell unterstützt zu werden. (vgl. Kuzio 2006: 59f) Diese Behauptung ist nicht ganz unwahr, obwohl die demonstrierende Bevölkerung sich zu einem hohen Grad selbst versorgte und organisierte. Wie auch schon zuvor in Serbien hatten die soziale Bewegung in der Ukraine von US-amerikanischen Organisationen der *democracy promotion* finanzielle Mittel erhalten. Der Betrag war für beide Länder ungefähr gleich hoch gewesen, obwohl die Ukraine viel größer als Serbien ist, und der friedliche Regimewechsel dort teurer war. Im Gegensatz zu anderen Farbrevolutionen wurde die Bewegung in der Ukraine aber vor allem von Oligarchen – allen voran Petro Porošenko – und mehreren kleineren Geschäftsleuten finanziert. Porošenkos Fernsehsender „Kanal 5“ wurde zum medialen Sprachrohr der Orangen Revolution und leistete einen großen Beitrag. (vgl. Weidner 2007: 1093f)

Auch das Lager Janukovič organisierte Druck von unten. Gegendemonstranten wurden aus den Industrieregionen der östlichen Ukraine nach Kiew gebracht, um sie dort protestieren zu lassen. Diese Demonstranten waren rekrutiert, und wurden teilweise sogar dafür bezahlt, in

Kiew aufzutreten. Ihnen fehlte allerdings jede weitere Motivation. Sei reisten nach ein paar Tagen wieder ab ohne eine nachhaltige Entwicklung provoziert zu haben.

Am 29. November gab der noch amtierende Präsident Kučma schließlich dem öffentlichen Druck nach und setzte erneute Wahlen an. Der 26. Dezember wurde als neuer Termin festgelegt, die Ergebnisse der ersten Wahldurchgänge wurden als nichtig erklärt. Diesmal gewann Viktor Juščenko die Wahl mit 51,99 Prozent. Viktor Janukovič erhielt 44,2 Prozent der Stimmen, und legte daraufhin sein Amt als Premierminister des Landes nieder. Am 23. Jänner 2005 wurde Viktor Juščenko schließlich als neuer Präsident der Ukraine vereidigt. (vgl. Central Election Commission of Ukraine 2011) Julia Tymošenko wurde zur Premierministerin ernannt, Petro Porošenko zum Vorsitzenden des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates.

Ohne den Volksaufstand wäre die Wiederholung der Stichwahl nicht zustande gekommen, und auch die Opposition selbst hätte sich ohne den Rückhalt der zivilen Bewegung nicht auf diese Art und Weise konsolidieren können. Ebenso wenig hätte die Farbrevolution ohne die finanzielle Unterstützung durch oppositionelle Oligarchen wie Porošenko und die KMUs funktioniert. Interessant ist allerdings, dass die Opposition Stimmungen aus der Bevölkerung aufgriff, die sich klar gegen die oligarchischen Machtstrukturen im Land richteten, und versprach, dem Einfluss der Großunternehmer auf die Politik ein Ende zu bereiten, obwohl sie selbst enge Verbindungen zu gewissen Teilen der Oligarchie hegte. Daher traten die Protagonisten der Orangen Revolution unter anderem mit dem Slogan „Banditen ins Gefängnis“ an. (vgl. Pleines 2010: 123f) Es stellt sich aber die Frage, warum ein Teil der Wirtschaftselite, der klar von den Strukturen unter Präsident Kučma profitiert hatte, sich nun gegen das alte Regime wandte. Die Opposition hatte doch schließlich vor, die Oligarchie im Land maßgeblich zu schwächen.

5.2.1 Die Interessenslagen der Eliten

Die beiden politischen Lager in der Ukraine verfolgten unterschiedliche Ziele. Während die „orangen“ Kräfte als „pro-westlich“ gesehen wurden, schienen sich die konservativen Kräfte im Land politisch eher an Russland zu orientieren. Diese Sicht der Dinge ist aber zu eindimensional. Eine gezielte Annäherung an das ehemalige sowjetische Zentrum oder gar die Aufgabe der ukrainischen Unabhängigkeit wäre für niemanden und zu keinem Zeitpunkt je

eine denkbare Möglichkeit gewesen. Eine Personalunion mit Russland, wie sie etwa Belarus 1999 angestrebt hatte, hatte keinen Reiz für die Ukraine.

Eine einseitige Orientierung der Wirtschaft auf den russischen Markt hatte auch vor der Orangen Revolution keine sinnvolle Option dargestellt. Zwar hatte Russland einige Male versucht, das Land in einen gemeinsamen Wirtschaftsraum einzubinden, doch beschloss Leonid Kučma erst 2003 eine Vereinbarung über ein Wirtschaftsbündnis mit Russland, Belarus und Kasachstan zu unterschreiben. Er entschied sich zu diesem Schritt nicht aus rein wirtschaftlichem Kalkül, sondern weil er sich angesichts seiner stark sinkenden Beliebtheitswerte die Unterstützung Russlands in den Wahlen 2004 sichern wollte. Er war aber zu keinem Zeitpunkt bereit, mehr als nur eine einfache Freihandelszone auszuhandeln. Ebenso zeigte Viktor Janukovič kein großes Interesse an einer engeren Union mit Russland. Es entspricht zwar Tatsachen, dass sich Viktor Juščenko eine Neuorientierung der Politik in Richtung NATO-Beitritt und engerer Zusammenarbeit mit der Europäischen Union anstrebte, während Janukovič eher als Fortsetzung des status quos gesehen wurde, doch wäre es zu oberflächlich von einer „pro-westlichen“ oder „pro-russischen“ Charakterisierung der Politik zu sprechen. Dies trifft in ökonomischer Hinsicht ebenso zu. Man konnte und wollte Russland weder politisch noch wirtschaftlich ganz den Rücken kehren. (vgl. Langbein 2008: 7ff)

Bereits vor der Orangen Revolution war eine veränderte Haltung der Wirtschaftselite gegenüber der EU-Integration, beziehungsweise der wirtschaftlichen Annäherung an den europäischen Binnenmarkt, zu beobachten gewesen. Die EU-Osterweiterung im Jahr 2004 und die Aufnahme der Ukraine in den Kreis der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), beziehungsweise der Östlichen Partnerschaft, eröffneten den Oligarchen nicht nur verbesserte Absatzmöglichkeiten. Die Anpassung an die transparentere Gesetzgebung der EU ermöglichte es ihnen, ihre Eigentumsrechte besser zu sichern. Die Donezker Unternehmensvereinigungen SCM und ISD begannen sofort nach der Ausformulierung des EU-Ukraine Aktionsplans 2005 internationale Standards der Unternehmensführung und des Rechnungswesens zu implementieren. Oligarchen setzten sich ebenfalls für eine Erweiterung der Handelsbeziehung zur Europäischen Union ein. Viktor Pinčuk initiierte 2004 in diesem Zusammenhang die Yalta European Strategy (YES), Rinat Achmetow sollte 2006 mit der Gründung des Bureau of Economic and Social Technologies (BEST) folgen. Obwohl KMUs durch die Anpassung an europäische Rahmenbedingungen mit höheren Kosten konfrontiert wurden, zogen auch sie Vorteile aus einer engeren Bindung an die EU. (vgl. Langbein 2008: 9f)

Zwar divergieren die Interessen der Unternehmer je nach Sektor und Regulierungsfall, und es bleibt fragwürdig ob auch die Vorgaben der EU zur Regelung von Finanzmärkten auf breite

Unterstützung trafen, doch stehen die meisten Oligarchen der Europäischen Union positiv gegenüber, und sahen eine politische Orientierung nach Westen als größtenteils vorteilhaft an. Ein Ausbau der Handelsbeziehungen mit der EU wäre aber auch unter Janukovič zustande gekommen. Die Spaltung der Wirtschaftselite, die auf die Spaltung der politischen Elite folgte, kann also nicht mit der Hoffnung auf neue Absatzmöglichkeiten erklärt werden, da diese höchstwahrscheinlich in jedem Fall entstanden wären.

Doch wie lässt sich die Abwendung eines Teils der Oligarchen vom bestehenden Regime Kučma dann erklären?

5.3. Kapitalfraktionen und der Block der Macht

Nicos Poulantzas hat darauf hingewiesen, dass innerhalb einer Gesellschaftsform mehrere herrschende Klassen existieren können. Dies war zum Beispiel der Fall, als westeuropäische Gesellschaften den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus begannen. Feudale Grundeigentümer standen nun zusammen mit den neu entstandenen Kapitalisten der herrschenden Klasse der Adligen gegenüber. Zwei „Blöcke der Macht“ hatten sich herausgebildet. Poulantzas zufolge sind aber weder der herrschende Block der Macht noch die Bourgeoisie homogene Subjekte, sondern sind in verschiedene Fraktionen gespalten, die widersprüchliche Interessen und Ziele verfolgen. Innerhalb eines jeden Blocks der Macht existiert aber eine hegemoniale Fraktion, die die anderen beherrscht. Dieses Ungleichgewicht innerhalb der herrschenden Klassen liegt dem ganzen Staatsaufbau bei Poulantzas zu Grunde. Da die herrschenden Machtblöcke direkt in den „ideologischen Staatsapparaten“ (Kirchen, Massenmedien, Bildungseinrichtungen usw.) repräsentiert sind, haben sie und ihre inneren Interessenskonflikte eine stärkere Auswirkung auf die Bildung politischer Alternativen als der Konflikt zwischen herrschenden und beherrschten Klassen. (vgl. Sablowski 2010: 190f)

Die Transformation vom realen Staatssozialismus zum Kapitalismus neoliberaler Prägung in Osteuropa unterschied sich aber grundlegend vom Übergang von Feudalismus zu Kapitalismus in Westeuropa. In der gesetzlichen Grauzone des beginnenden Systemwandels konnten sich die Oligarchen als Unternehmerklasse herausbilden, die bedingt durch die Strukturen des unkontrollierten Kapitalismus zwar oft in sich selbst zerfiel und sich wieder neu formierte (wie etwa durch Unternehmensübernahmen), aber ab Mitte der 1990er Jahre ein solides und mächtiges Zentrum in Form der drei oligarchischen Clans aufwies. Basierend auf ihrer ökonomischen Macht und im Angesicht der instabilen politischen Strukturen, begann

sich diese neu entstandene Bourgeoisie in die Politik einzumischen. Da der „Block der Macht“ der herrschenden politischen Klasse relativ schwach war, setzte Präsident Kučma auf den Block der Oligarchen, inkorporierte ihn in den herrschenden Machtblock und regulierte ihre Interventionen in den politischen Bereich. Kučma sicherte sich somit seine eigene Position. (vgl. Pleines 2008a: 55f Er war das Bindeglied zwischen den Blöcken der „Bourgeoisie“ und der Regierung. Es kam in der post-sowjetischen Ukraine also nicht zu einer Gegenüberstellung des neu entstandenen Machtblocks der Oligarchen und dem amtierenden politischen Machtblock, sondern eher zu einer Verschmelzung der beiden Klassen.

Aber auch in hybriden Regimen existieren die herrschenden Klassen in keinem Fall ohne die beherrschten Klassen, da immerhin gewisse demokratische Strukturen vorhanden sind. Kučma unterlag der Notwendigkeit, ein Kompromissgleichgewicht mit der Bevölkerung und den nicht-hegemonialen Elitenfraktionen aushandeln zu müssen. Seine sinkenden Beliebtheitswerte ließen die Opposition – also die nicht hegemonialen Gruppen innerhalb des politischen Machtblocks – erstarken. Diese Entwicklung hatte auch Auswirkungen auf die Interessenskonflikte innerhalb der Wirtschaftselite.

Im Hinblick auf die Periodisierung kapitalistischer Entwicklung folgte Poulantzas dem Marxismus-Leninismus, und unterschied daher zwischen einem Stadium des Konkurrenzkapitalismus und einem darauf folgenden Stadium des Monopolkapitalismus. Dabei wird davon ausgegangen, dass das Monopolkapital schlussendlich die Dominanz innerhalb des Blocks der Macht erringt. Durch eine zunehmende Konzentration und Zentralisation des Kapitals kommt es schließlich zu einer Spaltung zwischen Monopolkapital und nicht-monopolistischem Kapital. Aufgrund der Einschränkung der Konkurrenz kann das Monopolkapital die Preise am Markt festsetzen und so einen Extraprofit generieren, der vom nicht-monopolistischen Kapital produziert, aber vom Monopolkapital angeeignet wird. Die Existenz von monopolisierten Branchen setzt also auch voraus, dass es trotzdem weiterhin nicht-monopolisierte Branchen gibt. Poulantzas ging davon aus, dass das nicht-monopolistische Kapital jene Wirtschaftssektoren belege, die sich durch schwache Rentabilität auszeichnen, oder häufig neue Sektoren erkunden würde (z.B. Elektronik, Informatik). Auf diese Weise wird das geschäftliche Risiko für das Monopolkapital klein gehalten. Technische Neuerungen, die das nicht-monopolistische Kapital erzeugt, können zu verhältnismäßig niedrigen Kosten etwa durch den Kauf von Patenten vom Monopolkapital erworben werden. Das nicht-monopolistische Kapital belegt Zulieferbereiche, die nicht in die

kontinuierliche Großserienproduktion der großen Produktionseinheiten passen. (vgl. Sablowski 2010: 191ff) Überträgt man diese Annahmen auf post-sowjetische Ukraine, so können jene Industriezweige, die sich in den Händen der Oligarchie befinden, als Monopolkapital bezeichnet werden. Diese umfassen Schwerindustrie, Metallurgie, Maschinenbau, Agrar- und Lebensmittelproduktion, das Bankenwesen, den Kohle- und Energiesektor und Massenmedien. (vgl. Pleines 2010: 126f) Klein- und Mittelunternehmen, sowie bestimmte Oligarchen, die in periphereren Wirtschaftszweigen ihr Vermögen gemacht haben, können als nicht-monopolistisches Kapital eingeordnet werden.

Die neu entstandene „Bourgeoisie“ ist in der Ukraine also ebenso wenig als homogene Gruppe zu bezeichnen wie der politische Block der Macht. Die beiden Kapitalgruppen verfolgen ihre eigenen Interessen, die oftmals im Widerspruch zu den Interessen der hegemonialen Fraktion im Block der Macht stehen. Viktor Juščenko und seine charismatische Mitstreiterin Julia Tymošenko wurden für das nicht-monopolistische Kapital in der Ukraine zu einem Kristallisationspunkt und einem Vehikel, das die Durchsetzung eigener Interessen ermöglichen sollte.

Nicht alle Kapitalfraktionen zogen gleich große Vorteile aus den Strukturen, die Kučma aufgebaut hatte. Bestimmte Oligarchen und KMUs traten also der Opposition bei, da sie sich von der Entstehung eines neuen herrschenden Machtblocks unter Juščenko bessere Möglichkeiten der Profilierung und Aufstiegschancen für sich selbst erwarteten. Die Präsidentschaftswahlen 2004 wurden als passender Zeitpunkt gesehen, um aus den bestehenden Ungleichstrukturen zwischen den einzelnen Kapitalfraktionen auszubrechen.

Das Risiko war aber nicht gering. Jene Unternehmer, die die Opposition unterstützten, setzten sich regelrechter Schikane durch die Staatsautorität aus. Steuerprüfungen, zahllose Betriebsinspektionen und Inhaftierungen von Angestellten waren an der Tagesordnung, aber dennoch ließ man sich nicht vom Kurs abbringen.

„It seemed they thought a Yushchenko victory would provide them with sufficient financial payback, although Poroshenko [amongst others] alleged that his opposition cost him no less than two-thirds of his wealth over four years.“ (Åslund 2006: 19)

Zwar hatten die „orangen“ Kräfte das Wahlversprechen formuliert, die Oligarchie im Land aus der Politik zu vertreiben, doch waren sich die oppositionellen Großunternehmen – ebenso wie Klein- und Mittelunternehmen – bewusst, dass das „orange“ Lager ihrer finanziellen Unterstützung bedurfte, und damit in ihrer Schuld stehen würde. Des Weiteren zählte Julia Tymošenko in den 1990ern selbst zur Gruppe der Oligarchen. Die Opposition war ebenso

eine Symbiose mit den Unternehmern des Landes eingegangen, wie es auch der herrschende Block getan hatte. Neben der politischen Gegenelite und dem nicht-monopolistischen Kapital spielte auch die Bevölkerung eine wichtige Rolle in der Farbrevolution 2004. Durch die Proteste, die so medienwirksam inszeniert wurden und große internationale Aufmerksamkeit erweckten, wäre der Regierungswechsel wohl nicht möglich gewesen. Im Folgenden sollen auf die Interessenslagen jener Teile der Bevölkerung hingewiesen werden, die für den Wahlsieg Viktor Juščenkos verantwortlich waren.

5.3.1. Die Bevölkerung

Für jenen Teil der Bevölkerung, der die Orange Revolution unterstützt hatte, war das Jahr 2004 ein verspätetes 1989. Die UkrainerInnen hatten bewiesen, dass demokratische Werte für sie eine Rolle spielten und sie bereit waren, auf friedliche Weise dafür zu kämpfen. Sie hatten großes Vertrauen in die Protagonisten des „orangen“ Lagers, und bauten darauf, dass diese nach dreizehn Jahren der Unabhängigkeit endlich die demokratische Konsolidierung des Landes vorantreiben würden. Doch waren die Forderungen nach politischer Freiheit und Gerechtigkeit tatsächlich die einzigen treibenden Kräfte hinter den Ereignissen im Herbst 2004?

Farbrevolutionen werden als postmoderne Bewegungen dargestellt, in denen materielle und ökonomische Kontexte (im Gegensatz zu vorangegangenen Revolutionen) keine Hauptrolle mehr spielen. (vgl. Kuzio 2006: 49f) Man interpretiert die Protestbewegungen, die im post-sowjetischen Raum stattgefunden haben, vor allem als das Streben nach Demokratie und Gerechtigkeit. Es wird sogar gemutmaßt, Farbrevolutionäre hätten dem Liberalismus sein Recht auf Revolution nach dem Sieg des Kapitalismus über den Kommunismus zurückerkämpft. (vgl. Weidner 2007: 1088f) Diese Sicht der Dinge ist allerdings eine Interpretation, die vor allem von westliche Medien und Demokratietheoretikern propagiert wurde.

Die Verfasserin will den UkrainerInnen nicht absprechen, dass demokratische Werte wie freie, faire und bedeutungsvolle Wahlen für sie eine wichtige Rolle spielen, doch schienen nicht nur politische Beweggründe allein hinter der Farbrevolution im Herbst 2004 zu stehen. Materielle Aspekte beeinflussen auch im postmodernen Zeitalter soziale Bewegungen, da sie konkrete Auswirkungen auf die Lebensrealität der Menschen haben. Ivan T. Berend (2007: 269ff) hat darauf hingewiesen, dass sich ostmittel- und osteuropäische Gesellschaften bedingt durch den Systemwechsel in einem Zustand der Unzufriedenheit und des Schocks befinden,

der von ökonomischen Schwierigkeiten, Arbeitslosigkeit, sinkendem Einkommen, steigender Armut und sozialer Polarisierung geprägt wurde.

Da Regime – von der „Regime-Cycle-Theory“ ausgehend – zyklische Entwicklungen durchlaufen, in denen sie bedingt durch die momentane Situation ihrer zentralen Institutionen mal mehr, mal weniger gefestigt sind, kann es zu interner Instabilität kommen, die von oppositionellen Kräften genutzt werden kann. Mittels der konfrontativen Strategie können staatliche AkteurInnen durch Protestaktionen und Mobilisierung der öffentlichen Meinung unter Druck gesetzt werden. (vgl. Pleines 2008a: 35f)

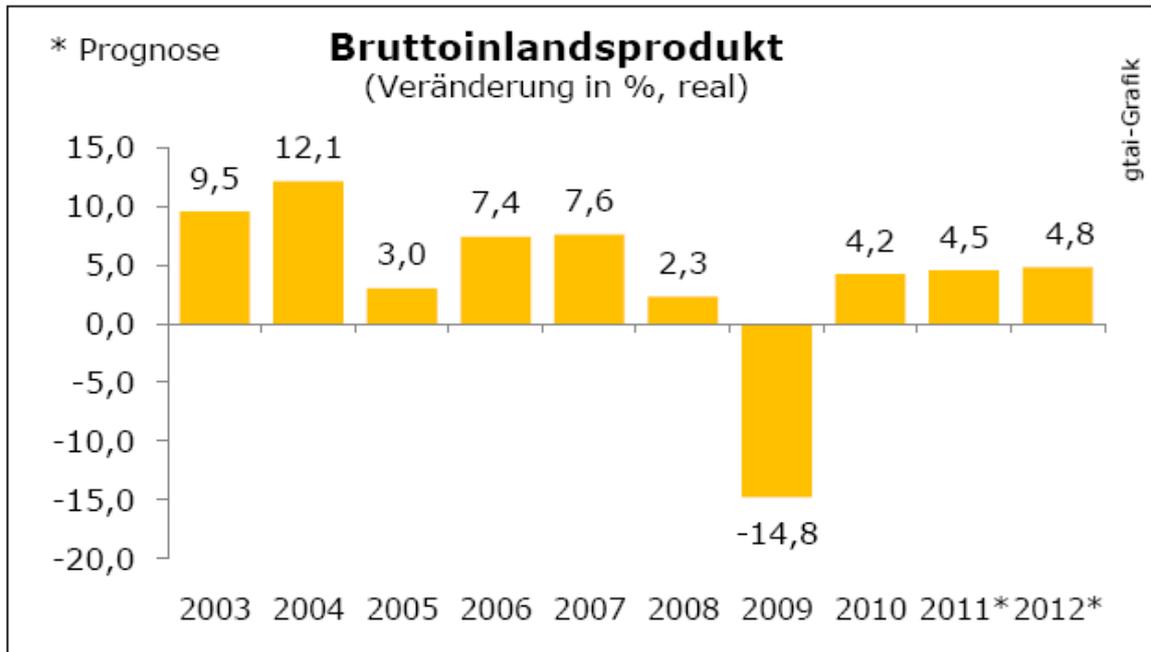
Unzufriedenheit, beziehungsweise der Wunsch nach einer Besserung der persönlichen Lebenssituation, kann dazu instrumentalisiert werden, um die Massen zu mobilisieren. Geschieht dies zu bestimmten Zeitpunkten, so kann eine Revolution formiert werden, die einen Wechsel des bestehenden Regimes auslöst. (vgl. Hale 2005: 135ff)

5.3.2 Der sozioökonomische Kontext der Präsidentschaftswahlen 2004

Die Wirtschaftslage eines Nationalstaats hat profunde Auswirkungen auf das alltägliche Leben seiner Bewohner. Sie bekommen Veränderungen der Volkswirtschaft am eigenen Leib zu spüren. Doch mehr Faktoren als nur ökonomisches Wachstum oder Rezession spielen hier mit ein. Die ukrainische Wirtschaft hatte sich seit 2000 zu erholen begonnen, 2004 wies das Land mit 12,1% sogar die höchste Wachstumsrate Europas auf. 2005 waren bedingt durch den Regierungswechsel und die Reformversuche zwar Einbußen zu verzeichnen (das Wachstum betrug nur mehr 2,7%), doch stabilisierte sich die Veränderung des Bruttoinlandsproduktes ab 2006 wieder, und das Land wies ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 7,3% auf. (vgl. Germany Trade and Invest 2011)

Die breite Bevölkerung profitierte von diesen Entwicklungen aber so gut wie überhaupt nicht. Die Ukraine ist nicht nur einer der größten und bevölkerungsreichsten Staaten Europas, sondern auch einer der ärmsten. Das hohe Wirtschaftswachstum seit 2000 trägt. Im Jahr 2004 betrug das Bruttonationaleinkommen pro Kopf 5160,- US-Dollar (hier ist der internationale Dollar in Kaufkraftparität gemeint). Im Vergleich dazu wies Österreich im selben Jahr ein Bruttonationaleinkommen pro Kopf von 32.330,- US-Dollar auf. Nach der Republik Moldau und Georgien ist die Ukraine damit das drittärmste Land in Europa. (vgl. Danzer, Weisshaar 2010: 2f und World Bank National Accounts Data 2006)

Abbildung 1: Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes 2003 - 2012



(Quelle: Germany Trade and Invest 2011. *2011 und 2012 sind prognostizierte Werte)

Trotz des hohen Wirtschaftswachstums ist der Lebensstandard verhältnismäßig niedrig, da keine funktionierenden Umverteilungsmechanismen existieren. Wirtschaftswachstum ist also relativ. Die klassische Modernisierungstheorie, die davon ausgeht, dass ökonomisches Wachstum autoritäre Regime so gut wie in jedem Fall in eine Legitimationskrise stürzt, da durchlässigere Klassenstrukturen und bessere Bildungsmöglichkeiten geschaffen werden, kann im Fall der Ukraine widerlegt werden. Das Wirtschaftswachstum selbst war hier nicht ausschlaggebend für den Legitimationsverlust des Blocks der Macht, sondern die offensichtliche Korruption des Systems und die fehlende Umverteilung des generierten Wachstums. Im Vergleich zu den 1990er Jahren hat sich die Situation zwar generell verbessert, und das Ausmaß der extremen Armut ist gesunken. Die Situation ist aber komplex. Die durch den Transformationsprozess hervorgerufene Stratifizierung der Gesellschaft ließ spezifische Verlierergruppen und -regionen entstehen. Verschiedene Bevölkerungsschichten sind unterschiedlich von ökonomischen Problemen und Armut betroffen. Die Gewinner der Transformation sind Bewohner größerer Städte (mit über 100,000 Einwohnern), in denen eine diversifizierte Wirtschaftsstruktur besteht. Generell ist zu beobachten, dass Haushalte im Westen des Landes deutlich verloren haben, während der Osten und Südosten der Ukraine einen Aufschwung erlebten. Die wachsende Kluft zwischen den Regionen ist wahrscheinlich

mitverantwortlich für den Ausbruch der Orangen Revolution, die wie bereits erwähnt vor allem von WestukrainerInnen, die aus der unteren Mittelschicht stammten und von jungen Menschen höherer Bildung getragen wurde. (vgl. Danzer, Weisshaar 2010: 2ff)

Wenn man die regionalen Gegensätze in der Ukraine betrachtet, die sich in unterschiedlichen politischen Orientierungen der Wahlbevölkerung widerspiegeln, müssen aber auch historische, kulturelle und sozioökonomische Unterschiede mit einbezogen werden. Die Industriegebiete im Osten der Ukraine sind wohlhabender als die eher agrarisch geprägten Regionen des Westens. Da die Kolchosenproduktion in der Landwirtschaft nach der Auflösung der UdSSR zusammengebrochen war, generierte dies ein höheres Maß an sozialer Unsicherheit und provozierte ein Sinken des Lebensstandards. Gleichzeitig konnten sich die Menschen so aber auch von den lokalen Machthabern (Parteiangehörigen, Unternehmern und dgl.) etwas lösen – auch wenn dies oftmals nur auf mentaler Ebene geschah. Des Weiteren waren die „europäische Identität“ und die historische Erfahrung in den westlichen Regionen des Landes und der Hauptstadt Kiew anders geprägt als im Südosten und Osten. Die Industrieproduktion in den östlichen Landesteilen veränderte sich zwar durch die Wirtschaftsumstellung ebenfalls grundlegend, doch blieben Attitüden und Strukturen des realen Staatssozialismus hier länger bestehen. Die Tendenz, eher für die amtierenden Machthaber zu stimmen, war stärker ausgeprägt als in den westlichen Regionen der Ukraine, da diese Arbeitsplätze und soziale Sicherheiten garantierten. (vgl. Arel 2006: 15ff)

„The geographical polarization of vote during the Orange Revolution could thus be explained, not by objective or subjective indicators of economic development, but by the socio-economic context, or structure, in which individual express their electoral preference.”
(Arel 2006: 18)

In den 1990er Jahren waren neben klassischer Arbeitslosigkeit ausbleibende oder nur teilweise entrichtete Lohnauszahlungen, unentlohnte Zwangsurlaube oder Vergütung in Form von Sachleistungen die größten Probleme auf den Arbeitsmärkten. Die Einkommensarmut (ein Haushalt verfügt über nicht genug Einkommen, um die Nahrungsmittel, Güter und Dienstleistungen eines minimalen Warenkorb zu erwerben zu können) ist im Laufe der Zeit aber zurückgegangen, da sich der Arbeitsmarkt seit 1999 positiv entwickelte, und mehr UkrainerInnen ein grundlegendes Erwerbseinkommen erzielen konnten. Die Löhne stiegen seit 2000 wieder an und wurden regelmäßiger ausbezahlt. Ab 2003 entwickelten sie sich sogar schneller als die Produktivität und das Bruttoinlandsprodukt. Diese Entwicklung führte aber nicht automatisch zu einem höheren Lebensstandard, da gleichzeitig auch die Armutsgrenze

anstieg. Dies hängt damit zusammen, dass der erodierende Sozialstaat immer weniger kostenlose Leistungen anbot und diese nun vom Markt bezogen werden mussten. (vgl. Danzer, Weisshaar 2010: 3ff)

Das Wachstum der Reallöhne würde mit der Wirtschaftskrise 2008 ein jähes Ende finden. Das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine sank so stark wie in keinem anderen Land. Real wurden etwa 15% eingebüßt. Die Löhne gingen 2009 um mehr als 10% zurück. (vgl. Handrich, Betlij 2010: 257f) Im Mai 2008 stiegen die Preise im Vergleich zum Vorjahr um 31% an, damit hatte die Ukraine nach Simbabwe und Venezuela die dritthöchste Inflationsrate der Welt. Das Leistungsbilanzdefizit erreichte 2008 den Höchstwert von 7,2%. Im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern war dies zwar relativ moderat, aber es war zu viel. (vgl. Åslund 2010:197f) Das Bruttonationaleinkommen per capita der Ukraine (nach der Atlas-Methode) sank 2009 auf 2.800,- US-Dollar. In einem von der Weltbank erstellten Ranking, das 213 Länder mit einbezieht, nimmt die Ukraine damit Platz 135 ein. (vgl. The World Bank 2011a) Die Regierung musste den Internationalen Währungsfond (IWF) um einen Notkredit bitten, um die schlimmsten Auswirkungen der Finanzkrise abzuwenden. Am 5. November 2008 bewilligte der IWF der Ukraine ein über zwei Jahre laufendes Stand-By Arrangement, in Zuge dessen dem Land 16,4 Mrd. US-Dollar zugesprochen werden sollten. (vgl. International Monetary Fund Press Release 08/271) Auch was Korruption anbelangt, hat sich in der Ukraine nicht viel verbessert. 2008 fand sich die Ukraine im *Transparency International Corruption Perceptions Index* von 180 untersuchten Ländern auf Platz 134 wieder (Platz 1 ist das beste Ergebnis). Damit befindet sich die Ukraine in derselben Kategorie wie Pakistan und Nicaragua. (vgl. Transparency International 2008)

Des Weiteren krankt das in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre eingeführte Sozialversicherungssystem. Laut Verfassung haben die UkrainerInnen Anspruch auf Gesundheitsleistungen, die aus Steuermitteln finanziert werden. Die Beitragszahlungen sind im Verhältnis zu den vergleichsweise niedrigen Leistungen sehr hoch. Die Zahlungsbereitschaft der Bevölkerung ist daher gering. Am ehesten wird noch für die Rentenversicherung eingezahlt, da Alter vor allem mit Armut gleichgesetzt wird, obwohl sich Rentner in der Ukraine finanziell in einer besseren Lage befinden als junge Menschen. Um Wählerstimmen zu gewinnen hat das Kučma-Regime 2004 die Renten stark erhöht. Dies war aber nicht durch eine makroökonomische Entwicklung gedeckt, was zu einer Verzerrung der Volkswirtschaft führte und das Rentensystem ins Defizit abrutschen ließ. Seit 2009 schränkte die Arbeitslosenversicherung ihr Leistungsangebot im Versicherungsfall ein. Die Sozialhilfe

kommt nicht den Menschen zu Gute, die sie wirklich bräuchten. Die finanziell stark belasteten Beitragszahler werden von der Sozialversicherung also nicht ausreichend gegen Einkommensausfälle bedingt durch Alter, Krankheit oder Arbeitslosigkeit geschützt. (vgl. Handrich, Betlij 2010: 257ff und Klüsener 2006: 2ff)

5.3.3. Die Stimmung in der Bevölkerung zu Beginn der Amtszeit Juščenko

Eine Umfrage, die im März 2005 (wohlgermerkt ein halbes Jahr nach der Orangen Revolution und drei Monate nach der Amtseinführung Viktor Juščenkos) vom Institut für Soziologie der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften mit 1800 Repräsentanten durchgeführt wurde, legte eine Reihe beunruhigender Trends über das Ausmaß der sozialen und politischen Desillusionierung der Bevölkerung offen. Nur 23% der Befragten glaubten, dass sie die Fähigkeit hätten, unter den neuen sozialen Bedingungen, die seit 1991 etabliert wurden, zu leben. 51% hielten die Gesundheitsversorgung durch den Staat für unzureichend, 44% waren vollkommen oder relativ unzufrieden mit ihrem Leben insgesamt. 67% erwähnen die Furcht vor Arbeitslosigkeit, 78% haben Angst vor den Folgen der unkontrollierten Inflation. Nur 12% glaubten, dass die Parlamentsabgeordneten ihre Interessen vertreten. 30% waren der Meinung, dass die Ukraine ein Mehrparteiensystem notwendig hätte, während 36% der Ansicht waren, dass dies nicht notwendig sei. Nur 11% unterstützten jene, die den „Kapitalismus entwickeln wollen“. (vgl. Lane 2006: 3f) Die Seilschaften, die sich zwischen der Politik und der Wirtschaft entwickelt hatten, die Korruption, der allgemein sinkende Lebensstandard und die Verletzungen grundlegender demokratischer Rechte waren nicht das, was man sich von der Transformation erwartet hatte.

Aus diesen Gründen wird in dieser Diplomarbeit die Ansicht vertreten, dass nicht nur politische, sondern auch sozioökonomische Motive die Orange Revolution beeinflusst haben. Die grundlegende Enttäuschung mit dem Systemwandel und die Spaltung der Elite legten den Nährboden für die Mobilisierung der Massen und deren zivilgesellschaftliche Selbstorganisation, die schließlich in der Orangen Revolution Ausdruck finden würden. (vgl. Kuzio 2006: 46 und Hale 2005: 149ff) Die Bevölkerung erhoffte sich von der Entstehung eines neuen „Blocks der Macht“ unter Juščenko eine Loslösung von korrupten Strukturen, Umverteilung von Reichtum und mehr soziale Sicherheit. Die oppositionellen PolitikerInnen wurden für die Zivilgesellschaft ebenso wie für das nicht-monopolistische Kapital zu einem Kristallisationspunkt ihrer eigenen Interessen.

Diese Hoffnungen hingen aber mehr an den Führungspersönlichkeiten des Majdan selbst als an ihren Wahlprogrammen. Der ukrainische Schriftsteller Jurij Andruchovyč schrieb in seinem „Tagebuch eines Demonstranten in Kiew“ die folgenden Zeilen über die Stimmung am Platz der Unabhängigkeit im Herbst 2004:

„Das Wort ‚wir‘ nimmt auf dem Majdan eine völlig neue, überraschende Bedeutung an. Wir haben die erste Kälte überstanden, Juščenko, Rock’n’Roll und alle Fahnen der Welt sind mit uns.“ (Andruchovyč 2006: 224)

Ebenso wie die AkteurInnen des nicht-monopolisierten Kapitals knüpfte sich die zivilgesellschaftliche Bewegung an die Person Viktor Juščenkos und machte ihn zur Galionsfigur, doch basierte das Aufbegehren nicht auf Juščenkos programmatischen Zielsetzungen, sondern richtete sich vor allem gegen das um Präsident Kučma entstandene Elitenregime. (vgl. Bredies 2005: 116f) Viktor Juščenko und Julia Tymošenko hatten es geschafft, aufgrund ihrer charismatischen Eigenschaften (und mit der finanziellen Unterstützung einiger Oligarchen und KMUs) zu einer annehmbaren Alternative zu Kučma und Janukovič zu werden. Sie wurden persönlich mit der europäischen und eigentlich demokratischen Identität der Ukraine gleichgesetzt, die den Demonstranten am Majdan so wichtig gewesen war. Hier sei allerdings angemerkt, dass „Europa“ im Bewusstsein der UkrainerInnen nicht nur mit Demokratie, sondern vor allem mit Wohlstand gleichgesetzt wurde, wie es auch zu Beginn des Systemwandels in ganz Osteuropa der Fall gewesen war. (vgl. Berend 2007: 277f)

Doch schienen die Protagonisten der Orangen Revolution mehr als Projektionsfläche und Kristallisationspunkt für die zivilgesellschaftlichen Gruppen (ebenso wie für das nicht-monopolistische Kapital) zu dienen, als tatsächliche Führungspersönlichkeiten zu sein.

Juščenko selbst nutzte die Situation für sich, indem er die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung aufgriff und für seinen Wahlkampf instrumentalisierte. In seiner Inaugurationsrede vom 23. Jänner 2005 verwies er unter anderem darauf, dass sich das ukrainische Volk durch die Orange Revolution für Wohlstand, Gerechtigkeit, Freiheit und Unabhängigkeit entschieden habe. (vgl. Bredies 2005: 115f)

Die Orange Revolution hatte ihr Ziel erreicht. Die Zivilbevölkerung der Ukraine hatte auf friedliche Weise gegen die Fälschung der Präsidentschaftswahlen und gegen das korrupte Regime Kučma demonstriert, und die Inauguration eines demokratisch gewählten Präsidenten ermöglicht. Dies ist bis dato die wohl größte zivilgesellschaftliche Leistung der Ukraine.

Auch das „orange“ Lager im Parlament und das nicht-monopolistische Kapital hatten erreicht, was sie wollten. Ein neuer „Block der Macht“ war entstanden, in dem Unternehmer, die den Wahlkampf Juščenkos unterstützt hatten, aus ihren vormals eher peripheren Positionen in die politische Elite des Landes aufsteigen konnten. Petro Porošenko und Oleksandr Slobodjan sind hier als Beispiel zu nennen.

5.4. Die politischen Entwicklungen nach 2004

Einige durchaus positive Entwicklungen sind seit der Orangen Revolution 2004 in der Ukraine zu beobachten. Regelmäßige Wahlen werden nun abgehalten, die von internationalen Wahlbeobachtern als frei und fair eingestuft werden. Politische Parteien und Vereinigungen stehen in tatsächlichem Wettbewerb miteinander und tragen politischen Streit im öffentlichen Raum aus. Machtwechsel zwischen Regierung und Opposition wurden ermöglicht. Eine Mehrheitskoalition im Parlament bildet die Regierung. Es besteht mittlerweile Medienvielfalt, und alle Parteien haben gleichberechtigten Zugang zu Massenmedien. Damit ist die Ukraine der einzige ostslawische Staat, der seit 2004 im Gegensatz zu Russland oder Belarus eine reale und keine virtuelle demokratische Ordnung aufweist. Das politische System des Landes kann nicht mehr als kompetitiver Autoritarismus bezeichnet werden. (vgl. Simon 2010: 63f) Auch *Freedom House* bestätigte der Ukraine nach 2004, eine freie Gesellschaft geworden zu sein. (vgl. Freedom House Country Report Ukraine 2008)

Medienpluralismus sowie freie und faire Wahlen sind zwar essentiell für die Konsolidierung von Demokratie, reichen alleine aber nicht aus. Zwar schaffte es die Zivilgesellschaft (mit Hilfe bestimmter Elitengruppen) durch die Orange Revolution, gegen die Wahlfälschungen vorzugehen, das Zusammenspiel der demokratischen Institutionen konnte sie damit aber nicht sichern. Dies lag außerhalb ihrer Einflussosphäre, und kann nur von den Eliten selbst ermöglicht werden.

Ende 2005 zeigte sich, dass Blockaden, Stagnation und Korruption das Land weiterhin prägen würden, da Demokratie nicht über Nacht geschaffen werden konnte und bestehende Institutionen und Attitüden fortlebten. Nach der Orangen Revolution begann die neu entstandene Regierung zwar damit, umfangreiche Verfassungsänderungen durchzuführen, doch sollte dies nur bedingt Früchte tragen. Die Elite hatte richtig erkannt, dass dieser Schritt essentiell war, um die demokratischen Institutionen und Verfahren neu zu definieren und die unter Kučma etablierten Strukturen aufzulösen. Das Parlament wurde aufgewertet, während das Amt des Präsidenten an Kapazitäten verlor. Dies betrifft vor allem die Bestellung der

Regierung, die nun nicht mehr an die Präsidentschafts-, sondern an die Parlamentswahlen gebunden ist. Die Reform der Verfassung beinhaltete auch, dass der Präsident nicht mehr das Recht hatte, die Regierung zu entlassen. Das politische System der Ukraine ist seither als parlamentarisch-präsidentiell zu bezeichnen. Dieser Typ ist der in Europa am weitesten verbreitete. Problematisch ist allerdings, dass die Aufsetzung eines neuen Verfassungstextes überstürzt zu Stande kam, und daher zahlreiche Widersprüche und Ungereimtheiten mit sich brachte. Dies zog Manipulationen und selektive Anwendung der demokratischen Regeln nach sich, weil die neue politische Führung hauptsächlich ihre Partikularinteressen verfolgte. Darin unterschied sie sich nicht von der Regierung Kučma. (vgl. Bos 2010: 85f)

Die Assoziation der „Helden des Majdan“ mit einer neuen Zukunft, die sich durch ökonomisches Wachstum und soziale Gerechtigkeit auszeichnete hielt nicht lange an, weil bald klar wurde, dass die „orangen“ Kräfte unfähig zur Zusammenarbeit waren und wie die PolitikerInnen in den 1990er Jahren vornehmlich für ihre eigenen Interessen eintraten.

Die Tatsache, dass die Gegendeliten aus dem Block der Macht selbst hervorgegangen war und sich nicht aus Elementen der Zivilgesellschaft gebildet hatte (die Ruch-Parteien unterstützten das „orange“ Lager, waren aber nicht in der Lage, selbst einen starken Präsidentschaftskandidaten aufzustellen), hatte die Formierung der zivilgesellschaftlichen Bewegung anfangs begünstigt. Der Bevölkerung war durch die Spaltung der herrschenden Elite klar geworden, dass es sich dabei um keinen unangreifbaren Block handelte, der unabhängig von der Zivilgesellschaft und der Lebensrealität der Bevölkerung existierte.

Im Nachhinein schien genau diese Tatsache aber hinderlich für die Konsolidierung der Demokratie in der Ukraine zu werden. Obwohl sich die Helden des Majdan gegen Kučma und sein Regime gestellt hatten, waren sie selbst ein Teil davon. Sie hatten im alten System wichtige Funktionen ausgefüllt und waren nachhaltig davon geprägt worden. Wie nach 1991 hatte auch nach 2004 kein umfassender Austausch der Eliten stattgefunden, und daher lebten die von Kučma etablierten Mechanismen der Herrschaftsausübung fort. Dementsprechend dominierten weiterhin autoritäre Verhaltensmuster und Strategien der rücksichtslosen Machtdurchsetzung, was in instabilen Loyalitätsverhältnissen und kurzfristigen Interessenkalkulationen resultierte. (vgl. Bos 2010: 85f)

5.5. Die Orange Revolution als Elitenstrategie?

Vor diesem Hintergrund ist es nicht ganz ohne Grundlage, die Möglichkeit eines strategischen Einlenkens der herrschenden Elitenfraktionen im Herbst 2004 angesichts des zivilgesellschaftlichen Aufbegehrens mit dem Ziel des eigenen Machterhalts in Erwägung zu ziehen. Die Frage, ob sich durch die Orange Revolution nicht nur ein „Umgießen“ der hegemonialen politischen Elite vollzogen hat, wurde in politischen Analysen durchaus aufgeworfen. (vgl. Bredies 2005: 124f) Trotz aller Hoffnungen ließ sich nämlich immer noch kein Ende der politischen Transformation ausmachen. Zwar war der Staat vom Semipräsidentialismus zu einem parlamentarischen Regierungssystem übergegangen, doch schienen die Strukturen, die die demokratische Konsolidierung schwächten, weiter fortzubestehen, was beispielsweise an der fortwährenden politischen Machtausübung der Oligarchen abgelesen werden kann.

Der neu entstandene Block der Macht war interessenspolitisch heterogener als der des Kučma-Regimes. Dadurch wurde mehr Pluralismus geschaffen, was zur Demokratisierung des Landes beitrug. Da die politischen AkteurInnen aber weiterhin nicht nach demokratischen Spielregeln agierten und über keine gemeinsame Handlungsbasis verfügten, blockierten sie sich oftmals gegenseitig. (vgl. Bos 2010: 85f) In diesem Sinne wechselten Oligarchen ihren persönlichen Interessen folgend häufig die Seiten. So wurden auch finanzielle Ressourcen weniger zentralisiert, doch generierte dies gleichzeitig Insuffizienzen der Politik.

Während des Wahlkampfes und der Orangen Revolution hatten es die oppositionellen Kräfte im Land geschafft, mehr oder weniger als Einheit aufzutreten. Sie verfolgten immerhin alle ein gemeinsames Ziel. Als dieses aber erreicht war, wurde klar, wie fragil die Bündnisse zwischen den „orangen“ Kräften eigentlich waren, und welche Interessenskonflikte zwischen den einzelnen Gruppen herrschten. Persönliche Antipathien und individuelle Machtinteressen waren der Grund dafür, dass die Helden des Majdan unfähig waren, gemeinsam Macht auszuüben. Keine Regierungskoalition hielt sich länger als ein Jahr. Die erste „orange“ Koalition scheiterte bereits im Herbst 2005, da die Premierministerin Julia Tymošenko ständig von Sicherheitssekretär Porošenko unterwandert wurde. Dieser nutzte sein gutes Verhältnis zu Präsident Juščenko, um seine eigenen Kompetenzen als Sicherheitsrat zu erweitern. Die programmatischen Gegensätze zwischen ihm und Tymošenko, die von der großen Mehrheit des Parlaments als Premierministerin bestätigt worden war, führten dazu, dass Porošenko wiederholt versuchte, ihre Regierungsprärogative auszuhebeln. Der Kern des Konfliktes lag darin, dass beide mehr oder weniger verdecktes Interesse am Präsidentenamt

hegten. Die Regierung wurde aufgrund von Korruptionsvorwürfen gegen Porošenko im Herbst 2005 entlassen. (vgl. Umland 2006: 14f)

Die Konflikte zwischen Porošenko und der Premierministerin führten außerdem zu einer Spaltung innerhalb der Partei *Naša Ukraïna*, die die Handlungsfähigkeit der „orangen“ Koalition schwerwiegend einschränkte. Auch zwischen Präsident Juščenko und seiner Premierministerin tauchten nach der Orangen Revolution immer mehr Konfliktpunkte auf. Die Protagonisten des Majdan drifteten persönlich wie politisch immer weiter auseinander, und leisteten damit der Konsolidierung demokratischer Spielregeln keinen guten Dienst. Darüber hinaus ermöglichte die Instabilität des „orangen“ Blocks Viktor Janukovič und der *Partei der Regionen* bei den Parlamentswahlen 2006 eine glänzende Rückkehr auf die politische Bühne und Wiederaufnahme in den Block der Macht – und das auf faire und demokratische Weise. (vgl. Hilkes 2006: 10ff)

Julia Tymošenko konnte sich in der Regierungsbildung 2006 zwar den Posten der Premierministerin sichern, den sie 2005 verloren hatte, doch kann von einer Neuauflage der „orangen“ Koalition nicht gesprochen werden, da inhaltliche Differenzen nun klar hervortraten. Verwunderlich war außerdem, dass Petro Porošenko, der für den Zerfall der ersten Allianz verantwortlich gewesen war, Julia Tymošenko nun als Parlamentspräsident zu Seite gestellt wurde. In dieser Funktion war er zuständig dafür, die Gesetzesentwürfe der zweiten Tymošenko-Regierung im Parlament durchzubringen. Ein erneutes Zerwürfnis schien vorprogrammiert. (vgl. Umland 2006: 14f) Warum *Naša Ukraïna* der Meinung war, dass diese Zusammenstellung im zweiten Anlauf besser funktionieren würde, war für die Bevölkerung und internationale BeobachterInnen nicht ganz nachvollziehbar. Petro Porošenko war bei der Bevölkerung nicht sonderlich beliebt, und dennoch wurde er zu einem der höchsten staatlichen Ehrenträger des Landes gemacht. Dies lässt sich damit erklären, dass Viktor Juščenko in seiner Schuld stand. Der Präsident hatte Porošenko seit der Regierungskrise 2005 gemieden, doch hatte der Großunternehmer seinen Wahlkampf und die Proteste am Majdan mitfinanziert. Zwar hatte die charismatische Julia Tymošenko durch ihre Unterstützung mehr zum Erfolg Juščenkos beigetragen, doch konnte Porošenko nicht einfach ignoriert werden. Damit stellte sich die Allianz aber selbst ein Bein. (vgl. Lindner 2006: 11f) Der endgültige Schlusstrich wurde unter die „orange“ Koalition gezogen, als Julia Tymošenko schließlich die Farbe Orange aufgab und ein rotes Herz auf weißem Hintergrund als Logo wählte.

Es fehlte den „orangen Kräften“ im Allgemeinen an der Bereitschaft, sich demokratischen Spielregeln zu unterwerfen. Dies hängt damit zusammen, dass ein weiteres Versprechen der

Orangen Revolution nicht eingelöst wurde (und vielleicht auch nicht eingelöst werden konnte): Die Oligarchen des Landes waren nach wie vor aktive Akteure in der Politik, und profitierten stark von der sich immer weiter erholenden Wirtschaft.

5.5.1. Die Oligarchie nach 2004

Im Wahlkampf und während der Revolution 2004 hatte das „orange“ Lager die strafrechtliche Verfolgung von Oligarchen und die Annullierung der Privatisierungsaktionen gefordert, die zwischen 2000 und 2004 stattgefunden hatten. Julia Tymošenko hatte Anfang 2005 versprochen, alle größeren Privatisierungen überprüfen zu wollen und ging davon aus, dass in circa 3000 Fällen eine Rückverstaatlichung durchgeführt werden würde. Tymošenko, die an und für sich auch zu den Oligarchen der Ukraine zu zählen ist, wollte wahrscheinlich mit der Revision der Privatisierungsauktionen ihre Gegner in der Wirtschaftselite – wie etwa Petro Porošenko – schwächen. Ihr eigenes Unternehmen, JeESU, war bereits Jahre zuvor aufgelöst worden, daher hätte sie sich mit einer Veränderung der Gesetzeslage nicht selbst schaden können. Im Endeffekt konnten aber nur zwei große Privatisierungen rückgängig gemacht werden. Das Eisenlegierungswerk *Nikopol'skij zavod ferrosplavov*, das von Interpipe aufgekauft worden war, und das Stahlwerk in Kryvyj Rih, welches an ein Konsortium von SCM und Interpipe gegangen war. (vgl. Pleines 2010: 132f) Bereits im Frühjahr stoppte man die Revisionen der Privatisierungen wieder – Präsident Juščenko hatte der Premierministerin in diesem Fall seine Unterstützung versagt.

2005 wurde ein Gesetz erlassen, dass es Parlamentsabgeordneten verbot, Wirtschaftsaktivitäten auszuüben. Die Oligarchen ließen sich doch auch davon nicht aus der Politik vertreiben – sie gaben ihre unternehmerischen Geschäfte formal an Bevollmächtigte ab oder ließen sich von engen Vertrauten in ihren politischen Posten vertreten. Außerdem wurde den Parlamentsabgeordneten weiterhin gestattet, Medienunternehmen zu besitzen, und die Meinungsbildung der Bevölkerung auf diesem Weg zu beeinflussen. (vgl. Pleines 2008: 5f)

Dies bedeutet aber nicht, dass sich für die Oligarchen nichts geändert hatte. Vor 2004 hatten sich die Großunternehmer in ihrer Kooperation vollkommen mit Kučma abgesprochen. Der Präsident war ihre Verbindung in die Politik gewesen, im Gegenzug dafür hatten sie seine Machtposition abgesichert. Die Orange Revolution hatte die politische Landschaft der Ukraine aber verändert, und somit auch die Rolle der Oligarchen. Seit 2005 orientieren sie sich auf verschiedene politische Lager, und auch einige der etablierten Großunternehmer

wechselten im Laufe der kommenden Jahre mehrmals die Seiten. Die Gruppe Pryvatbank unterstützte nun offen Viktor Juščenko. ISD, die Gebrüder Burjak, Serhij Taruta, Vitalij Hajduk und Konstjantyn Ževaho wechselten beispielsweise zur Fraktion des *Blok Julii Tymošenko*. Vasyl‘ Chmeel‘nyc‘kyj, der sich ebenfalls kurzfristig Tymošenko angeschlossen hatte, kehrte 2006 wieder zur *Partei der Regionen* zurück, investierte aber angeblich 30 Millionen US-Dollar in den Wahlblock Volodymyr Lytvyns. Rinat Achmetovs Gruppe in der *Partei der Regionen* vergrößerte sich von 60 auf 90 Abgeordnete, aber der Hauptfinanzier der Partei wurde nun Dmytro Firtaš (dieser ist Mitbesitzer des Energiekomplexes RusUkrEnergo). (vgl. Pleines 2010: 133f und Wilson 2010: 137ff)

Die Oligarchie ist immer noch ein zentraler Akteur in der ukrainischen Politik, doch fehlt nun ein Kontrollorgan wie Kučma es gewesen war, das die Ressourcen der Großunternehmer bündelt. Dies führt dazu, dass nicht nur eine politische Partei oder ein Wahlblock über die ökonomischen Ressourcen der Großunternehmer verfügt, und sich die Manipulationen der Oligarchen teilweise gegenseitig neutralisieren. Allen großen Parteien stehen seit 2005 umfangreiche Wahlkampfgelder zur Verfügung, und auch die Berichterstattung in den Medien ist durch die rivalisierenden Darstellungen fassettenreicher geworden.

„Alle großen Parteien werden gleich fair – oder, je nach Sichtweise: gleich unfair – behandelt.“ (Pleines 2010: 133)

Die Wirtschaftsreformen stockten auch nach 2004 immer noch, doch konnten Gesetze verabschiedet werden, die die Ukraine auf ihre Aufnahme in die Welthandelsorganisation (WTO) vorbereiteten und einen ökonomischen Aufschwung generierten. Außerdem wurden Steuergesetze vereinfacht, was die KMUs von den schlimmsten Auswüchsen der Bürokratie befreite. Die Wirtschaftsdynamik ging aber vor allem von Privatunternehmen aus, die Gesetzgebung und die staatlichen Institutionen konnten mit der Geschwindigkeit ihrer Entwicklung kaum Schritt halten. Willkür und Korruption waren nach wie vor alltägliche Phänomene in der ukrainischen Wirtschaft, die das schwache Rechtssystem nicht zu bekämpfen wusste. (vgl. Åslund 2010: 196f) Die Vermögen der Oligarchen wuchsen rasant an. Die Zeitschrift *Forbes*, die eine weltweite Liste der Milliardäre aufstellt, zählte im Jahr 2006 sieben Ukrainer, während es im Jahr 2004 noch keiner auf die Liste geschafft hatte. (vgl. *Forbes List of Billionaires 2004, 2006*)

Die weltweite Wirtschaftskrise, die im Herbst 2008 auch die Ukraine erreichte, traf das Land besonders hart und setzte dem wirtschaftlichen Aufstieg der Oligarchen ein Ende. Holdings schrumpften deutlich oder wurden von Konkurrenzunternehmen übernommen. Eine Phase der Konsolidierung begann. Aber auch wenn das tatsächliche Vermögen der Oligarchen stark

schrumpfte, hatten die reichsten von ihnen trotzdem ihre Macht sichern können. (vgl. Pleines 2010: 127f)

Diese Entwicklung könnte zur Konsolidierung von Demokratie beitragen, da der Pluralismus im Land gefördert wird. Doch setzen die Oligarchen ihre Partikularinteressen immer noch mit fragwürdigen Mitteln durch, was die demokratische Entscheidungsfindung und die bestehende Verfassung untergräbt.

5.5.2. Die Stimmung der Bevölkerung am Ende der Amtsperiode Juščenkos

Basierend auf einer Umfrage, die im Frühling 1991 vom *Times Mirror Center for the People and the Press* durchgeführt wurde, untersuchte das *Pew Global Attitudes Project 2009* die Einstellungen der Bevölkerung in neun post-sozialistischen Ländern zum Systemwandel, und wie sich diese über die Jahre gewandelt hatten.³ Die Ergebnisse der Ukraine geben Anlass zur Sorge, da sich ein radikaler Stimmungswandel vollzogen hatte.

Während im Jahr 1991 noch 72% der Befragten die Einführung eines Multiparteisystems befürworteten, stehen 2009 nur mehr noch 30% hinter der Etablierung demokratischer Strukturen. In fast allen befragten Ländern (mit der Ausnahme Polens und der Slowakei) ist die enthusiastische Einstellung zur Transformation abgeflaut, doch nirgendwo so stark wie in der Ukraine. Auch im wirtschaftlichen Sektor sind die Menschen enttäuscht worden. Während 1991 noch 52% der Befragten den Kapitalismus als etwas Positives ansahen, sind 2009 nur mehr 36% dieser Meinung. Die Situation in urbanen Gegenden hat sich etwas verbessert. Im Gegensatz zu 1991, als nur 8% der befragten Stadtbevölkerung angab, mit ihrem Leben zufrieden zu sein, sind es 2009 immerhin 26%. Hier ist allerdings eine große Kluft zur Landbevölkerung zu beobachten. Dort vollzog sich eine gegensätzliche Entwicklung. Jene, die ihre Lebenssituation als gut erachten, drücken auch die größte Zustimmung für die Implementierung demokratischer Strukturen und Institutionen aus. Im Allgemeinen aber geben 62% an, heute einen niedrigeren Lebensstandard zu haben als noch zu Zeiten des Kommunismus, und stehen den neuen politischen und ökonomischen Strukturen mit Skepsis gegenüber. Während die Bevölkerung freie, bedeutungsvolle Wahlen und ein faires Rechtssystem als Schlüsselaspekte einer funktionierenden Demokratie definiert, sind nur sehr wenige der Meinung, dass diese beiden Aspekte tatsächlich in der Ukraine vorzufinden sind.

³ Die 2009 von *Pew Global Attitudes* untersuchten Länder umfassen Deutschland, Großbritannien, Frankreich Italien, Spanien, die Tschechische Republik, die Slowakei, Polen, Ungarn, Litauen, Russland, Bulgarien, die USA und die Ukraine. Insgesamt wurden 14760 Menschen befragt. Die „Pulse of Europe“ Umfrage, die 1991 vom *Times Mirror Center* durchgeführt wurde, erfasste in denselben Ländern mit Ausnahme der USA 12569 Menschen.

70% der Befragten nennen Korruption, 64% Umweltverschmutzung und 56% Kriminalität als schwerwiegendstes Problem des Landes. (vgl. Pew Global Attitudes 2009)

Die Situation verbesserte sich für die Bevölkerung also auch nach der Etablierung der „oranen“ Kräften als neuen Block der Macht nicht maßgeblich, während die eingesessenen Oligarchen ihre Macht halten und wirtschaftlich weiter von der neuen Lage profitieren konnten. Die Menschen, die das „orange“ Lager unterstützt hatten, hatten sich nicht nur Wirtschaftswachstum und die Bekämpfung der Korruption von der neuen Regierung erwartet, sondern auch größere sozioökonomische Gerechtigkeit. Der Staat, der zu Sowjetzeiten für sie der Versorger von Arbeits- und Sozialleistungen gewesen war, produzierte nun nur mehr noch Marktrisiken. Die herrschenden Klassen steuerten die politischen Prozesse immer noch auf eine Weise, die das Wahlvolk ausschloss und ihre demokratischen Rechte wirkungslos werden ließ. Umfassende und wirkungsvolle Reformen, die die Umverteilung von Reichtum ermöglicht und die demokratische Konsolidierung gefördert hätten, kamen nicht zustande. Zwar hatte es die Zivilbevölkerung geschafft, einen Regierungswechsel zu erzielen, doch war damit kein Wechsel des Systems erreicht worden. Wenn sich auch personell gesehen zumindest in den oberen Ebenen der Administration etwas an der Kontinuität der Eliten geändert hatte, so bestand doch die mentale Kontinuität weiterhin fort. Neue AkteurInnen spielten weiterhin nach alten Regeln. (vgl. Bredies 2005: 125f)

Keine Koalition konnte sich wesentlich länger halten als ein Jahr, und es herrschten chaotische Zustände im Parlament. Es kam ständig zu Manipulationen der Abstimmungen und durchaus auch zu Handgreiflichkeiten zwischen den Abgeordneten. Die Regierung schien nicht nur unfähig zu sein, interne Kompromisse auszuhandeln, sie konnte auch keine Vereinbarung mit Russland schließen, die die Gaslieferungen regelte. Die Bevölkerung konnte oftmals nur zusehen, musste aber die Konsequenzen tragen. Auch die Versprechen der Regierung, das Wirtschaftswachstum zu fördern, verliefen im Sand, da keine Umverteilungsmechanismen geschaffen wurden und der Großteil der Menschen nicht von der boomenden Ökonomie profitieren konnte und der Staat sich nicht ausreichend vor der Wirtschaftskrise 2008/09 schützen konnte. All diese Dinge trugen zu einer wachsenden Frustration und Enttäuschung in der Ukraine bei.

Friedbert Rüb weist darauf hin, dass Wahlen einen Vor- und einen Nachlauf haben müssen, um als *bedeutungsvoll* zu gelten. (vgl. Rüb 2002: 96f) Der Vorlauf der Präsidentschaftswahlen 2004 war nicht korrekt abgelaufen. Der Wahlkampf war nicht mit rechten Dingen zugegangen, die Wahl selbst war gefälscht worden, die Elite hatte sich

gespalten und der amtierende Präsident war massiv unbeliebt. Dies hatte die Menschen dazu motiviert, auf die Straße zu gehen und für die demokratische Konsolidierung einzutreten. Damit hatten sie zwar eine zweite Wahl erwirkt, doch kann die Zivilgesellschaft den Nachlauf der Wahlen, der darauf aufbaut, dass die gewählten Personen oder Parteien ihre Wahlversprechen tatsächlich einhalten nur schwer beeinflussen. Hinzu kam, dass die Menschen viele ihrer Wünsche und Hoffnungen auf die „Helden“ des Majdan projiziert hatten. Die Enttäuschung war vorprogrammiert. Die Tatsache, dass Viktor Juščenko „nur“ mit knapp 52% zum Präsidenten gewählt worden war und daher keinem gesellschaftlichen Konsens entsprach, trug zur Konfliktintensität der Situation bei. (vgl. Bos 2010: 85f)

Mit der Zeit wurde offensichtlich, dass Viktor Juščenko und Julia Tymošenko nur die Galionsfiguren der oppositionellen Bewegung waren, als Führungspersonlichkeiten des neu entstandenen Blocks der Macht aber kaum funktionierten. Präsident Juščenko wurde zu einer immer blässeren Figur in der ukrainischen Politik. Er konnte seine Reformvorhaben nur teilweise durchführen, und musste sogar seine Koalitionspartnerin Julia Tymošenko ausbremsen, da er sonst die wichtige Unterstützung des nicht-monopolistischen Kapitals verloren und sich das Monopolkapital zum Gegner gemacht hätte. Der Umbau des Kučma-Regimes war also nicht nachhaltig und wurde von der Instabilität der Regierungen verlangsamt. Bald wurde klar, dass Juščenko, der 2004 der Hoffnungsträger der „orangen“ Bewegung gewesen war, wohl keine weitere Amtszeit antreten würde.

Julia Tymošenko, die während der Proteste im Herbst 2004 als „Heilige Johanna der Orangen Revolution“ gesehen wurde (vgl. Popov, Milstein 2006: 177f), kehrte Juščenko in den Parlamentswahlen 2006 den Rücken und verließ das „orange“ Lager. Ihre Allianz mit dem Präsidenten war ein reines Zweckbündnis gewesen. Auch ihre politischen Motivationen wurden immer skeptischer betrachtet, da nie ganz klar war, welche Ziele sie tatsächlich verfolgte. Julia Tymošenkos oligarchischer Hintergrund wurde ihr ab 2006 nun auch zum Vorwurf gemacht, obwohl die Tatsache, dass sie ihr Vermögen im Gashandel gemacht hatte und dem Dnipropetrowsker Clan angehörte schon vor 2004 allgemein bekannt gewesen war.

Enttäuschung der Bevölkerung in die Politik und die herrschenden Klassen ist kein rein ukrainisches Phänomen. Es kann auch nicht auf den post-sozialistischen Raum reduziert werden. Auch in Westeuropa und Nordamerika wenden sich die Menschen oftmals frustriert von der Politik und jenen, die sie ausüben ab, doch ist diese politische Resignation anders motiviert als in der Ukraine. Den meisten UkrainerInnen war bewusst, dass das, was sich in den 1990er Jahren etabliert hatte, nur schwerlich als Demokratie zu bezeichnen war. Für die

Menschen, die die „orange“ Bewegung unterstützt und sich an den Protesten im Herbst 2004 beteiligt hatten, war die Orange Revolution ein demokratischer Durchbruch gewesen. Doch nach den Ereignissen von 2004 wurde klar, dass grundlegende Strukturen weiter bestehen würden. Den politischen Eliten werden bis heute mangelnde Kompetenz, Konzeptlosigkeit, die Utilisierung von Demokratie und Marktwirtschaft zu privaten Zwecken und die Nähe zu kriminellen und mafiösen Klanstrukturen vorgeworfen. (vgl. Bredies 2005: 120f)

„The first euphoric feelings [about free, meaningful elections in former communist countries] were replaced by huge disappointment. People spoke about ‚dirty politics and self-serving corrupt politicians.‘” (Berend 2007: 270)

Der ukrainische Schriftsteller und Journalist Andrej Kurkov schrieb folgende Zeilen über die ukrainische Bevölkerung und die Eliten im Land.

„[Die Ukraine] ist voll von toleranten und herzlichen, gescheiterten und fleißigen Menschen. Doch an die Macht drängen häufig ganz andere Gestalten, ja man ist versucht zu sagen, die untypischen Ukrainer. In den letzten Jahren haben sich die Vertreter der Macht allerdings etwas zum Besseren verändert: Sie haben angefangen, sich mehr vor ihrem eigenen Volk zu fürchten. Und das ist gut so.“ (Kurkov 2010: 180)

Diese Zitate weisen auf ein relativ negatives Bild der Eliten in der Ukraine hin. Interessant ist, dass starke Führungspersonen aber nach wie vor als essentiell für die Entwicklung des Landes erachtet werden. Dafür würden die Menschen sogar in Kauf nehmen, einige ihrer demokratischen Rechte zu verlieren. Ähnliche Entwicklungen sind übrigens auch in Russland, Bulgarien, Litauen und Ungarn zu beobachten. (vgl. Pew Global Attitudes 2009)

Die UkrainerInnen scheinen eine recht ambivalente Beziehung zu den herrschenden Klassen des Landes zu haben. Zwar war das Vertrauen in die Führung schon immer schwach ausgeprägt (sofern man in der Sowjetzeit überhaupt eine Meinung dazu haben konnte), doch ist das Bedürfnis nach einer starken Führungsstrukturen nach wie vor vorhanden.

Die Bevölkerung hatte gemeinsam mit dem nicht-monopolistischen Kapital die Präsidentschaftswahlen 2004 als Phase der Liberalisierung im Regimezyklus erkannt, und man nutzte die Schwäche des amtierenden Präsidenten Kučmas aus, um einen neuen Block der Macht zu generieren, da man mit dem bestehenden äußerst unzufrieden war. Die zivile Bewegung, die in der Ukraine entstanden war, konnte die politische Situation maßgeblich beeinflussen. Ein nachhaltiger Regimewechsel konnte allerdings nicht erzielt werden, was die Ernennung Viktor Janukovičs zum Ministerpräsidenten 2006 beweist.

Andrej Kurkov weist darauf hin, dass die Elite die restliche Bevölkerung seit den Ereignissen im Jahr 2004 anders wahrnimmt, und sich ihrer und ihres Einflusses auf die politische Realität

im Land stärker bewusst ist. Die Realitäten der Elite und der Bevölkerung sind seit 2004 tatsächlich enger miteinander verbunden, als es noch vor der Orangen Revolution der Fall gewesen war. (vgl. Kurkov 2010: 180f) Dies hat zur Pluralisierung und damit auch zur Demokratisierung des Staates beigetragen. Dennoch muss in Betracht gezogen werden, dass die Farbrevolution in der Ukraine nicht der demokratische Durchbruch war, für den man sie zu Anfangs gehalten hatte. An der grundlegenden Skepsis der Bevölkerung gegenüber dem Systemwandel hat sich nicht viel verändert, sie ist sogar noch stärker geworden wie die Umfragen des Pew Global Attitudes Project zeigen. Die Angst der Menschen vor Veränderung scheint tief in der ukrainischen Gesellschaft verwurzelt zu sein – der Wunsch nach einer starken Führung, wie man sie noch aus Sowjetzeiten kennt und die Schutz vor den neuen, schwer zu kontrollierenden Phänomenen des Kapitalismus bietet, ist nach wie vor vorhanden.

Die Gegenelite in der Regierung sowie das nicht-monopolistische Kapital haben diese Tendenzen in der Bevölkerung aufgegriffen. Die Wünsche nach Wandel, Wohlstand und starker Führung wurden instrumentalisiert und für die eigenen Machtinteressen eingesetzt. Die oppositionellen AkteurInnen der Politik und die nicht-hegemonialen Kapitalfraktionen wussten, dass sie die Unterstützung der Bevölkerung für die Schaffung eines neuen Machtblockes brauchten, da sie für die konfrontativen Strategien, die den herrschenden Block der Macht schwächen sollten, benötigt wurde. (vgl. Pleines 2008a: 35f) Eine umfassende Erneuerung der politischen Strukturen und demokratischen Institutionen konnte daher nicht erreicht werden, da die zivilgesellschaftliche Bewegung nur eine bestimmte Reichweite aufbauen konnte.

Ingmar Bredies stellte dazu die Frage, ob die Orangen Revolution nun eine tatsächliche Zäsur in der politischen Entwicklung der Ukraine darstellte, oder ob es sich dabei um eine ausgehandelte Elitenstrategie handelte. (vgl. Breides 2005: 119f) Zwar möchte ich nicht so weit gehen zu behaupten, dass die neue Regierung unter Präsident Juščenko lediglich alte Rechnungen mit dem vorherigen Elitenregime beglich und dann bewusst dessen Handlungsstrategien fortsetzte, doch war der Zusammenschluss der Opposition und des nicht-monopolistischen Kapitals klar auf den Ausbau polit-ökonomischer Macht ausgerichtet. Die Tatsache, dass sich viele Großunternehmer, die Teil des Monopolkapitals waren, kurz vor der Wiederholung der Präsidentschaftswahl auf die Seite der „orangen“ Kräfte stellten, lässt klar werden, dass auch diese vor allem am Erhalt ihrer Machtposition interessiert waren. Bedenkt man den großen Einfluss, den die Unternehmerklasse in der Ukraine auf die Politik hat, so

kann aus dieser Sicht durchaus von der Orangen Revolution als einer Elitenstrategie gesprochen werden.

Jener Teil der Bevölkerung, der sich während der Präsidentschaftswahlen 2004 auf die Seite Viktor Juščenkos gestellt hatte, sah dies zu Beginn zwar anders, doch wurde auch ihnen bald klar, dass die Kontinuität der Elite – wenn nicht unbedingt in personeller, dafür aber in mentaler Hinsicht – immer noch gegeben war.

6. Das Ende der „orangen“ Herrschaft

Im Endeffekt hatten es die „orangen“ Kräfte – also die politische Opposition hinter Präsidentschaftskandidat Juščenko, die KMUs und jener Teil der unteren Mittelschicht, der in Westeuropa das Sinnbild von Freiheit und Wohlstand vermutete – geschafft, einen Regierungswechsel zu erzielen, der einen neuen Block der Macht entstehen ließ. Es kann aber trotz der Pluralisierung der Politik, der Wirtschaftselite und der Medien nicht von einem umfassenden Regimewechsel gesprochen werden. Viktor Juščenko, Julia Tymošenko und die anderen führenden Persönlichkeiten der Orangen Revolution beflügelten zwar die zivile Bewegung, doch zerbrachen ihre Allianzen, nachdem sie ihr einziges gemeinsames Ziel (die Ablösung des Kučma-Regimes) erreicht hatten, da ihnen nun jegliche gemeinsame Handlungsinteressen fehlten. Im neu entstandenen Block der Macht konnte sich keine hegemoniale Fraktion herausbilden, was in Instabilität resultierte. Die Erwartungen an die „orangen“ Kräfte konnten nicht erfüllt werden. Die Europäische Union nahm die Ukraine zwar in die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) auf, doch stellte sie dem Land keine Beitrittsperspektive. Die Bevölkerung konnte von der sich gut entwickelnden Wirtschaft nur sehr wenig profitieren, da der Sozialstaat, der teilweise noch ein Überbleibsel der UdSSR ist, immer weiter erodierte und keine Umverteilungsmechanismen existieren, die die Menschen vor den Auswirkungen des neoliberalen Kapitalismus hätten schützen können. Dies trat vor allem in der Wirtschaftskrise 2008 zu Tage, die die Ukraine härter als jedes andere europäische Land traf. Nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Klein- und Mittelunternehmen und die Oligarchen bekamen dies zu spüren.

Die Ukraine ist zwar nicht als „failed state“ zu bezeichnen, aber zumindest als „fragiler Staat“ oder als sich „langsam bewegender Staat“. Das Schlüsselproblem des Landes ist Andrew Wilson zufolge die politische Stagnation der Eliten. (vgl. Wilson 2010: 137f)

Die Eliten haben zwar angesichts der Orangen Revolution bewiesen, anpassungsfähig zu sein, doch gehen die Reformen nie weit genug. Die Besserung der Gesamtsituation, auf die die Bevölkerung gehofft hatte, war nicht eingetroffen, und die Menschen zeigten sich erneut unzufrieden. Doch diesmal war auf keiner Seite revolutionäres Potenzial zu finden. Hale geht davon aus, dass sich eine Farbrevolution nur unter bestimmten Voraussetzungen zu bestimmten Zeitpunkten formieren kann. (vgl. Hale 2005: 136ff) Viktor Juščenkos Beliebtheitswerte waren 2010 sehr niedrig, und obwohl er für eine zweite Amtszeit kandidierte, hatte er keine Chance auf Wiederwahl. Dennoch befand sich das Land nicht in derselben Phase des Regimezyklus, in der es sich 2004 verortet hatte. Dafür waren in der

Regierungsperiode der „orangen“ Kräfte zu starke Blockaden errichtet worden, die die politische und ökonomische Entwicklung des Landes hemmten. Es konnte sich keine stabile, hegemoniale Fraktion innerhalb des Blocks der Macht formieren. Des Weiteren hatte sich keine so polarisierende Spaltung der Elite vollzogen, wie es vor der Orangen Revolution der Fall gewesen war. Julia Tymošenko und Viktor Janukovič kristallisierten sich bald als die stärksten Präsidentschaftskandidaten heraus. Keiner der beiden konnte aber ähnliche Dynamiken generieren, wie sie im Herbst 2004 in der ukrainischen Bevölkerung vorzufinden waren, da weder Tymošenko noch Janukovič ein solches Mobilisierungspotenzial entwickeln konnten. (vgl. Dörrenbächer 2010: 145ff)

6.1. Die Präsidentschaftswahlen 2010

Im ersten Wahlgang am 17. Jänner 2010 erreichten von 18 Kandidaten fünf mehr als fünf Prozent der Stimmen. Der zu diesem Zeitpunkt noch amtierende Vorsitzende der *Partei der Regionen* Viktor Janukovič erhielt 35,5%, die amtierende Ministerpräsidentin Julia Tymošenko erreichte 25,1%, der ehemalige Präsident der Nationalbank und Leiter der Oligarchengruppe Prywatbank Sergej Tihipko erhielt 13,1%. Der vormalige Parlamentspräsident und Außenminister Arsenij Jacenjuk bekam 6,9% und der noch amtierende Präsident Viktor Juščenko erzielte 5,5% der Stimmen. (vgl. Central Election Commission Ukraine 2010) Die Instabilität des politischen Machtblocks der „orangen“ Kräfte und deren Unfähigkeit, die Auswirkungen der Finanzkrise 2008/09 abzuwenden, hatten Juščenko zu einem unattraktiven Kandidaten werden lassen. Damit war klar, dass sich das Rennen um das Präsidentenamt zwischen Julia Tymošenko und Viktor Janukovič abspielen würde.

Nimmt man die baltischen Republiken aus, so ist die Ukraine der einzige Nachfolgestaat der UdSSR in dem in den letzten Jahren Wahlen zu einem demokratischen Machtwechsel geführt haben. Dies darf nicht gering geschätzt werden. Dennoch scheint es, als wären demokratische Einstellungen und Wertvorstellungen noch immer kein integraler Teil des Verhaltens der politischen Eliten, was in den Präsidentschaftswahlen 2010 erneute hervortrat.

Taras Kuzio beschrieb den Wahlkampf von 2004 – zumindest aus westlicher Sicht – als so polarisierend, dass er fast wie eine Entscheidung zwischen „gut und böse“ erschien. (vgl. Kuzio 2006: 57f) 2010 war dies nicht mehr unbedingt der Fall. Zwar wurde Julia Tymošenko, ungeachtet dessen, dass sie dem „orangen“ Lager schon vor Jahren den Rücken gekehrt hatte, in Westeuropa immer noch als bessere, sprich „westlichere“ Wahl angesehen, doch spielte

sich der Wahlkampf im Gegensatz zu 2004 in einem ideologischen Graubereich ab. Tymošenko war sich dessen bewusst und versuchte sich zu profilieren, indem sie sich selbst als einzige demokratische Kandidatin und ihren Kontrahenten Janukovič als Gefahr für die Demokratie darstellte. Diese Selbstinszenierung wurde allerdings in westlichen Medien sowie auch in der Ukraine sehr skeptisch betrachtet. „Demokratisch“ war ein Attribut, das man auch Julia Tymošenko nicht so einfach anhängen wollte. Viktor Janukovič hingegen gab sich als Landesvater und wich einer direkten Konfrontation mit seiner Gegenkandidatin aus. Persönliche Antipathie schien im Wahlkampf 2010 eine größere Rolle zu spielen als programmatische Gegensätze, waren sich Janukovič und Tymošenko schließlich in einigen politischen Bereichen in ihren Zielsetzungen näher als es noch Janukovič und Juščenko gewesen waren. Fragwürdig war des Weiteren das Verhalten einiger Koalitionspartner Julia Tymošenkos, die nach der ersten Runde beschlossen, die eigene Kandidatin nicht weiter zu unterstützen. Zahlreiche Abgeordnete aus dem *Blok Lytvyn* und der Partei *Naša Ukraïna* scherten aus der Koalition aus und signalisierten, dass sie im Falle eines Wahlsiegs Janukovičs bereit wären, das Lager zu wechseln und mit der *Partei der Regionen* eine Regierungskoalition zu bilden. Dies zeigt, dass demokratische Konzepte und Vorstellungen oftmals zugunsten der Beteiligung an der Macht zurückgestellt werden. (vgl. Dörrenbächer 2010: 149f)

Im Wahlkampf versprachen die Kandidaten allen alles. Stimmenkauf war kein seltenes Vorkommnis. Daher war es für die Bevölkerung schwierig einzuschätzen, welche Interessen und Ziele hinter den Wahlkampfparolen standen. Vor allem Julia Tymošenkos Motivationen waren undurchsichtig. Sie wurde trotz ihrer politischen Eigenständigkeit von einigen Teilen der Bevölkerung mit der Instabilität der Juščenko-Regierungen in Verbindung gebracht, war sie ja als dessen Regierungschefin tätig gewesen und für viele politische Entscheidungen verantwortlich. Die Kapitalfraktionen der Elite unterstützten aufgrund der ausgebliebenen Versprechungen der „oranen“ Periode ebenfalls auf Janukovič, da dieser nun mit Stabilität in Verbindung gebracht wurde. Eine oppositionelle Gruppierung, die für das nicht-monopolistische Kapital die Entstehung eines neuen Blocks der Macht ermöglichen hätte können, existierte diesmal nicht.

Die regionale Verteilung der Stimmen zeigt, dass die Ukraine nach wie vor ein politisch gespaltenes Land ist. Mit einigen wenigen Ausnahmen hatte Julia Tymošenko die westlichen Regionen des Landes hinter sich stellen können, während der Osten und der Süden mehrheitlich für Viktor Janukovič stimmten. In einer Stichwahl am 7. Februar erhielt Viktor

Janukovič 48,95% der Stimmen, seine Gegenkandidatin Julia Tymošenko 45,47%. (vgl. Central Election Commission Ukraine 2010)

Tymošenko focht die Wahl vor dem Obersten Verwaltungsgericht an, zog ihre Klage aus formalen Gründen (das Oberste Verwaltungsgericht entscheidet nicht über Wahlfälschungen) aber bereits am nächsten Tag wieder zurück. Dass die Anfechtung der Wahlen auf diesem Weg nicht funktioniert hat, bedeutet aber nicht, dass die Wahlen tatsächlich vollständig demokratisch verlaufen wären. Das Wahlgesetz die Wahlkommissionen betreffend war am 3. Februar vom Parlament geändert worden – kaum vier Tage vor der Stichwahl. Es ist unklar, ob die Änderung des Gesetzes den Ausgang der Wahlen beeinflusste, doch wurde wieder einmal offensichtlich, dass sich die politischen AkteurInnen die Regeln zurechtgebogen hatten. (vgl. Dörrenbächer 2010:146ff)

Am 25. Februar 2010 wurde Viktor Janukovič als neuer Präsident der Ukraine vereidigt. Damit ist er der Verfassung seines Landes zufolge „Garant der Verfassung“, doch verstieß er schon im Regierungsbildungsprozess dagegen. Da es ihm nicht gelang, eine Regierung durch die Mehrheit der Fraktionen zu bilden, ließ er das Gesetz ändern um eine Regierung auf Grundlage der Mehrheit der Abgeordneten im Parlament zu bilden. Demokratietheoretisch kann man darüber streiten, wie eine Mehrheit im Parlament zustande kommen soll, doch verstieß dieses Verfahren gegen die damals gültige Verfassung. Im Laufe des Jahres 2010 sollte Janukovič noch einige weitere demokratisch sehr fragwürdige Entscheidungen treffen. Die Verfolgung und Inhaftierung oppositioneller PolitikerInnen wäre hier als markantestes Beispiel zu nennen. Vor allem schien der neue Präsident Julia Tymošenko loswerden zu wollen. Der ehemaligen Ministerpräsidentin wird die Veruntreuung von Regierungsgeldern vorgeworfen. Zurzeit darf sie das Land nicht verlassen, Mitglieder ihrer Koalition sitzen teilweise seit Dezember 2010 in Untersuchungshaft. (vgl. Dörrenbächer, Oliinyk 2011: 2f)

Die Bekämpfung der Korruption – eines der Wahlversprechen Janukovičs – beschränkt sich bis heute eher auf verbale Plattitüden, und einige Stimmen haben bereits Befürchtungen wegen möglicher Pressezensur geäußert. (vgl. Stein 2010: 2ff)

Am 1. Oktober 2010 beschloss das ukrainische Verfassungsgericht, die Verfassung von 1996 wieder in Kraft zu setzen. Mit dieser Verwaltungs- und Verfassungsreform wurden die Änderungen der Orangen Revolution für nichtig erklärt, und das Amt des Staatspräsidenten erhielt seine alte Gewichtung zurück. Janukovič ist damit in der Lage, den Ministerpräsidenten, alle Minister und wichtige Exekutivorgane ohne Zustimmung des Parlaments zu bestimmen als auch zu entlassen. (vgl. Luchterhandt 2010: 3ff)

Der Machtwechsel in der Ukraine bedeutet nicht nur, dass ein Präsident mit seinem politischen Programm von einem anderen Präsidenten mit einem anderen Programm abgelöst wurde, sondern dass die Macht von einer Interessensgruppe im Block der Macht auf eine andere übergegangen ist. Es gibt momentan zwar keine Blockade zwischen Präsident und Parlament mehr, doch existiert somit auch keine Machtbalance zwischen den einzelnen Fraktionen – und darunter leidet der Pluralismus im Land. Der Donezker Clan hat als politisch-ökonomische Gruppierung durch den Sieg Janukovičs erheblich an Macht gewonnen, während der Dnipropetrowsker Clan, an dessen Spitze Julia Tymošenko steht, an Einfluss eingebüßt hat.

Der ukrainische Staat ist per se stabil, doch ist er auch unbeweglich. Das Land, das sich 2004 in Richtung der Demokratisierung zu bewegen schien, zieht sich nun erneut in den hybriden Bereich zwischen liberaler Demokratie und Autokratie zurück. Ähnliche Entwicklungen wie in Russland scheinen sich zu vollziehen, denn die Ukraine weist bereits nach einem Jahr gewisse Merkmale der „dominant power politics“ auf, die auch im politischen System der Russländischen Föderation zu finden sind. (vgl. McFaul 2002: 215f und vgl. Dörrenbächer, Oliinyk 2011: 4ff) Dies muss nicht zwingend bedeuten, dass die Ukraine nun tatsächlich denselben Weg einschlägt wie Russland, doch sind die Voraussetzungen dafür geschaffen worden.

7. Schlussfolgerung

In dieser Diplomarbeit wurde der Frage nachgegangen, welchen Einfluss die wirtschaftlichen und politischen Eliten der Ukraine auf den Transformationsprozess des Landes und die Farbrevolution im Herbst 2004 hatten, die eigentlich als spontaner Aufstand der Zivilgesellschaft gesehen wird. Es wurde versucht aufzuzeigen, dass eine Anwendung des Instrumentariums der Transformationsforschung zur Analyse der post-sozialistischen Ukraine aus dieser Sicht nicht zielführend ist, da das Land nicht die vom Transformationsparadigma implizierte lineare Entwicklung zu einer liberalen Demokratie durchgemacht hat.

Die klassischen akteurszentrierten Theorien zur Systemtransformation erfassen die personelle und mentale Kontinuität der Eliten nicht, die typisch für das Land ist. Das auf die Maximierung des persönlichen Nutzens gerichtete politökonomische Kalkül der AkteurInnen und ihr kontextgebundenes opportunistisches Verhalten werden ebenso nicht in die Analyse mit einbezogen. Auch die Rolle zentraler politischer Institutionen wie das Amt des Staatspräsidenten werden nicht ausreichend beleuchtet. Aus diesem Grund basiert die vorliegende Arbeit auf dem Konzept des akteurszentrierten Institutionalismus, der eben diese spezifischen Aspekte mit einbezieht. (vgl. Pleines 2008a: 25ff)

Ein Hauptproblem des Systemwechsels in der Ukraine ist, dass die Eliten auch nach dem Zusammenbruch der UdSSR nicht umfassend ausgetauscht wurden. AkteurInnen, die aus der Zivilgesellschaft stammten, hatten keine Chance in den politischen Block der Macht aufgenommen zu werden, da die Bevölkerung ihre Reformvorhaben als zu radikal empfand. PolitikerInnen, die bereits zu Sowjetzeiten hochrangige Parteimitglieder und ideologisch stark vom alten System beeinflusst waren, blieben auch nach 1991 an der Spitze des Landes. Ein tatsächlicher Neubeginn konnte so gar nicht zustande kommen. Problematisch war des Weiteren, dass die Eliten auf die Entwicklung der drei Ebenen des politischen Systems zu viel Einfluss hatten. Sie definierten die kollektive Identität des ukrainischen Volkes, den ukrainischen Staat und bestimmten die Regeln der Verfassung. Somit schufen sie sich selbst eine politische Ordnung, die vor allem ihren eigenen Interessen diente. In westeuropäischen Demokratien haben sich diese Entwicklungen in konsekutiven Schritten und langfristigen Prozessen vollzogen. Ein „Schleier der Ignoranz“, der zwischen den Stufen lag, verhinderte, dass die Eliten Einfluss auf die Entstehung des Staates und der Verfassung nahmen. In der post-sozialistischen Transformation waren es aber die Eliten, die den gesamten Prozess steuerten und über die normativen Vorgaben bestimmten, nach denen sie sich richten wollten.

(vgl. Offe 1994: 62ff) Die Kompetenzen politischer Ämter und Institutionen wurden so ausgelegt, dass Regeln leicht abgeändert oder umgangen werden konnten.

Eine nationale Besonderheit der Ukraine war die Tatsache, dass die Entwicklung der führenden Elite von einer Verschmelzung der neu entstandenen besitzenden Klasse der Großunternehmer und der herrschenden politischen Klasse begleitet wurde. Die Oligarchen des Landes wurden durch diverse Seilschaften in den politischen Block der Macht integriert und erhielten so erheblichen Einfluss. Dieses Phänomen ist in der Ukraine fast noch stärker ausgeprägt als in Russland, aber keinesfalls Teil des sowjetischen Erbes, sondern eine Erscheinung des post-sozialistischen Zeitalters, die den Nährboden für staatliche Korruption legte. Aus diesem Grund konnte sich keine wirklich demokratische Kultur im Land etablieren, da demokratische Vorstellungen und Konzepte kaum eine Rolle spielen. Es geht nur um Beteiligung an der Macht. Dies wiederum hatte eine Stagnation der Eliten zur Folge, die die Ukraine zu einem „unbeweglichen Staat“ werden ließen, in dem Reformversuche selten weit genug gehen, um auch erfolgreich zu sein. (vgl. Wilson 2010: 137f und Dörrenbächer 2010: 149f)

Das klassische Transformationsparadigma geht von einer linearen Entwicklungsrichtung aus, die früher oder später zur Konsolidierung einer liberalen Demokratie innerhalb eines gefestigten Nationalstaates führen wird. Die in den Theorien zur Transformation inkludierten akteurszentrierten Theorien umfassen einen Rational-Choice-Ansatz, der davon ausgeht, dass die Handlungen politischer AkteurInnen mehr oder weniger rationale Reaktionen auf bestehende Situationen sind und schlussendlich zu Demokratisierung führen können. (vgl. Merkel 2010: 85ff) Jedoch erklärt diese Herangehensweise nicht, wieso sich so gut wie alle Länder des post-sowjetischen Raumes mit Ausnahme des Baltikums in einem politischen Graubereich zwischen liberaler Demokratie und autoritärem Regime befinden, und wieso auf Perioden der Liberalisierung in manchen Fällen Perioden der Re-Autokratisierung folgen. Diese Entwicklungen sind das Resultat von Entscheidungen politischer AkteurInnen, die mit Hilfe des Transformationsparadigmas nicht erklärt werden können. (vgl. Carothers 2002: 9ff) Die Entwicklung der Ukraine scheint sich weniger als lineare Bewegung, sondern eher als zyklischer Verlauf darzustellen. (vgl. Hale 2005: 135ff) Rückblickend auf die Periode des Post-Sozialismus können bis dato zwei Phasen der Liberalisierung ausgemacht werden: der Zusammenbruch der UdSSR 1991 und die Orange Revolution 2004. Auf beide Ereignisse folgte eine Phase der soziopolitischen Öffnung und Reform. Jedoch ist es wichtig anzumerken, dass diese Phasen einen Vorlauf hatten. Die erste war von der Perestroika

eingeleitet worden, die zweite Liberalisierungsphase begann 2000, als der amtierende Präsident Kučma durch den Skandal um die Ermordung des Journalisten Heorhij Gongadze bei der Bevölkerung stark unbeliebt wurde. Bestimmte Fraktionen der politischen Elite nahmen diese Möglichkeit wahr und initiierten oppositionelle Bewegungen, die 2004 in die Orange Revolution einfließen und eine neue politische Ära einleiteten. Jedoch war diese von Inkonsistenz und Insuffizienz begleitet, Reformen nie weit genug, um einen tatsächlichen Wandel im post-sozialistischen System zu initiieren. Aus diesem Grund kam es auch zu Phasen der Re-Autokratisierung, die mit der zweiten Amtsperiode Kučmas und der Wahl Janukovičs 2010 datiert werden können.

Mit Hilfe der Theorien Nicos Poulantzas zu den Kapitalfraktionen innerhalb des Blocks der Macht (vgl. Sablowski 2010: 190ff) wurden zwei Gruppen identifiziert, die neben der politischen Opposition ebenfalls stark vom Ende der Ära Kučma betroffen waren: das Monopolkapital in Form der drei Oligarchenclans, die sehr enge Beziehungen zum Staatspräsidenten hegten und in den politischen Machtblock inkorporiert waren, und das nicht-monopolistische Kapital in Form einiger Oligarchen, die ihr Vermögen in peripheren Wirtschaftszweigen gemacht hatten, sowie einiger Klein- und Mittelunternehmen. Poulantzas hat darauf hingewiesen, dass innerhalb einer Gesellschaft mehrere herrschende Klassen existieren können. Ein Block der Macht hat also verschiedene Fraktionen, von denen meist eine als hegemonial zu bezeichnen ist. Die Interessen der einzelnen Subgruppen eines Machtblocks divergieren oftmals – zwar wollen alle ihre Profite und Machtpositionen sichern, doch folgen sie unterschiedlichen Wegen, um dieses Ziel zu erreichen.

Das nicht-monopolistische Kapital wollte das Ende der Präsidentschaft Kučma für sich nutzen, und hoffte durch eine neue politische Führung bessere wirtschaftliche und politische Chancen für sich ausmachen zu können. Mit dem Entstehen eines neuen politischen Blocks der Macht, in den sie inkorporiert werden könnten, würden sie selbst Teil des Monopolkapitals werden, könnten die Preise am Markt bestimmen und Extraprofite abschöpfen. (vgl. Sablowski 2010: 191ff)

Die Bevölkerung, die sich im post-sozialistischen Zeitalter mit Korruption, wachsender sozialer Polarisierung und mangelnder Vermögensumverteilung konfrontiert sah und mit dem Systemwechsel unzufrieden war, legte inspiriert durch die Farbrevolutionen in Serbien und Georgien eine bemerkenswerte Protestbereitschaft an den Tag. In dieser Diplomarbeit wird die Ansicht vertreten, dass Farbrevolutionen nicht nur spontane Volksaufstände der

Postmoderne sind, die die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft zum Ziel haben, sondern erst durch die Spaltung der politischen Elite und die spezifische sozioökonomische Situation ermöglicht worden war. (vgl. Weidner 2007: 1088f)

Im Fall der Ukraine kann also auch die Modernisierungstheorie widerlegt werden, die davon ausgeht, dass Wirtschaftswachstum autoritären und semi-autoritären Regimen die Legitimationsgrundlage entzieht. Die Ukraine wies 2004 die höchsten Wachstumsraten Europas auf, doch ist Wachstum relativ. Das Bruttonationaleinkommen war zur selben Zeit eines der niedrigsten in ganz Europa. (vgl. The World Bank Statistics Ukraine 2011b) Die Bevölkerung profitierte kaum von den hohen Raten, da der Staat Maßnahmen zur Vermögensumverteilung ermangelte. Die wachsende gesellschaftliche Stratifizierung, der erodierende Sozialstaat und die Frustration mit der offensichtlichen Korruption der Eliten waren der Grundstein der Protestbewegung. Das Wachstum der Wirtschaft selbst hat die Legitimationsgrundlage der semi-autoritären Herrschaft nicht angegriffen, dafür hat aber die mangelnde Umverteilung des generierten Vermögens dem System geschadet.

Die Gegenelite mobilisierte die Menschen seit dem Jahr 2000 durch die „Ukraine ohne Kučma“-Kampagnen und legte damit den Nährboden für die Revolution im Herbst 2004. Das nicht-monopolistische Kapital erkannte die Protestbewegung der zivilen „orangen“ Kräfte als Vehikel für die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen, und trug das Ihrige dazu bei, indem sie die Farbrevolution finanziell unterstützte und sich auf diesem Weg auch für die politische Gegenelite unabdingbar machte. Dieses Verhalten wird als konfrontative Strategie bezeichnet. (vgl. Pleines 2008a: 35f) Die Annahme, dass die Farbrevolution in der Ukraine ein vollkommen spontaner Aufstand der Zivilgesellschaft angesichts der Manipulation der Präsidentschaftswahlen war, kann somit ebenfalls widerlegt werden.

Diese Diplomarbeit stellt die These auf, dass die Präsidentschaftswahlen 2004 für die politische Gegenelite, das nicht-monopolistische Kapital und bestimmte Teile der Bevölkerung zu einem Kristallisationspunkt wurden, da sie die Möglichkeit nutzen wollten, um einen neuen Block der Macht zu schaffen und somit eine Phase der Liberalisierung in Gang brachten. Das alte Regime wurde zumindest auf den oberen Ebenen personell abgelöst, und neue PolitikerInnen kamen an die Macht. Problematisch war allerdings, dass die oligarchischen Clans des Landes nicht in ihrem politischen Einfluss beschnitten wurden. Zwar wurde nun eine neue Fraktion innerhalb des Blocks der Macht führend, doch bestanden gewisse elementare Strukturen des vorangegangenen Regimes weiter. Da das Monopolkapital vor dem zweiten Durchgang der Präsidentschaftswahlen 2004 zumindest teilweise die Seiten gewechselt hatte und fortan Juščenko unterstützte, war der neue Präsident ihm verpflichtet.

Durch ihre Vertretung im Parlament konnten die Großunternehmer verhindern, dass umfassende Reformen durchgeführt wurden, die ihr Vermögen gemindert und ihren Einfluss auf die politischen Entscheidungen abgeschwächt hätten. (vgl. Pleines 2008: 5f)

Aus dieser Sicht kann von der Orangen Revolution als Elitenstrategie gesprochen werden. Bestimmte Fraktionen des Blocks der Macht erkannten in den Präsidentschaftswahlen von 2004 ihre Chance, die eigene Positionen zu verbessern, und nutzten die Protestbewegung aus um dieses Ziel zu erreichen. Zwar wurde durch die Orange Revolution tatsächlich eine Phase der Liberalisierung in der zyklischen Regimeentwicklung initiiert, die mehr Pluralismus im Land kreierte, doch wurde die soziale Bewegung von den Eliten auch zur Erweiterung und Sicherung der eigenen Machtpositionen instrumentalisiert. (vgl. Bredies 2005: 115ff) Der zivile Aufstand und die internationale Aufmerksamkeit wurden genutzt, um einen neuen Block der Macht zu schaffen. Gleichzeitig war aber das nicht-monopolistische Kapital als Schlüsselakteur der Opposition darauf bedacht, keine zu tiefgreifenden Reformen durchgehen zu lassen. Ihr Aufstieg ins Monopolkapital hing davon ab, dass die bestehenden Strukturen der politökonomischen Seilschaften bestehen blieben. Den Protagonisten der „orangen“ Bewegung, Viktor Juščenko und Julia Tymošenko, kam in diesem Zusammenhang meist nur die Rolle von Galionsfiguren zu.

Da die Orange Revolution kein wirklich „revolutionärer“ Umbruch war, der eine vollkommen neue soziale und ökonomische Ordnung erzielen wollte, kam es zu keiner umfassenden Umgestaltung des Landes. Die Eliten bogen sich nach wie vor die Regeln zurecht, nach denen sie handeln wollten. Ihre heterogenen Interessenslagen machten eine funktionierende Zusammenarbeit aber sehr schwer. Die grundlegenden Strukturen des alten Regimes bestanden weiterhin, aber es fehlte nun eine einigende Kraft, wie Präsident Kučma es gewesen war. Viktor Juščenko wurde vor allem durch die Spaltung seiner Partei *Naša Ukraïna*, den Bruch mit Julia Tymošenko und seiner Abhängigkeit von der Unterstützung der Oligarchie geschwächt. Im neu entstandenen Block der Macht konnte sich keine politische Fraktion als wirklich hegemonial herauskristallisieren, was zu politischen Blockaden und Stagnation führte. Diese Entwicklung verhinderte zwar, dass eine einzelne Gruppe die gesamte Macht alleine ausübte und sorgte dafür, dass mehr Pluralismus bestand, doch hemmte dies gleichzeitig die demokratische Konsolidierung des Landes. Die Orange Revolution war nicht der demokratische Durchbruch, für den man sie zunächst gehalten hatte, sondern der Beginn einer fünfjährigen Periode des Stillstands, die institutionelle und verfassungsrechtliche Probleme nach sich zog. Zum Teil kann dies mit der „nicht-

revolutionären Natur“ der Orangen Revolution in Verbindung gebracht werden. Den Demonstranten am Majdan ging es im Herbst 2004 nicht darum, einen radikalen sozialen und politischen Umbruch zu erzielen, sondern die Verhandlungen am Runden Tisch zur Verbesserung sozioökonomischen Bedingungen in Gang zu bringen. Die Protagonisten der Orangen Revolution haben sich aber auf fragwürdige Kompromisse eingelassen – die Verfassungsreform 2004 ist einer davon. Damit wurde der Kern für den permanenten Kampf der Staatsorgane und die Blockaden im Parlament gelegt. De facto war die Änderung der Verfassung keine Reform, die eine Konsolidierung der Demokratie hätte ermöglichen sollen, sondern wurde von den ökonomischen und politischen Eliten instrumentalisiert, um ihre eigene Position im Block der Macht zu erhalten. Wer an der Macht war und über sie regierte, war den Eliten im Endeffekt egal. (vgl. Wilson 2010: 141f)

Es kam zwar zu allgemeinen Verbesserungen was die politischen und bürgerlichen Rechte der Bevölkerung und die horizontale Gewaltenkontrolle anging, doch wiesen die demokratischen Institutionen nach wie vor Defizite auf. Nach der Orangen Revolution – ähnlich wie nach dem Systemwechsel 1991 – begann die Bevölkerung wieder eine passivere Rolle einzunehmen. Ihre Partizipation konzentrierte sich vornehmlich auf die Teilnahme an Wahlen, blieb ansonsten aber oberflächlich. Da Korruption und Amtsmissbrauch auch nach der Orangen Revolution weiterhin ein prägendes Merkmal des politischen Systems der Ukraine blieben, wurde die Beteiligung an politischen Prozessen oftmals als fruchtlos angesehen. Zwar vollzogen sich mehrmals Machtwechsel zwischen Regierung und Opposition – ein wichtiger Aspekt von Demokratie – doch dominieren die alten mentalen und strukturellen Sphären, in denen die Eliten handeln, das politische System weiterhin. Aus diesen Gründen kann man in der Ukraine in den Jahren von 2004 bis 2010 Merkmale von „feckless pluralism“ erkennen. (vgl. Carothers 2002: 10f)

Die ineffizienten Reformen, die Mängel des Rechtsstaates, der immer weiter erodierende Sozialstaat, die wachsende Verschuldung des Landes und die erschreckenden Auswirkungen der Finanzkrise 2008/09 ließen Präsident Juščenko bei der Bevölkerung unbeliebt werden. Diese Unpopularität unterschied sich aber von jener, der Präsident Kučma seit der Ermordung Gongadzes ausgesetzt war. Das System befand sich 2010 nicht an derselben zyklischen Phase wie im Herbst 2004. Die Voraussetzungen für eine erneute Revolution (die vielleicht auch tiefgreifender hätte sein müssen als die Orange Revolution) waren diesmal nicht gegeben. Das Wahlvolk der Ukraine legte angesichts der Präsidentschaftskandidaten eine zu hohe politische Apathie an den Tag, um zu einer erneuten zivilen Bewegung mobilisiert werden zu können.

Die Menschen waren von dem, was ihnen die „orangen“ Kräfte als Demokratisierungsversuch verkauft hatten enttäuscht worden. Die „orangen“ Kräfte hatten es nicht geschafft, innerhalb ihres Blocks der Macht nachhaltige Stabilität zu generieren, da sich keine starke hegemoniale Fraktion herausbilden konnte. Dies führte zu einem Comeback des Lagers Viktor Janukovičs. (vgl. Simon 2010: 75f)

Die post-sozialistische Entwicklung der Ukraine kann nicht als lineare Entwicklung, sondern als zyklischer Prozess verstanden werden. (vgl. Hale 2005: 135ff) Nachdem das „orange“ Projekt fehlschlug und nicht die Besserung der sozialen und ökonomischen Bedingungen eintrat, auf die die Bevölkerung gehofft hatte, entschied man sich für Janukovič, der mit seinen populistischen Versprechen während des Wahlkampfes die gesamte Bevölkerung Ukraine adressierte. Zwar sprach er sich dafür aus, die Ukraine auf den „europäischen Weg“ zu führen, doch wurde er trotzdem eher mit seiner Treue zu Moskau in Verbindung gebracht. (vgl. Dörrenbacher 2010: 151f) Russland war von der Finanzkrise weniger hart getroffen worden als die Ukraine, und Vladimir Putin erfreute sich als starke Führungspersönlichkeit bei den UkrainerInnen relativ großer Beliebtheit. (vgl. Pew Global Attitudes 2009) Die EU hingegen wurde wegen der ausgebliebene Beitrittsperspektive und den ungleichen Bedingungen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) vermehrt mit den negativen Auswirkungen der Globalisierung assoziiert. Janukovič wurde nach den letzten fünf Jahren der Stagnation als Alternative gesehen, und schien als politischer Akteur stark genug, um das Land wieder nach vorne zu bewegen und gleichzeitig zu stabilisieren. (vgl. Dörrenbacher 2010: 149ff)

Die politische Metamorphosen der Ukraine dürfen bedingt durch die historischen, kulturellen und strukturellen Eigenheiten des Landes nicht mit den Entwicklungen anderer Staaten des post-sowjetischen Raumes – oder gar der dritten Demokratisierungswelle – über einen Kamm geschoren werden. Das politische System des Landes, das auch nach der Farbrevolution im Herbst 2004 als hybrides System kategorisiert werden kann, das sich durch „feckless pluralism“ auszeichnet, hat während der Regierungsperiode der „orangen“ Kräfte eine Phase der Liberalisierung durchgemacht, die aber nicht genügend Stabilität generieren konnte und somit 2010 eine Phase der Re-Autokratisierung einleitete. (vgl. Wilson 2010: 141ff)

Das politische System der Ukraine muss als Produkt einer alternativen Entwicklung verstanden werden, die nicht zu einer liberalen Demokratie geführt hat. Es ist aber keinesfalls auszuschließen, dass das Land in Zukunft die Chance auf die Konsolidierung eines

funktionierenden demokratischen Systems hat. Ob Elitenstrategie oder nicht – die Orange Revolution stellt eine Zäsur in der ukrainischen Geschichte dar, die eine Veränderung des politischen Bewusstseins der Bevölkerung bewirkt und Machtwechsel zwischen Regierung und Opposition ermöglicht hat, die mehr sind als nur der bloße Austausch von Führungspersönlichkeiten. Obwohl Viktor Janukovič seit seinem Amtsantritt im Februar 2010 viele zentrale Reformen der „orangen“ Periode rückgängig gemacht hat, hat die Orange Revolution zweifelsfrei ein bleibendes Erbe hinterlassen, das durchaus zur Demokratisierung der Ukraine beitragen kann.

Diese Erkenntnis ist nicht nur für die Ostzusammenarbeit der österreichischen EZA von Relevanz, sondern auch für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union und für die gesamteuropäische Entwicklungszusammenarbeit. Demokratie-, Transformations- und Elitentheorien spielen in der Entwicklungsforschung eine wichtige Rolle, besonders da seit dem Ende der Systemkonfrontation das liberale Demokratiemodell als alternativlos gilt. Da der Siegeszug der westlichen Demokratie aber Rückschläge zu verbuchen hat und zahlreiche Länder der dritten Demokratisierungswelle in einem „Graubereich“ gelandet sind, ist es sinnvoll, das Konzept der Systemtransformation noch einmal zu überdenken. Die hybriden Regime, die nicht nur im post-sozialistischen Raum, sondern auch im Nahen Osten, in Afrika und Lateinamerika entstanden sind, können aus der Sicht der vorliegenden Analyse nicht als Zwischenschritte auf dem Weg zu liberaldemokratischen Modellen gesehen werden, sondern müssen als alternative Entwicklungen verstanden werden.

Die Frage, wie und ob tatsächlich ein demokratisches System in einem Land erreicht werden kann, wird die Entwicklungsforschung und die damit verbundenen Paradigmen auch weiterhin beschäftigen. Entwicklungsprojekte, die Democracy Promotion und Good Practice zum Ziel haben, beziehen bereits alternative Demokratietheorien ein, da diese für die Anpassung des Projektes an die spezifische Situation des Landes von Nöten sind. Diese Tatsache beeinflusst früher oder später auch die Entwicklungspolitik, die andere Staaten diesen Ländern gegenüber einnehmen, ebenso wie Projekte der Entwicklungszusammenarbeit, die Demokratieförderung zum Ziel haben.

8. Literaturangaben

- Andruchovyč, Jurij (2006): Tagebuch eines Demonstranten in Kiew. In: Scheer, Evelyn [Hrsg.]: Ukraine-Lesebuch. Literarische Streifzüge durch die Ukraine. Trescher Verlag. S. 220 – 224.
- Arel, Dominique (2006): The hidden face of the Orange Revolution. Ukraine in Denial Towards Its Regional Problem. In: Revue d'études comparatives Est-Ouest. Vol. 37/4. Ukrainian Studies. University of Ottawa.
<http://www.ukrainianstudies.uottawa.ca/pdf/Kyiv%20Kasianov%20October%202006.pdf> [Zugriff: 16. Juni 2011]
- Åslund, Anders (2006): The Ancien Régime. Kuchma and the Oligarchs. In: Åslund, Anders; McFaul, Michael [Hrsg.]: Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough. Carnegie Endowment for International Peace. Washington, DC. S. 9 – 28.
- Åslund, Anders (2009): How Ukraine became a Market Economy and Democracy. The Peterson Institute for International Economics.
- Åslund, Anders (2010): Am Abgrund. Die ukrainische Wirtschaft in der Finanzkrise. In: Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Lindner, Rainer [Hrsg.]: Schichtwechsel. Politische Metamorphosen in der Ukraine. OSTEUROPA 2-4/2010. S. 195 – 209.
- Berend, Ivan T. (2007): Social shock in transforming Central and Eastern Europe. In: Science Direct. Communist and Post-Communist Studies 40/07. University of California. Los Angeles. 269-280.
- Bertelsmann Stiftung (2011): Bertelsmann Transformationsindex BTI.
<http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/307.htm> [Zugriff: 16. Juni 2011]
- Boeckh, Katrin; Völkl, Ekkehard (2007): Ukraine. Von der Roten zur Orangen Revolution. Prustet Verlag/Südosteuropa-Gesellschaft. Regensburg.

- Bos, Ellen (2002): Das politische System der Ukraine. In: Ismayr, Wolfgang [Hrsg.]: Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen. S. 469–514.
- Bos, Ellen (2010): Stabile Instabilität, dynamische Blockade. Das politische System der Ukraine. In: Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Lindner, Rainer [Hrsg.]: Schichtwechsel. Politische Metamorphosen in der Ukraine. OSTEUROPA 2-4/2010. S. 77–88.
- Bredies, Ingmar (2005): Vom Superpräsidentalismus zur parlamentarischen Demokratie. In: Bredies, Ingmar [Hrsg.]: Zur Anatomie der Orangen Revolution in der Ukraine. Wechsel des Elitenregimes oder Triumph des Parlamentarismus? ibidem-Verlag. Stuttgart. S. 115 – 169.
- Calhoun, Craig (2007): Nations Matter. Culture, History, and the Cosmopolitan Dream. London, New York.
- Carriere-Kretschmer, Erin (2010): Ukraine's National Election. A Problem of Democracy? Economy, Poor Leadership, Corruption Key. Pew Global Attitudes Project 2009/10. <http://pewresearch.org/pubs/1465/ukraine-election-problem-democracy-leadership-corruption> [Zugriff: 6. Dezember 2010]
- Carothers, Thomas (1997): Think Again: Democracy. In: Foreign Policy. 107. S. 11 – 18.
- Carothers, Thomas (2002): The End of the Transition Paradigm. In: Journal of Democracy. 13/1. The Johns Hopkins University Press. S. 5 – 21.
- Central Election Commission Ukraine (2004): Вибори Президента України. Повторне голосування 26.12.2004. <http://www.cvk.gov.ua/pls/vp2004/wp0011> [Zugriff 17. Juni 2011]
- Central Election Commission Ukraine (2010): Вибори Президента України. Повторне голосування 17 січня 2010 року. <http://www.cvk.gov.ua/pls/vp2010/wp300?PT001F01=700> [Zugriff 16. Juni 2011]

- Central Intelligence Agency (2011): The World Factbook Ukraine.
<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/up.html> [Zugriff 16. Juni 2011]
- Collier, David; Levitsky, Steven (1997): Democracy with Adjectives. Conceptual Innovation in Comparative Research. In: World Politics. 49/3. S. 430–451.
- Dahl, Robert A. (1971): Polyarchy. Participation and Opposition. New Haven, London.
- Danzer, Alexander M.; Natalia Weisshaar (2010): Armut in Rezession und Aufschwung. In: Ukraine Analysen. 78/10. DGO. Forschungsstelle Osteuropa. S. 2 – 5.
- Degele, Nina; Dries, Christian (2005): Modernisierungstheorie. Eine Einführung. München. Fink (UTB).
- Deckers, Birgit (2004): Die raumstrukturelle Wirkung von Transformation und EU-Osterweiterung. Greifswalder geographische Arbeiten. Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.
http://www.yepat.uni-greifswald.de/geo/fileadmin/dateien/Publikationen/GGA/GGA_32_Deckers.pdf
 [Zugriff 23. April 2011]
- Diuk, Nadia (2006): The Triumph of Civil Society. In: Åslund, Anders; McFaul, Michael [Hrsg.]: Revolution in Orange. The Origins of Ukraine’s Democratic Breakthrough. Carnegie Endowment for International Peace. Washington, DC. S. 69 – 84.
- Dörrenbächer, Heike (2010): “The Winner Takes It All” Die Präsidentschaftswahlen und ihre Folgen. In: Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Lindner, Rainer [Hrsg.]: Schichtwechsel. Politische Metamorphosen in der Ukraine. OSTEUROPA 2-4/2010. S. 145 -152.
- Dörrenbächer, Heike; Oliinyk, Volodymyr (2011): Ein Jahr nach den Präsidentschaftswahlen – quo vadis, Ukraine? In: Ukraine-Analysen. 88/11. DGO. Forschungsstelle Osteuropa. S. 2 – 5.

East European Constitutional Review (2010): Constitutional Watch. A country-by-country update on constitutional politics in Eastern Europe and the ex-USSR. Vol. 10/2,3.
http://www1.law.nyu.edu/eecr/vol10num2_3/constitutionwatch/ukraine.html [Zugriff 16. Juni 2011]

Ecker, Bernike (2006): Die Zukunft der Ukraine in Europa. Dipl.-Arbeit eingereicht an der Universität Wien.

Forbes List of Billionaires (2004):

<http://www.forbes.com/lists/results.jhtml?passListId=10&passYear=2004&passListType=Person&searchParameter1=unset&searchParameter2=unset&resultsStart=1&resultsHowMany=25&resultsSortProperties=%2Bstringfield11%2C-numberfield3&resultsSortCategoryName=Country&passKeyword=&category1=category&category2=category> [Zugriff 17. Juni 2011]

Forbes List of Billionaires (2006): http://www.forbes.com/lists/2006/10/Citizenship_1.html
[Zugriff 17. Juni 2011]

Freedom House (2008): Country Report Ukraine 2008.

<http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&year=2008&country=7512>
[Zugriff 10 Juni 2011]

Freedom House (2011): Country Report Ukraine 2011.

<http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2011&country=8156>
[Zugriff 10. Juni 2011]

Germany Trade and Invest (2011): Wirtschaftsdaten kompakt Ukraine Mai 2011.

http://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage_7724.pdf?show=true [Zugriff 17. Juni 2011]

Hale, Henry E. (2005): Regime Cycles. Democracy, Autocracy, and Revolution in Post-Soviet Eurasia. In: World Politics. Vol. 58/1. S. 133 – 165.

- Handrich, Lars; Betlij, Oleksandra (2010): Vor dem Kollaps. Renten- und Sozialsystem. In: Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Lindner, Rainer [Hrsg.]: Schichtwechsel. Politische Metamorphosen in der Ukraine. OSTEUROPA 2-4/2010. S.257 – 270.
- Helmerich, Martina (2003): Die Ukraine zwischen Autokratie und Demokratie. Institutionen und Akteure. Duncker & Humblot. Berlin.
- Hilkes, Peter (2006): „Timoschenko – die zweite!“ In: Ukraine-Analysen. 10/06. DGO. Forschungsstelle Osteuropa. Otto-Wolf-Stiftung. S. 10 – 11.
- Huntington, Samuel P. (1992): The Third Wave: Democratization in the Late 20th Century. University of Oklahoma Press.
- International Centre for Policy Studies Economic Statistics June (2005):
http://www.icps.com.ua/files/articles/52/39/es_eng_200506_56.pdf [Zugriff 30. Juni 2011]
- International Monetary Found (2008): Press Release 08/271. IMF Approves US\$ 16,4 Billion Stand-By Arrangement for Ukraine.
<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2008/pr08271.htm> [Zugriff 15. Mai 2011]
- Kappeler, Andreas (2009): Kleine Geschichte der Ukraine. Verlag C.H. Beck. München. 3. überarbeitete Auflage.
- Karatnycky, Adrian (2006): The Fall and Rise of Ukraine’s Political Opposition. From Kuchmagate to the Orange Revolution. In Åslund, Anders; McFaul, Michael [Hrsg.]: Revolution in Orange. The Origins of Ukraine’s Democratic Breakthrough. Carnegie Endowment for International Peace. Washington, DC. S. 29 – 44.
- Kolland, Franz (2007): Zwischen Fortschrittsoptimismus und kritischer Gesellschaftsanalyse. Die klassischen Entwicklungstheorien. In: Fischer, Karin; Hödl, Gerald; Maral-Hanak, Irmi; Parnreiter, Christof [Hrsg.]: Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Mandelbaum Verlag. Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik. Wien. S. 79 – 104.

- Kopylov, Vladimir (1997): Elite research in Ukraine. In: Best, Heinrich; Becker, Ulrike [Hrsg.]: Elites in Transition. Elite Research in Central and Eastern Europe. Leske & Budrich. Opladen.
- Kornai, János (2006): The great transformation of Central and Eastern Europe. Success and disappointment. In: Economics of Transition. Vol. 14/2. S. 207 – 244.
- Kowall, Tina; Kerstin, Zimmer (2002): Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in der Ukraine. Nationale und regionale Oligarchen. Arbeitspapier Forschungsstelle Osteuropa Bremen Nr. 42.
se2.isn.ch/serviceengine/Files/RESSpecNet/26748/.../fsoAP42.pdf [Zugriff 16. Juni 2011]
- Knobloch, Jörg (2002): Defekte Demokratie oder keine? Das politische System Russlands. Lit.-Verlag.
- Kurkov, Andrej (2010) Die Naturgesetze der Ukraine. Von Politikern und Pragmatikern. In: Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Lindner, Rainer [Hrsg.]: Schichtwechsel. Politische Metamorphosen in der Ukraine. OSTEUROPA 2-4/2010. S. 175 – 182.
- Kuzio, Taras (2006): Everyday Ukrainians and the Orange Revolution. In: Åslund, Anders; McFaul, Michael [Hrsg.]: Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough. Carnegie Endowment for International Peace. Washington, DC. S. 45 – 67.
- Higley, John; Lengyel, György (2000): Introduction. Elite Configurations after State Socialism. In: Higley, John; Lengyel, György [Hrsg.]: Elites after State Socialism. Theories and Analysis. Lanham. Rowman & Littlefield. S. 1 – 21.
- Higley, John; Lengyel, György (2000): Epilogue. Elite Theory versus Marxism. The Twentieth Century's Verdict. In: Higley, John; Lengyel, György [Hrsg.]: Elites after State Socialism. Theories and Analysis. Lanham. Rowman & Littlefield. S. 229 – 241.

- Langbein, Julia (2008): FTA+ statt Mitgliedschaft. Über ukrainische Interessenslagen und europäische Handlungsspielräume. In: Ukraine-Analysen. 44/08. Forschungsstelle Osteuropa. Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde. Otto-Wolf-Stiftung. S. 7 – 12.
- Lane, David (2006): Was kommt nach der Orangen Revolution? Die politische Stimmung in der Ukraine. In: Ukraine-Analysen. 01/06. DGO. Forschungsstelle Osteuropa. Otto-Wolf-Stiftung. S. 2 – 8.
- Lindner, Rainer (2006): Hypothesen der Regierungsbildung. In: Ukraine-Analysen. 10/06. DGO. Forschungsstelle Osteuropa. Otto-Wolf-Stiftung. S. 11 – 12.
- Linz, Juan J.; Stepan, Alfred (1996): Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe. Baltimore/London. Johns Hopkins University Press.
- Linz, Juan J. (2005): Schritte zur Definition autoritärer Regime. In: Krämer, Raimund [Hrsg.]: Autoritäre Systeme im Vergleich. Potsdam. S. 5 – 17.
- Lipset, Seymour Martin (1981): Political Man. The Social Basis of Politics. The John Hopkins University Press. Erweiterte Auflage.
- Luchterhandt, Otto (2010): Der Kampf um das Regierungssystem der Ukraine. Eine unendliche Geschichte. Verfassung und Regierungssystem Bilanz. Die Ukraine unter Präsident Viktor Janukowitsch. In: Ukraine-Analysen. 80/10. DGO. Forschungsstelle Osteuropa. S. 2–6.
- Luckfield, Elise (2007): Zivilgesellschaft in der Ukraine – rosige Aussichten? In: Ukraine-Analysen. 31/07. Forschungsstelle Osteuropa. Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde. Otto-Wolf-Stiftung. S. 2 – 5.
- Martin, Terry (1998): The Origins of Soviet Ethnic Cleansing. In: The Journal of Modern History. Vol. 70/4. S. 813 – 861.

- McFaul, Michael (2002): The Fourth Wave of Democracy and Dictatorship: Noncooperative Transitions in the Postcommunist World. In: World Politics. Vol. 54/2. S. 212 – 244.
- Merkel, Wolfgang (2003): „Eingebettete“ und defekte Demokratien. Theorie und Empirie. In: Offe, Claus [Hrsg.]: Die Demokratisierung der Demokratie. S. 43–71.
- Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. VS Verlag.
- Offe, Claus (1994): Der Tunnel am Ende des Lichts. Frankfurt am Main/New York. Campus Verlag. S. 57-80.
- Osipian, Ararat (2008): Economic Growth – Human Capital Nexus in Post-Soviet Ukraine 1989 – 2009. MPRA Paper No. 7731.
http://mpra.ub.uni-muenchen.de/7731/1/MPRA_paper_7731.pdf [Zugriff: 16. Juni 2011]
- Perlin, George (2008): What is Democratic Development? Working Paper presented at Creating Democratic Value. Evaluating Efforts to Promote Democracy Abroad. February 25 – 26. Queens University. Centre for the Study of Democracy. Kingston, Ontario.
http://www.queensu.ca/csd/publications/What_is_Democratic_Def.pdf
- Petersen, Jens (1978): Die Entstehung des Totalitarismusbegriffs in Italien. In: Funke, Manfred [Hrsg.]: Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen. Düsseldorf. S. 105 – 128.
- The Pew Global Attitudes Project (2009): Two Decades after the Wall's Fall. End of communism cheered, but with more reservations.
<http://pewglobal.org/files/pdf/267.pdf> [Zugriff 15 Mai 2011]
- Pirani, Simon (2010): Am Tropf. Die Ukraine, Russland und das Erdgas. In: Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Lindner, Rainer [Hrsg.]: Schichtwechsel. Politische Metamorphosen in der Ukraine. OSTEUROPA 2-4/2010. S. 237 – 256.

- Pleines, Heiko (2006): Die Energiefrage in den ukrainisch-russischen Beziehungen. In: Ukraine-Analysen. 02/06. Forschungsstelle Osteuropa. Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde. Otto-Wolf-Stiftung. S. 2 – 4.
- Pleines, Heiko (2008): Die Macht der Oligarchen. Großunternehmer in der ukrainischen Politik. In: Ukraine-Analysen. 40/08. Forschungsstelle Osteuropa. Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde. Otto-Wolf-Stiftung. S. 2 – 5.
- Pleines, Heiko (2008a): Reformblockaden in der Wirtschaftspolitik. Die Rolle von Wirtschaftsakteuren in Polen, Russland und der Ukraine. VS-Verlag.
- Popov, Dmitri; Milstein, Ilija (2006): Julia Timoschenko. Die Zukunft der Ukraine nach der Orangen Revolution. DuMont Verlag. Köln.
- Prizel, Ilya (200): Nation-Building and Foreign Policy. In: Wolchik, Sharon L.; Zviglyanich, Volodymyr [Hrsg.]: Ukraine. The Search for a National Identity. Lanham [ua.]. Rowman & Littlefield. S. 11 – 30.
- Przeworski, Adam (1986): Some Problems in the Study of the Transition to Democracy. In: O'Donnel, Guillermo; Schmitter, Phillip C.; Whitehead, Laurence [Hrsg.]: Transition from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies. Baltimore. MD.
- Reinhart, Carmen M.; Savastano, Miguel A. (2003): The Realities of Modern Hyperinflation. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2003/06/pdf/reinhard.pdf> [Zugriff: 16. Juni 2011]
- Rüb, Friedbert W. (2002): Hybride Regime. Politikwissenschaftliches Chamäleon oder neuer Regimetypus? Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zum neuen Pessimismus der Transitologie. In: Bendel, Petra; Croissant, Aurel; Rüb, Friedbert W. [Hrsg.]: Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen. Opladen. S. 93 – 118.

- Sablowski, Thomas (2010): Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie und der Staat bei Poulantzas. In: Demorović, Alex; Adolphs, Stephan; Karakayali, Serhat [Hrsg.]: Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis. Nomos Verlag. Baden-Baden. S. 189 – 204.
- Scharpf, Fritz (1997): Games real actors play. Actor-centered institutionalism in policy research. Westview Press. Bolder/CO.
- Segert, Dieter (2002): Die Grenzen Osteuropas. 1918, 1945, 1989 – Drei Versuche im Westen anzukommen. Campus-Verlag. Frankfurt/Main.
- Segert, Dieter (2009): Sozialer Wandel in Osteuropa nach 1989 und staatssozialistisches Erbe. In: Berliner Debatte Initial. 4/2009. S. 114 – 129.
- Schneider, Eberhard (2005): Das politische System der Ukraine. Eine Einführung. VS Verlag.
- Simon, Gerhard (2009): After the Orange Revolution. The Rocky Road to Democracy. In: Besters-Dilger, Juliane [Hrsg.]: Ukraine on its Way to Europe. Interim Results of the Orange Revolution. Vienna University. Research Focus European Integration and Southeastern/Eastern Europe. Peter Lang GmbH. Frankfurt am Main. S. 13–27.
- Simon, Gerhard (2010): Demokratie und Nation. Voraussetzungen der Volksherrschaft. In: Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Lindner, Rainer [Hrsg.]: Schichtwechsel. Politische Metamorphosen in der Ukraine. OSTEUROPA 2-4/2010. S.63–76.
- Stein, Andreas (2010): Zensurbestrebungen in der Ukraine. Von moralisch verbrämter Zensur zu einer möglichen politischen Zensur. In: Ukraine-Analysen. 83/10. DGO. Forschungsstelle Osteuropa. S. 2 – 4.
- Transparency International Corruption Perception Index (2008): Persistently high corruption in low-income countries amounts to an “ongoing humanitarian disaster”.
http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2008 [Zugriff 09. Juni 2011]

- Ukraine-Analysen (2006): Portraits: Die an Privatisierungsauktionen beteiligten Holdings. In: Die Privatisierungsauktionen der Ukraine. Ukraine-Analysen 08/06. DGO. Forschungsstelle Osteuropa. Otto-Wolf-Stiftung. S. 11.
- Umland, Andreas (2006): Frisst die Revolution ihre Kinder? Petro Poroschenko als Doppelmörder der Orangen Koalition. In: Ukraine Analysen. 10/06. Forschungsstelle Osteuropa. DGO. Otto-Wolf-Stiftung. S. 14 – 15.
- Viola, Lynne; Poncharal, Bruno (2005): La famine de 1932-1933 en Union soviétique. In: Vingtième Siècle. Revue d'histoire. No. 88. S. 5 – 22.
- Weidner, Anselm (2007): Diktatorensturz und Demokratieexport. Die ‚Junge Internationale‘ als Fünfte Kolonne? In: Blätter für die deutsche und internationale Politik. 09/2007. S. 1088 – 1098.
- Wilson, Andrew (2009): The Ukrainians. Unexpected Nation. New Haven. Yale University Press.
- Wilson, Andrew (2010): Schildkröten in der Dämmerzone. Die Politik in der Ukraine und der Wandel. In: Sapper, Manfred; Weichsel, Volker; Lindner, Rainer [Hrsg.]: Schichtwechsel. Politische Metamorphosen in der Ukraine. OSTEUROPA 2-4/2010. S. 135–144.
- The World Bank Group (2011a): National Data Ukraine 2001-2005. GNI per capita, Atlas Method (current US-\$).
<http://data.worldbank.org/indicator/NY.GNP.PCAP.CD?page=1> [Zugriff 17. Juni 2011]
- The World Bank Group (2011b): National Data Ukraine 2006-2010. GNI per capita, Atlas Method (current US-\$)
<http://data.worldbank.org/indicator/NY.GNP.PCAP.CD> [Zugriff 17. Juni 2011]

Zaškil'njak, Leonid (2008): Ukrainische historische Identität zwischen Polen und Russland.
In: Krasnodębski, Zdzisław [Hrsg.]: Last der Geschichte? Kollektive Identität in Ostmitteleuropa, Belarus, Polen, Litauen, Ukraine. Kovač Verlag. Hamburg. S. 189 – 266.

Abstract – Deutsch

Im Rahmen der vorliegenden Diplomarbeit „*Die Entstehung von Demokratie? Die post-sozialistische Entwicklung der Ukraine seit der Orangen Revolution*“ wird die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine seit 1991 untersucht, der zeitlichen Fokus der Analyse liegt allerdings auf den Ereignissen der Orangen Revolution im Herbst 2004 und der darauf folgende Präsidentschaft Viktor Juščenkos. Dabei wird der zentralen Frage nachgegangen, wie sich die individuellen Interessenslagen der wirtschaftlichen und politischen Eliten auf die zivilgesellschaftliche Organisation der Farbrevolution und die politische Neuorientierung des Landes ausgewirkt haben. Die Ukraine war und ist als oligarchisches System zu bezeichnen, in dem Großunternehmer über diverse Seilschaften eng in den politischen Entscheidungsprozess integriert sind. Allerdings stellt diese wirtschaftspolitische Elite keine homogene Gruppe dar, sondern ist in einzelne Fraktionen gespalten, die divergierende Interessen verfolgen.

Im Herbst 2004 demonstrierten Teile der ukrainischen Bevölkerung auf friedliche Weise gegen die Manipulation der Präsidentschaftswahl und die Korruption des bestehenden Regimes. Ein zweiter Wahldurchgang konnte initiiert werden, der zum Sieg des als „demokratisch“ eingestuften Viktor Juščenko führte. Die Ukraine schien nun die Konsolidierung einer liberalen Demokratie zu beginnen. Der Prozess der Demokratisierung vollzog sich aber nicht wie geplant. Nach fünf Jahren der instabilen Herrschaft der oppositionellen „orangen“ Kräfte hat sich das Land in den Präsidentschaftswahlen 2010 nun für Viktor Janukovič entschieden. Seither sind Re-Autokratisierungstendenzen im Land zu verzeichnen. Farbrevolutionen gelten als postmoderne Aufstände, die ausschließlich die Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft zum Ziel haben. Die Verfasserin versucht durch dieses Forschungsvorhaben die Hypothese zu beweisen, dass die Orange Revolution in der Ukraine keine spontan entstandene zivilgesellschaftliche Bewegung war, die nur politische Motive hatte. Auch ökonomische Hintergründe spielten eine Rolle. Bestimmte Fraktionen der wirtschaftspolitischen Elite mobilisierten aufgrund ihrer individuellen machtpolitischen Interessen die Bevölkerung und sicherten damit ihre Machtposition. Daher schaffte es die politische Führung des Landes auch nicht, den Einfluss der Wirtschaftsakteure auf die Politik einzuschränken. Im Rahmen dieser Arbeit soll aufgezeigt werden, dass die post-sozialistische Entwicklung der Ukraine nicht die von der Transformationsforschung implizierte Linearität aufweist, sondern als zyklischer Prozess zu verstehen ist, für dessen Analyse eine alternative theoretische Grundlage von Nöten ist.

Abstract - English

This thesis questions the nature of democracy and so called “democratic breakthroughs” achieved through civil movements in Eastern Europe, and illustrates the issue by analyzing the political and economic development in Ukraine since the Orange Revolution in 2004. The Orange Revolution was one of the colour revolutions that seemed to have been forming spontaneously in post-socialist countries since 2000. These peaceful protests are seen as an impulsive uprising of civil society in un-democratic regimes. The “orange” movement was successful and the country seemed to have shifted towards the consolidation of a liberal democratic system after the inauguration of President Viktor Yushchenko.

At the onset of the revolution, Ukraine was a highly oligarchic country. Business tycoons with close ties to the president strongly influenced the country’s politics. However, this economic elite class was not homogenous. Several fractions of the oligarchic groups followed individual interests that diverged from those of the predominant groups, and therefore decided to support the opposition.

The aim of this thesis is to prove the supposition that the Orange Revolution wasn’t just the product of a civil movement that intended to bring democracy and freedom to the country, but was enabled and strongly influenced by the interests of certain elite groups that hoped to gain more power through the enthronement of a new political ruling class. The same elite fractions which (along with civil society) facilitated the victory of Viktor Yushchenko in the second round of the presidential elections in 2004, later on hindered the implementation of true democratic reforms, since they didn’t intend to abolish the very structures that supported their positions of power. The period that followed the Orange Revolution was characterized by political turbulences, economic hardship, the decline of the socialist welfare state and general disappointment. The new government under president Yushchenko failed to keep its promise to remove oligarchs from politics. Corruption and great social injustice remained main characteristics of Ukraine. In 2010, the people who were dissatisfied with the outcome of the “orange project” voted Viktor Yanukovich for president – the same man that had been denied the presidential office by public protest merely five years ago. Ever since then, un-democratic tendencies have been noticed. The transition paradigm, which hitherto has been used to analyze post-socialist states, implies that countries in transition follow a linear development that sooner or later leads to the consolidation of democracy. This thesis is to show that the political evolution of Ukraine is not to be understood as a linear movement, but rather as a cyclical process that requires an alternative theoretical model, which includes the aspect of elite behaviour, in order to be fully analyzed.

Lebenslauf

Name	Lisa-Maria Altenberger
Adresse	Praterstraße 44-46/2/8, 1020 Vienna, AUSTRIA
Geburtsdatum	15. Juli 1987
E-Mail	lisaaltenberger@gmail.com
Staatsbürgerschaft	Österreich

Ausbildung

Oktober 2007 – Juli 2011	Studium der Internationalen Entwicklung, Universität Wien
Oktober 2007 – Juli 2011	Studium der Slawistik, Universität Wien
September 2001 – Juli 2006	Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe (HBLA), Saalfelden
September 1997 – Juli 2001	Hauptschule Mittersill
September 1993 – Juli 1997	Volksschule Stuhlfelden